



## Plenarprotokoll

### 65. Sitzung

Sonntag, 1. November 2020

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches .....</b>	<b>7791</b>	in Verbindung mit	
<b>1 Erklärung des Regierenden Bürgermeisters gemäß Artikel 49 Abs. 3 VvB zum Thema: „Corona bekämpfen! Gesundheit sichern und Leben retten. Solidarisch und entschlossen.“ .....</b>	<b>7791</b>	<b>3 Siebente Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung .....</b>	<b>7816</b>
Regierender Bürgermeister Michael Müller .....	7791	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache <a href="#">18/3075</a>	
<b>Ordnungsruf für Gunnar Lindemann (AfD) .....</b>	<b>7795</b>	und	
Regierender Bürgermeister Michael Müller.....	7795	<b>4 Verordnung zu Regelungen in zugelassenen Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Krankenhaus-Covid-19-Verordnung) .....</b>	<b>7816</b>
Burkard Dregger (CDU) .....	7797	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache <a href="#">18/3080</a>	
Raed Saleh (SPD) .....	7800	und	
Georg Pazderski (AfD) .....	7802	<b>4 A Erste Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-Covid-19-Verordnung .....</b>	<b>7816</b>
Carsten Schatz (LINKE) .....	7805	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache <a href="#">18/3125</a>	
Sebastian Czaja (FDP) .....	7808		
Bettina Jarasch (GRÜNE) .....	7811		
Andreas Wild (fraktionslos) .....	7815		
<b>2 Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung .....</b>	<b>7816</b>		
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache <a href="#">18/3074</a>			

- und
- 5 Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung** ..... 7816  
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3083](#)
- und
- 6 Neunte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung** ..... 7816  
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3113](#)
- und
- 7 Ergebnis der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 28. Oktober 2020** ..... 7816  
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3121](#)
- und
- 8 Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV 2-Infektionsschutzverordnung** ..... 7816  
Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3114](#) und [18/3114-1](#)
- und
- 9 Konsequenz mit Maß und Mitte – Pandemie bekämpfen, Freiheitsrechte schützen** ..... 7817  
Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/3082](#)
- hierzu:  
Änderungsantrag des Abgeordneten Luthe (fraktionslos)  
Drucksache [18/3082-1](#)
- und
- 10 Einsetzung eines Sonderausschusses „Coronaverordnungen“** ..... 7817  
Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache [18/3092](#)
- und
- 10 A Änderung der Zehnten Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung** ..... 7817  
Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache [18/3126](#)
- und
- 10 B Gesetz zur Beteiligung des Parlamentes und zum Schutz von Grundrechten im Falle von Maßnahmen nach §§ 28 – 31 Infektionsschutzgesetz** ..... 7817  
Erste Lesung  
Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/3127](#)
- und
- 10 C Pandemie bekämpfen – Freiheitsrechte schützen – Maß und Mitte halten** ..... 7817  
Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache [18/3128](#)
- Torsten Schneider (SPD) ..... 7817  
Christian Goiny (CDU) ..... 7819  
Stefanie Fuchs (LINKE) ..... 7822  
Regina Kittler (LINKE) ..... 7823  
Dr. Robbin Juhnke (CDU) ..... 7825  
Regina Kittler (LINKE) ..... 7825  
Frank-Christian Hansel (AfD) ..... 7825  
Martin Trefzer (AfD) ..... 7827  
Daniel Wesener (GRÜNE) ..... 7829  
Nicole Ludwig (GRÜNE) ..... 7830  
Paul Fresdorf (FDP) ..... 7832  
Alexander Wieberneit (FDP) ..... 7833  
Andreas Wild (fraktionslos) ..... 7835  
Marcel Luthe (fraktionslos)  
[zu Protokoll gegeben] ..... 7835
- Ergebnisse ..... 7837

Präsident Ralf Wieland eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

**Präsident Ralf Wieland:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 65. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich begrüße Sie, unsere Zuschauerinnen und Zuschauer vor den Bildschirmen, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Medienvertreterinnen und Medienvertreter sehr herzlich.

Dem Kollegen Jörn Jakob Schultze-Berndt von der Fraktion der CDU darf ich zum heutigen Geburtstag gratulieren. Alles Gute!

[Allgemeiner Beifall]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Parlament zu unserer heutigen Sondersitzung aufgrund eines Antrags des Senats und einer Übereinkunft im Ältestenrat einberufen. Die in unserer Geschäftsordnung vorgesehene Ladungsfrist wurde eingehalten. Zum Ablauf der Plenarsitzung: Der Regierende Bürgermeister hat die Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema: „Corona bekämpfen! Gesundheit sichern und Leben retten. Solidarisch und entschlossen“ angekündigt. Diese erfolgt als Tagesordnungspunkt 1 mit einer anschließenden Aussprache. Danach erfolgt eine weitere Rederunde zu den übrigen Tagesordnungspunkten.

Ihnen werden noch als Tischvorlage bereitgestellt ein dringlicher Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/3126: Änderung der Zehnten Verordnung zur Änderung der SARS-Cov-2-Infektionsschutzverordnung, ein dringlicher Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/3127: Gesetz zur Beteiligung des Parlaments und zum Schutz von Grundrechten im Falle von Maßnahmen nach §§ 28-31 Infektionsschutzgesetz, ein weiterer dringlicher Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/3128: Pandemie bekämpfen – Freiheitsrechte schützen – Maß und Mitte halten, ein Änderungsantrag des fraktionslosen Abgeordneten Luthé auf Drucksache 18/3082-1 zum Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/3082, eine Vorlage – zur Kenntnisnahme – auf Drucksache 18/3114-1 mit der Begründung zur Zehnten Verordnung zur Änderung der SARS-Cov-2-Infektionsschutzverordnung, Tagesordnungspunkt 8, und eine weitere Vorlage – zur Kenntnisnahme – auf Drucksache 18/3125 mit der Ersten Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-Covid-19-Verordnung.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, diese als Tagessordnungspunkte 4 A, 10 A, 10 B und 10 C in der heutigen Sitzung zu behandeln. Ich gehe davon aus, dass diesen Vorgängen die dringliche Behandlung zugebilligt wird. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so. Damit ist die dringliche Behandlung dieser Vorgänge beschlossen. Zum dringlichen Gesetzesantrag der Fraktion der FDP darf ich festhalten, dass die Dringlichkeit einvernehmlich beschlossen wurde, sodass die nach unse-

rer Geschäftsordnung erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Abgeordnetenhauses vorliegt. Unsere heutige Tagesordnung ist damit beschlossen.

Der Senat hat Herrn Senator Scheel wegen dringender familiärer Angelegenheiten für heute entschuldigt.

Ich darf noch darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass hier, außer Sie sitzen am Platz, beim Betreten und beim Gang zum Redepult und zurück die Pflicht besteht, einen Mund-Nasen-Schutz oder ein Visier zu tragen, einen Mund-Nasen-Schutz nicht, wenn eine Glaubhaftmachung gegenüber dem Präsidenten erfolgt ist, dass das aus medizinischen Gründen nicht notwendig ist. Ich kann jetzt schon sagen, dass mir eine solche Glaubhaftmachung bisher nur für einen Abgeordneten vorliegt. Ansonsten wäre es ein Verstoß gegen unsere parlamentarischen Regeln und würde auch entsprechend geahndet werden.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 1:**

**Erklärung des Regierenden Bürgermeisters gemäß Artikel 49 Abs. 3 VvB zum Thema:**

**„Corona bekämpfen! Gesundheit sichern und Leben retten. Solidarisch und entschlossen.“**

– Bitte sehr, Herr Regierender Bürgermeister, Sie haben das Wort!

[Georg Pazderski (AfD): Schon der erste Verstoß!]

**Regierender Bürgermeister Michael Müller:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass ich während meiner Amtszeit innerhalb eines Jahres zwei Mal vor Sie treten muss,

[Lachen bei der AfD]

um mit Ihnen gemeinsam über so einschneidende Maßnahmen zu diskutieren, wie wir es heute tun.

[Gunnar Lindemann (AfD): Warum stimmen wir die dann nicht ab? –

Zuruf von der LINKEN: Geh doch nach Hause! –  
Gunnar Lindemann (AfD): Demokratiesimulation!]

Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass es nötig ist, mehrfach so einschneidende Maßnahmen zu beschließen, die Spuren hinterlassen in unserer Stadt, die wirtschaftliche Folgen haben, über die manche im Sport, in der Gastronomie, in der Kultur verzweifelt sind.

Wie im März ist allerdings bei mir diesen Maßnahmen ein sehr ernster, ein sehr schwerer, aber auch ein sehr eindeutiger Abwägungsprozess vorausgegangen.

[Andreas Wild (fraktionslos): Lüge!]

**(Regierender Bürgermeister Michael Müller)**

Kann man sagen, in dieser Situation, in der wir uns befinden, muss jedes Lokal, jedes Geschäft offen bleiben?

[Andreas Wild (fraktionslos): Genau!]

Kann man in dieser Situation sagen, jede Feier muss genau jetzt gefeiert werden?

[Zuruf von der AfD: So ist es!]

Kann man berechnen, wie hoch der Schaden ist, wenn all das jetzt nicht stattfindet? – Es gibt etwas, wozu man aus meiner Sicht keine Rechnung aufmachen kann: wenn es darum geht, Gesundheit zu schützen und Leben zu retten.

[Andreas Wild (fraktionslos): Heuchelei,  
Herr Bürgermeister! –  
Zurufe von der LINKEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Kleinen Moment mal! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über ernsthafte Sachen.

[Andreas Wild (fraktionslos): Wir reden immer über ernsthafte Sachen!]

Sie werden nachher in der Debatte auch die Gelegenheit haben, die unterschiedlichen Positionen zu den Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters darzulegen, und Sie werden wahrscheinlich nachher auch die Erwartungshaltung haben, dass Ihnen zugehört wird. Also: Benehmen Sie sich hier nicht so wie Ihre Freunde im Deutschen Bundestag, und ich bitte, sich jetzt hier entsprechend parlamentarisch zu verhalten. – Vielen Dank!

[Anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU,  
der LINKEN, den GRÜNEN und der FDP]

**Regierender Bürgermeister Michael Müller:**

Ich bin in die Politik gegangen – wie Sie, wie die meisten von Ihnen –, um Dinge zu ermöglichen, um Arbeit sicherzustellen, um Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, um sozialen Ausgleich zu organisieren, um ein gutes Leben in unserer Stadt voranzubringen. Und jede Maßnahme, jeder Beschluss, den wir auf diesem Weg treffen, kann korrigiert werden. Wir können uns irren. Wir können umsteuern. Wir können Dinge neu verabreden. Wir können Wirtschaftshilfen miteinander verabreden und auszahlen. Hilfsprogramme können formuliert werden. Nur eines ist nicht zu korrigieren: wenn man nicht alles getan hat, um Leben zu schützen. Und genau darum geht es jetzt. Das ist der Punkt, der mich bewegt und weshalb ich diese einschneidenden Maßnahmen, über die wir heute diskutieren, weshalb ich diese Maßnahmen und diesen Beschluss von Bund und Ländern aus voller Überzeugung mittragen und heute hier vertreten kann.

Ich bitte die Berlinerinnen und Berliner und Sie im Parlament erneut um Unterstützung. Ich will mich als Allererstes bei Ihnen bedanken, dass Sie bereit waren, auch an

einem Sonntag zu dieser Sondersitzung zusammenzukommen, damit wir darüber diskutieren können, wie wir uns gegenseitig helfen und unterstützen können. Ich will an dieser Stelle ganz eindeutig sagen: Sie haben auch recht, wenn Sie sagen, dass das Parlament stärker in diese Beschlussfassung und diese Diskussion einbezogen sein muss.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN,  
den GRÜNEN und der FDP]

Wir hatten miteinander Kontakt, ob über den Ältestenrat, die Runde der Fraktionsvorsitzenden, die Koalitionsfraktionen. Die Fraktionsvorsitzenden nehmen an den Senatsitzungen teil. Wir hatten Ausschuss- und Parlamentsberatungen, aber das gleicht nicht eine parlamentarische Debatte und eine Beschlussfassung hier im Parlament aus.

[Gunnar Lindemann (AfD): Keine Ahnung!]

Deswegen ist es richtig, dass wir gemeinsam sehen, dass wir zu einem anderen Rechtsrahmen kommen. Wir haben gelernt, dass wir uns nicht nur kurzfristig mit Corona, mit dieser Pandemie auseinandersetzen müssen, sondern dass sie uns langfristig beschäftigen wird. Wir haben gelernt, dass möglicherweise sogar Eingriffe in unsere Grundrechte nötig waren, hoffentlich nicht wieder nötig sein werden, aber dass das einer parlamentarischen Auseinandersetzung bedarf. Wir wissen, es geht nicht darum, dass über die Parlamente jedes Detail des Regierungshandelns und jede Verordnung gesteuert werden muss. Wir müssen weiterhin schnell agieren, aber in unserer lebendigen, funktionierenden Demokratie ist eine Auseinandersetzung im Parlament unabdingbar, und wir werden uns selbstverständlich auch als Berliner Senat dieser Auseinandersetzung stellen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN  
Beifall von Henner Schmidt (FDP)]

Ich bitte Sie auch deshalb wieder um Unterstützung und Hilfe, weil wir doch schon einmal gezeigt haben, dass wir gemeinsam viel erreichen können. Als im Frühjahr die Infektionszahlen nach oben gingen, als wir sehr unsicher waren, womit wir uns in den nächsten Monaten auseinandersetzen müssen, ist es uns doch gelungen, die Infektionsketten zu durchbrechen. Unser Gesundheitssystem blieb leistungsfähig und war nicht überlastet. Wir hatten im Sommer wenig Schwersterkrankte und Todesfälle zu beklagen. Wir haben damals gemeinsam und mit Augenmaß entschieden. Wir haben beraten und abgewogen. Wir haben Experten angehört im Senat wie hier im Parlament. Wir haben viele Dinge, die bundesweit eine Rolle gespielt haben, natürlich auch bei uns übernommen und trotzdem auch immer für Berlin angepasst das eine oder andere miteinander verabredet. Wenn ich noch daran denke, was es für Aufregung gab, weil wir in Berlin die Spielplätze nicht vonseiten des Senats geschlossen haben oder einige Geschäfte wie Buchhandlungen offengeblieben sind. Ich glaube, solche kleinen Signale waren

**(Regierender Bürgermeister Michael Müller)**

wichtig, waren nicht nur angemessen, sondern wurden dankbar von den Berlinerinnen und Berlinern aufgenommen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Ja, es war ein eindeutiger, ein entschlossener Weg, der von uns allen getragen wurde und mit dem wir auch Freiheiten zurückgewinnen konnten.

[Andreas Wild (fraktionslos): Nein, nicht von allen!]

Veranstaltungen, Theater, Sport waren im Sommer in begrenztem Umfang wieder möglich. Ich glaube, es war für viele, trotz der Belastungen und der Gesundheitsrisiken, ein schöner Sommer.

Ich möchte allen danken, die diesen Weg mitgetragen haben, natürlich im Gesundheitswesen, aber auch in den Schulen, in den Kitas, den Lehrerinnen und Lehrern, den Erzieherinnen und Erziehern, den Verwaltungen. Ich möchte aber darüber hinaus auch den Familien, den Geschäftsleuten danken, allen, die Konzepte erarbeitet haben und die uns deshalb auch mit ihren Ideen, mit ihrer Kreativität so viel ermöglicht haben. Ein großes Dankeschön von uns. Sie haben es mitgetragen.

[Gunnar Lindemann (AfD): Und jetzt werden sie bestraft!]

Sie haben mit dazu beigetragen, dass nicht nur vielen Menschen gut geholfen werden konnte, dass nicht nur viele Menschen gerettet werden konnten, sondern sie haben dazu beigetragen, dass Berlin im Sommer trotz der Belastung eine lebens- und liebenswerte Stadt war.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Umso schwerer, ja bitter, ist es jetzt, erneut um Hilfe und Solidarität zu bitten, aber es muss sein. Die Entwicklung um uns herum ist eindeutig. Überall um uns herum, in ganz Europa, ist der Lockdown schon beschlossen oder kündigt sich an. Sperrstunden sind beschlossen, Ausgangssperren.

[Andreas Wild (fraktionslos): Märchen!]

Wir haben einen dramatischen Anstieg von Infektionen in fast allen Ländern und leider auch wieder deutlich mehr Todesopfer. In Brüssel, unserer Partnerstadt, direkt vor unserer Haustür, mehren sich die schlimmsten Meldungen. Bald sollen dort alle Intensivbetten belegt sein. Es sind kaum Beatmungsgeräte vorhanden. Lebenswichtige Behandlungen für Erkrankte jenseits von Covid werden verschoben. Ich will kein Brüssel in Berlin. Ich will kein Bergamo. Ich möchte keine Bilder von Kühllastern mit Verstorbenen, die durch New York fahren, wie wir sie im Frühjahr gesehen haben. Ich möchte so etwas nicht für Berlin.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den GRÜNEN und der FDP]

Genau darum geht es, jetzt zu handeln, nicht irgendwann, wenn es zu spät ist. Es ist wichtig, dass wir in der vergangenen Woche eine Verabredung treffen konnten, die bundesweit getragen wird, von allen Bundesländern. Ob Thüringen, ob Bayern, ob Mecklenburg-Vorpommern oder NRW oder Baden-Württemberg, alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten wussten, es ist wichtig, jetzt gemeinsam zu handeln.

[Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)]

Alle Bundesländer haben die gleichen Probleme, erst recht alle Großstädte. Wir sehen es aber auch in Berlin. Da gibt es nichts wegzudiskutieren, über nichts hinwegzusehen. Auch bei uns gehen die Zahlen rasant nach oben. Auch bei uns werden die Intensivbetten immer stärker genutzt. Auch bei uns gehen leider die Todeszahlen nach oben. Ja, meine Damen und Herren, deswegen jetzt handeln. Aber wenn man im Detail nachfragt und mit vielen Betroffenen spricht – ich vermute, Ihnen geht es auch so –, bekommt man oft die Antwort: Aber wir sind doch nicht das Problem. Wir haben doch alles gemacht. Wir haben doch jedes Konzept umgesetzt. Sport war kein Problem, weil alle Regeln beachtet werden. In der Kultur – wunderbar – Belüftungssysteme und Zugangsregeln und Onlinetickets. Die verhindern doch, dass es zu Infektionen kommt. Und erst recht im privaten Bereich hält sich jeder an die Regeln, die wir gemeinsam miteinander formuliert haben. – Wie kommt es denn dann zu den Zahlen?

[Marc Vallendar (AfD): Gute Frage!]

Sie sind eindeutig. Sie gehen eindeutig nach oben.

[Gunnar Lindemann (AfD): Es wird ja auch mehr getestet! Je mehr getestet wird, desto höher die Zahlen!]

Ja, es kommt weiterhin von Kontakten. Es ist so. Auch dort, wo Regeln in den Veranstaltungen selbst gut beachtet und umgesetzt werden, gibt es auf dem Weg dorthin und danach, am Rande der Veranstaltung Begegnungen und Kontakte. Wir wissen, das ist das Problem. Es geht tatsächlich wieder darum. Dazu gibt es nicht zwei Meinungen, nicht nur in der Politik nicht, sondern auch in der Wissenschaft nicht. Es geht darum, Kontakte zu vermeiden. Das Perfide an dieser Krise ist: Jetzt, wo wir einander so dringend brauchen, noch mehr brauchen, müssen wir auf Distanz gehen. Gemeinsam allein sein, so sind wir nicht gewohnt zu leben. Keine digitale Verbindung kann das ausgleichen. Aber was einfach klingt, will man kaum wahrhaben und ist auch schwer umzusetzen. Es geht darum, zu Hause zu bleiben. Kontakte müssen vermieden werden. Kontakte meiden heißt, Infektionen verhindern. Deswegen haben wir viele Maßnahmen auf der Bundesebene beschlossen, die wir auch im Senat übernommen haben. Kultur- und Freizeiteinrichtungen sind zum größten Teil ab morgen wieder geschlossen. Viele Dienstleistungen, die nicht zwingend erbracht werden müssen, nicht zwingend gebraucht werden, werden eingeschränkt,

**(Regierender Bürgermeister Michael Müller)**

[Zuruf von Andreas Wild (fraktionslos)]

erst recht die Gastronomie und damit einhergehend, wir wissen es alle, auch die Hotellerie und der Tourismusbereich.

[Gunnar Lindemann (AfD): Bis die zweite Pleitewelle kommt!]

Ich fordere die Unternehmerinnen und Unternehmer auf, zu prüfen, ob es nicht wieder möglich ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt im Homeoffice arbeiten. Es geht darum, tatsächlich auch in den Haushalten wieder zu Einschränkungen zu kommen, und das ist besonders bitter. Ja, nur noch zwei Haushalte oder ein Haushalt plus zwei weitere Personen sollen sich im privaten Rahmen treffen. Das dient dem Ziel, eben Kontakte zu vermeiden. Der wichtigste Satz in den Beschlüssen von Bund und Ländern ist: Jede Person ist angehalten, die Kontakte außerhalb des eigenen Haushalts auf das absolute Minimum zu reduzieren.

[Andreas Wild (fraktionslos): Völliger Unsinn!]

Ich appelliere an alle Berlinerinnen und Berliner an dieser Stelle: Nehmen Sie diese Regeln ernst, tragen Sie den Mund-Nasen-Schutz in den Bürohäusern, in den Verkehrsmitteln, in den Geschäften!

[Gunnar Lindemann (AfD): Das hilft doch nichts!]

Warten Sie nicht, bis irgendwelche Straßen auf irgendwelchen Listen als mögliche Infektionsherde genannt werden! Es ist eigentlich ganz einfach: Überall dort, wo es eng wird und wo man keinen Abstand halten kann, im privaten wie im öffentlichen Rahmen, überall dort muss es sein, überall dort muss man die Maske tragen.

[Gunnar Lindemann (AfD): Die hilft nicht!]

Ich weiß, dass jeder auch mal einen Fehler macht. Jeder ist auch mal nachlässig und kommt einem anderen mal zu nahe, man setzt die Maske mal ein paar Sekunden zu spät auf. Das ist menschlich. Das ist so, aber es bleibt wichtig, dass alle sich bewusst machen, wie wichtig die Regeln unseres Zusammenlebens jetzt sind, und überall dort, wo wir es in der Hand haben und wo wir selbst entscheiden können, kommt es darauf an, auch wirklich zu sagen: Besuche finden jetzt nicht statt, ich bleibe zu Hause.

[Gunnar Lindemann (AfD): Dann bleiben Sie doch zu Hause! –

Zuruf von der LINKEN: Das ist unerträglich! –  
Weitere Zurufe von der SPD, der LINKEN  
und den GRÜNEN –

Gunnar Lindemann (AfD): Sie haben uns doch  
hierher bestellt! –

Zurufe von der SPD, der LINKEN  
und den GRÜNEN]

Wir hoffen, damit in den kommenden vier Wochen die Infektionsdynamik zu durchbrechen, am besten sogar zurückzudrängen. Auch deshalb – das will ich an dieser Stelle ganz klar betonen – sind in vielen Bereichen so harte Einschnitte nötig, weil allen Ministerpräsidentinnen

und Ministerpräsidenten, aber auch mir ganz persönlich eines ganz wichtig war, nämlich dass wir so weit und so viel wie möglich für unsere Kinder ermöglichen. Die Kinder sind in einer besonderen Situation, und wir haben wieder im Senat, als wir die Maßnahmen beschlossen haben, darauf geachtet, dass wir einerseits in der bundesweiten Verständigung bleiben, aber andererseits darauf reagieren, dass wir in einer Großstadt auch besondere Situationen haben. Deswegen war es uns wichtig, den Zoo oder den Tierpark offenzuhalten, die Büchereien offenzuhalten, ein kulturelles Angebot insbesondere auch für Kinder und Jugendliche machen zu können oder Sport in kleinen Gruppen für Kinder zu ermöglichen. Ich glaube, dass das wichtig bleibt.

Aber das Wichtigste für uns alle war – und wir haben darüber auch im Senat lange diskutiert –, dass die Schulen und Kitas offenbleiben.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den  
GRÜNEN und der FDP]

Und wir haben auch gelernt, wir haben gelernt aus dem Frühjahr. Im Frühjahr haben wir sehr schnell die Schulen und Kitas geschlossen. Ja, das war auch der Stand der Beratung und der wissenschaftlichen Erkenntnis, oder vielleicht kann man auch in so einer neuen Krisensituation schlichtweg sagen, dass wir auch noch nicht ganz genau wussten, wo und wie man gut und sachgerecht reagieren muss. Heute wissen wir mehr. Wir wissen, dass von den Kindern wohl kein besonderes Infektionsrisiko ausgeht. Wir wissen, dass auch Kinder erkranken können, auch schwer erkranken können, aber nicht in dem Maße wie Erwachsene.

Wir wissen aber noch etwas: Wir wissen um die sozialen Folgen, wenn Kita und Schule geschlossen werden. Wir haben erlebt, was es auslöst, wenn Kinder nicht in die Schule gehen können, wenn ihre Familien eben nicht alles auffangen können, was in der Schule geleistet wird. Kinder brauchen ihre Freiräume, sie brauchen ihre Freunde, ja, aber sie brauchen auch die Unterstützung durch Erzieher und Lehrerinnen und Lehrer.

Und wir haben noch etwas im Frühjahr erlebt und daraus Lehren gezogen, und ich sage das auch wieder ganz persönlich: Ich hätte es nicht für möglich gehalten und finde es erschütternd, dass ganz eindeutig abzulesen ist, wie die Gewalt gegen Frauen und Kinder zunimmt in einer Ausnahmesituation, wo Kinder nicht in die Kita und in die Schule gehen können. Es ist ein unerträglicher Zustand, und wir dürfen so etwas nicht erneut zulassen.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den  
GRÜNEN und der FDP –

Beifall von Thorsten Weiß (AfD) –  
Stefanie Remlinger (GRÜNE): Nicht mal da  
klatscht die AfD! –  
Zurufe von der AfD]

**(Regierender Bürgermeister Michael Müller)**

Ich will mich deswegen natürlich bei den Lehrerinnen und Lehrern und bei vielen sozialen Organisationen bedanken, bei vielen, die in dieser Ausnahmesituation im Frühjahr ansprechbar waren und die durch ihr Engagement viel aufgefangen haben. Und wir haben uns darauf eingestellt. Die Wissenschaft hat uns gesagt: Ihr müsst damit rechnen, dass in den Wintermonaten, wo wir nicht mehr so viel draußen erleben können und wo wir in die geschlossenen Räume gehen, dann vor allen Dingen auch in der Schule vieles an weiteren Maßnahmen nötig ist.

[Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)]

Wir haben uns mit den Belüftungssystemen auseinandergesetzt. In einem Stufenplan, den Frau Scheeres zusammen mit vielen Fachleuten erarbeitet hat,

[Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)]

gibt es entsprechende technische Ausstattungen in den Unterrichtsräumen, die Maskenpflicht für die älteren Jahrgänge und weitere Hygienemaßnahmen.

[Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)]

Gegebenenfalls müssen auch flexible Unterrichtszeiten umgesetzt werden – natürlich neben einer weiteren Digitalisierung unseres Schulalltages.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN,  
der FDP und den GRÜNEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Herr Regierender Bürgermeister, einen kleinen Moment! – Herr Abgeordneter Lindemann! Ein Zwischenruf ist das eine, andauernd dazwischenzurufen und hier zu versuchen, eine Rede sozusagen zu unterdrücken, das geht nicht. Ich rufe Sie hiermit förmlich zur Ordnung.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den  
GRÜNEN und der FDP]

**Regierender Bürgermeister Michael Müller:**

Die sozialen Folgen unseres Handelns zu bedenken, ist wichtig. Wir müssen sie im Blick haben, und genauso wichtig ist es, über die Folgen für unsere Wirtschaft zu sprechen. Unternehmen zu helfen, heißt im Übrigen auch, Arbeitsplätze zu retten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu helfen. Immer wieder bekomme ich Zuschriften mit Fragen, warum es denn nötig ist, Millionen bis zu Milliarden an Unternehmen auszugeben. Ja, es geht genau darum. Es geht darum, unsere Wirtschaft zu stabilisieren und natürlich auch jenseits der großen Unternehmen vor allen Dingen etwas für die kleinen und Kleinstselbstständigen, für die Soloselbstständigen, viele gerade auch aus dem Kulturbereich, zu tun.

Wir konnten in dieser Woche zwischen Bund und Ländern verabreden, dass noch mal 7 bis 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, für schnelle und unbüro-

kratische Hilfe, indem die bestehenden Auszahlungssysteme genutzt werden und darüber von Unternehmen neue Anträge gestellt werden. Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern erhalten 75 Prozent des Umsatzes des Vergleichsmonats des Vorjahres. Also wer aus dem November 2019 seine Umsätze nachweisen kann, bekommt sie zu 75 Prozent ersetzt. Und wir werden selbstverständlich darüber hinaus sehen, was Berlin noch tun muss, wo wir nachsteuern müssen – bei den Vereinen, im Kulturbereich – und wo durch das Agieren des Bundes noch Lücken sind. Wir werden das im Senat miteinander beraten.

Darüber hinaus, lassen Sie mich auch das sagen, ist die Kurzarbeit das wichtigste Instrument, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und Arbeitsplätze zu retten.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Ruinös ist das!]

Ich habe an dieser Stelle noch einmal eine Bitte an den Bund. Angesichts der großen Hilfen für die Unternehmen, Hunderte Milliarden – das finde ich gut und richtig, keine Kritik an der Stelle –, bitte ich aber, auch noch mal auf der Bundesebene zu prüfen, ob das Kurzarbeitergeld nicht wenigstens temporär ab dem ersten Monat auf 70 Prozent aufgestockt werden kann. Gerade dort, wo niedrige Löhne gezahlt werden, ist es für ein gutes Leben und Überleben so wichtig, vom ersten Tag an Hilfe und Unterstützung zu bekommen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

Ja, die Pandemie wird uns noch weiter beschäftigen. Ein weiterer wichtiger Punkt auch für die nächsten Monate wird es sein, wie unsere Maßnahmen kontrolliert werden und wie Tests eingesetzt werden. Bis Medikamente und Impfungen zur Verfügung stehen, werden wir sicherlich viele weitere neue Schritte gehen müssen und Erfahrungen sammeln auch in Bezug auf die Schnelltests, die uns jetzt erst oder jetzt schon – je nachdem, wie man es sieht – zur Verfügung stehen. Ich will aber an dieser Stelle warnen: Die Schnelltests kein Allheilmittel, sie sind ein Baustein. Sie sind ein Baustein, um wieder ein Stück Freiheit zurückzugewinnen. Es ist aber eine schwierige Handhabung. Das, was der Name suggeriert, „Schnelltest“, jeder kann mal zwischen Tür und Angel schnell einen Test machen und dann sehen, ob er in ein Konzert oder zu einem Fußballspiel gehen kann, das ist ein großer Trugschluss.

Fachpersonal wird auch mit Schnelltests umzugehen haben. Wir wissen noch nicht, wie viele Kapazitäten uns in den nächsten Monaten zur Verfügung stehen. Wir werden uns zu Beginn dieser Testverfahren auf diejenigen konzentrieren, die wir ganz besonders im Blick haben müssen, auf Ältere, auf Menschen in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, auf Menschen mit Vorerkrankungen, auf Menschen, die wir dringend zur Aufrechterhaltung unseres öffentlichen Lebens und der Sicherheit brauchen wie Polizei und Feuerwehr. Darauf werden wir uns beschränken.

**(Regierender Bürgermeister Michael Müller)**

Natürlich bleibt auch die Kontaktnachverfolgung wichtig. Bundesweit ist es schwer. Wir hatten eine Videokonferenz der Bürgermeister der zehn größten Städte. Es gibt keine Unterschiede. Alle haben die gleichen Probleme. Das Problem ist nicht, dass wir nicht einstellen wollen. Das Problem ist nicht, dass wir kein Geld dafür zur Verfügung stellen wollen. Das Problem ist, dass wir nicht in dem Maß, wie wir Unterstützung und Fachpersonal brauchen, es uns einfach herbeibeschießen können. Die Menschen sind nicht da. Insofern müssen wir flexibel handeln, müssen wir unsere Gesundheitsämter mit den unterschiedlichsten Maßnahmen unterstützen. Ja, wir stellen weiter ein. Wir verteilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Verwaltungen in die Gesundheitsämter. Die Bundesbehörden helfen uns mit Mitarbeitern. Referendare werden mit eingesetzt. Ja, ich kann es mir an dieser Stelle nicht verkneifen: Ich glaube, ist eine gute, eine großartige Hilfe des Bundes, dass er bundesweit, aber eben auch in Berlin die Bundeswehr mit einsetzt und uns unterstützt.

[Beifall]

Das sind gute und qualifizierte Leute, die uns schon so oft geholfen haben. Schon in der Flüchtlingskrise haben sie uns geholfen und haben die Infrastruktur mit aufgebaut. Es sind Leute, die in Berlin leben und arbeiten und hier ihre Familien haben, Menschen, die helfen wollen. Ich kann nicht verstehen, wie man aus ideologischen Gründen in einer Krise, einer Gesundheitskrise, diese Hilfe nicht annimmt. Das muss aufhören.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der AfD und der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Aber auch hier ist Eigenverantwortung gefragt und Unterstützung, damit es eine Entlastung in diesen sehr angespannten Bereichen gibt. Es muss doch selbstverständlich sein, nach den Monaten der Diskussion und Aufklärung, dass die Menschen im Falle eines positiven Tests zu Hause bleiben und von allein mögliche Kontaktpersonen über dieses Testergebnis informieren. Braucht man dafür wirklich die Aufforderung des Arztes?

Die Ämter werden weiter die Kontaktketten nachverfolgen. Sie werden weiter informieren, aber es geht darum, dass wir jetzt alle mithelfen, dass wir alle Eigenverantwortung zeigen, dass wir auch unkonventionelle Wege gehen. Ich will jetzt ein kleines Beispiel nennen, wieder nur einen Baustein, der aber helfen kann. Das Bezirksamt Mitte hat für Tests einen Anhänger angeschafft. Praktisch ist es mit diesem Anhänger möglich, eine mobile Teststation im Bezirk zu organisieren. Man kann diesen später als mobile Impfstation nutzen. Es ist ein kleiner Baustein, der helfen kann. Warum orientieren sich nicht alle an solchen Maßnahmen? Es kann doch nicht im Ernst am Geld oder am Personal liegen, so etwas einzurichten. Wenn es am Geld und am Personal liegt, dann werden wir vonseiten des Landes helfen. Wir brauchen solche Unterstützung. Ich glaube, es ist wichtig und richtig.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –  
Beifall von Paul Fressdorf (FDP)]

Ich will an dieser Stelle noch etwas ansprechen, von dem ich hoffe, dass Sie vielleicht auch über Ihre politische Arbeit, über andere Gremien oder über Kontakte zur Bundesebene mithelfen können: Ich glaube, dass wir eine Chance, die wir im Zusammenhang mit der Corona-App haben, nicht verträdeln und nicht vertändeln sollten. Wir haben die technischen Möglichkeiten. Wir haben 20 Millionen Menschen, die sich diese App heruntergeladen haben. Es geht darum, unsere Gesundheitsämter zu entlasten.

[Gunnar Lindemann (AfD): Alles Staatsüberwachung!]

Es geht darum, schnell zu reagieren. Wir haben in manchen Bereichen in die Grundrechte eingegriffen. Hier an der Stelle, wo wir die Möglichkeit haben, schnell zu helfen, nutzen wir sie nicht aus Sorge davor, dass es mit dem Datenschutz Probleme geben könnte. – Ich nehme den Datenschutz ernst. Ich bin mir aber sicher, wenn ich allein die Resonanz unserer Start-ups in Berlin sehe, was es alles für technische Möglichkeiten gibt, kann man dem Datenschutz nachkommen, aber man kann mit der App deutlich mehr machen und deutlich schneller helfen, als wir es jetzt tun. Wir dürfen in einer Krise, wo es um Leben und Tod geht, solche Chancen nicht vertun. Wir müssen sie nutzen. Jeder muss sie nutzen. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –  
Beifall von Stephan Standfuß (CDU) und  
Henner Schmidt (FDP)]

Wenn die Regeln, die wir jetzt miteinander beschlossen haben, morgen in Kraft treten, werden viele auch erwarten, dass wir sie weiter stark kontrollieren. Unsere Berliner Polizei wird gemeinsam mit der Bundespolizei und den Ordnungsämtern dafür sorgen, dass diese Regeln umgesetzt werden. Wir werden in den Gaststätten, in den öffentlichen Einrichtungen, in den Straßen kontrollieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsämter sind entsprechend geschult. Ich sage hier auch ganz klar, es gibt zurzeit Wichtigeres als die Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung.

[Beifall]

Aber auch an dieser Stelle sage ich wieder ganz eindeutig: Politik kann und muss einen Rahmen setzen. Dafür sind wir gewählt. Dafür sind wir da. Wir können Institutionen ausstatten. Wir können Regeln aufstellen. Jeder Einzelne ist gefordert, sie mitzutragen. Es ist eindeutig: Dieser Monat November ist der Monat der Eigenverantwortung. Wir können und wollen eine Stadt mit fast 4 Millionen Einwohnern nicht lückenlos überwachen. Wir können nicht und wir wollen nicht vor jedes Wohnzimmer einen Polizisten stellen.

[Jeannette Auricht (AfD): Na Gott sei Dank! ]



**(Regierender Bürgermeister Michael Müller)**

Kein Ministerpräsident, niemand in der Politik kann das, selbst wenn er noch so kraftvoll und bestimmt in den letzten Wochen aufgetreten ist.

[Ronald Gläser (AfD): Wäre ja auch noch schöner!]

Wir alle sind darauf angewiesen, dass wir von den Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden, dass wir gemeinsam diese Situation ernst nehmen. Wer diese weltweite Krise mit über einer Million Toten nicht ernst nimmt, der hat auch in den letzten Wochen nichts verstanden. Wer jetzt noch behauptet, demokratisch gewählte Parlamente, hier in unserem Land, hier in unserer Demokratie, würden diese Coronakrise für eine „Coronadiktatur“ nutzen – mein Gott, was sind das für dumme Reden.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,  
den GRÜNEN, der CDU –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP –  
Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)]

Genauso dümmlich sind ständige Vergleiche mit der Grippe und den Grippetoten. Ja, das stimmt, an einer Grippe kann man sterben.

[Carsten Ubbelohde (AfD): So, wie die WHO  
das macht!]

Was macht das besser? Was macht das besser, wenn wir die Situation im Zusammenhang mit der Coronapandemie betrachten? Ist es wirklich immer noch ein gutes Argument zu sagen, ja, man kann auch an einer Grippe sterben, wenn die eigene Familie und die eigenen Freunde betroffen sind? Wollen wir nicht, dass wir allen, auch wenn man an anderen Krankheiten sterben kann, helfen, so gut es geht, durch diese Coronazeit zu kommen? Wollen wir nicht alle Leben retten?

Es geht nicht darum, ernsten und seriösen Debatten auszuweichen. Nein, denen muss sich die Politik stellen. Das tun wir auch. Wir müssen darüber diskutieren, wie die Aufgabe von Gerichten, von Parlamenten und Regierungen sind. Wir müssen über den sensiblen Umgang und den Schutz unserer Grundrechte reden. Für diese Auseinandersetzung, für diese ernsthafte Auseinandersetzung mit dieser Krise, ist es nicht nötig, Veganköchen oder Reichsflaggenträgern hinterherzulaufen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN,  
den GRÜNEN, der CDU und der FDP]

Jeder muss wissen, was er tut.

Ich weiß, ich mute, wir muten wieder vielen Menschen viel zu. Allen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, der Kanzlerin, uns allen im Senat ist es schwergefallen, das zu beschließen, was jetzt auf dem Tisch liegt. Aber unsere Überzeugung ist: Es geht nicht anders.

[Christian Goiny (CDU): Alternativlos!]

Unsere Maßnahmen sind auf den November beschränkt. Ich habe es in den letzten Tagen schon einmal gesagt und wiederhole es hier: Ich kann nichts versprechen, aber ich

bin sicher, wir haben die Chance auf eine gemeinsame schöne Adventszeit mit unseren Freunden und der Familie. Jetzt gemeinsam solidarisch und entschlossen die Maßnahmen tragen und umsetzen – darum geht es, und wir haben es in der Hand. Wir alle sehnen uns nach Normalität und nach Sicherheit, und Sicherheit wird es nicht durch kurzfristige Klageerfolge geben, mit denen die einen versuchen, aus unserem Konzept, aus dem Maßnahmenmix, den wir miteinander verabredet haben, Bausteine herauszuberechnen, um zu sehen, ob man nicht sich selbst doch noch ein Stück Freiheit erstreiten kann.

Viele haben die Möglichkeiten, auf Veranstaltungen zu gehen, in Gaststätten oder in Hotels zu gehen, in den letzten Wochen gar nicht genutzt, obwohl sie es hätten tun können. Sie haben diese Möglichkeiten gar nicht genutzt, weil sie nicht sicher waren, wie die Situation ist, wie gefährlich Corona ist, weil sie nichts riskieren wollten.

[Marc Vallendar (AfD): Angstmacherei!]

Es ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe, durch unser besonnenes Handeln die Infektionsgefahr zu minimieren und den Berlinerinnen und Berlinern Sicherheit zu geben; Sicherheit zu geben für ein wieder unbeschwertes Zusammenleben, für Kinobesuche und Theaterbesuche, für den Besuch bei Freunden, in der Kneipe oder beim Sport. Es geht darum, Sicherheit zu geben für die ganze Vielfalt unserer fantastischen Stadt, die wir alle wieder erleben wollen. Ich gebe es zu: Ich kann es kaum erwarten.

Ich weiß: Gemeinsam werden wir durch diese Krise kommen, denn wir haben schon einmal gezeigt, dass wir es können. Wir haben es schon einmal geschafft im Frühjahr und haben mit unseren Maßnahmen und unserer Verantwortung, die jeder für sich angenommen hat, so viel erreicht, und wir können wieder viel erreichen. Wir tun das für die Gesundheit unserer Familien, für die Gesundheit unserer Arbeitskollegen und Freunde, wir tun das für die Berlinerinnen und Berliner, wir tun das für unsere Heimatstadt Berlin. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der CDU, der LINKEN, den  
GRÜNEN und der FDP]

**Präsident Ralf Wieland:**

Wir kommen zur Aussprache mit einer Redezeit von bis zu 15 Minuten pro Fraktion. Es beginnt die Fraktion der CDU. – Bitte schön, Herr Dregger!

**Burkard Dregger (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Am Montag bekam ich folgende Nachricht: Lieber Herr Dregger! Meine Mutter liegt in der Park-Klinik im Sterben, und meine Frau und ich haben gerade erfahren, dass wir auf das SARS-CoV-2-Virus positiv getestet wurden. Momentan sind wir am Limit

**(Burkard Dregger)**

oder besser gesagt darüber hinaus. – Zwei Tage später erhielt ich die traurige Nachricht: Lieber Herr Dregger! Meine geliebte Mutter ist heute gegen 15 Uhr am SARS-CoV-2-Virus verstorben. Danke für Ihr Mitgefühl. Wenn es einem so geht wie meiner Frau und mir jetzt, sind Zeichen und Gesten der Verbundenheit sehr willkommen. Auf der anderen Seite wird der Zynismus in den Äußerungen der Coronaverharmloser noch unerträglicher. – Zitat Ende.

Das sind die Worte von direkt Betroffenen, die Schreckliches in dieser Coronakrise durchmachen. Deshalb gibt es für Verharmlosungen in der Tat keinen Anlass. Noch im September lagen weniger als 20 Coronapatienten auf unseren Berliner Intensivstationen. In nur einem Monat, im Oktober, ist die Zahl von unter 20 auf 177 Coronaintensivpatienten gestiegen; Tendenz weiter steigend. 176 Intensivbetten sind derzeit frei. Geplante Operationen werden schon wieder verschoben, um kurzfristige Engpässe zu vermeiden. Ich frage Sie also: Wollen wir dieser Entwicklung tatenlos zusehen? Dürfen wir dieser Entwicklung tatenlos zusehen? – Nein, angesichts dieser Lage ist Nichtstun keine Option. Wir müssen jetzt Konkurs – –

[Zuruf von der AfD: Konkurs! –  
Lachen bei der AfD]

Wir müssen jetzt Kurs halten, und das bedeutet, dass uns Leben und Gesundheit unserer Menschen nicht egal sind, sondern dass wir Leben und Gesundheit unserer Menschen weiterhin vor den Gefahren der Pandemie schützen müssen.

[Beifall bei der CDU, der SPD, der LINKEN  
und den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Das Ausmaß der Beschränkungen, die Ihr Senat ab morgen verhängt, ist ohne Frage enorm. Sie betreffen viele Lebensbereiche.

Wenn eine alte Frau sagt: Ich habe nur noch zwei oder drei Jahre zu leben, und ich kann meinen Enkel nicht in meine Arme schließen – dann berührt mich das. Das berührt uns alle. Die Kontaktbeschränkungen führen zu mehr Einsamkeit, und Einsamkeit ist schrecklich, gerade in der bevorstehenden Adventszeit. Daher brauchen wir Lösungen und Unterstützung für das Ehrenamt, um der Einsamkeit entgegenzuwirken.

Es gibt aber nicht nur schmerzhaft Beschränkungen im privaten und familiären Bereich, sondern ebenso im beruflichen Bereich. Besonders bitter ist es für die vielen Selbstständigen, insbesondere für die Gastronomen, Hotelunternehmen, viele mehr, ebenso für die vielen Kulturschaffenden in unserer Stadt, die Kinos, Theater, Opern, Konzerthäuser, Museen. Sie alle haben in den vergangenen Wochen erheblich investiert, um ihre Betriebe infektionssicher zu machen. Sie müssen jetzt erkennen, dass

sie sie dennoch schließen müssen. Das ist wirklich bitter, und es ist in vielen Fällen ohne Frage wirtschaftlich existenzbedrohend. Daher muss gelten: Wer unverschuldet in Not geraten ist, der muss unsere Unterstützung erhalten, schnell und unbürokratisch; den dürfen wir nicht zurücklassen.

[Beifall bei der CDU, der SPD, der LINKEN  
und den GRÜNEN]

Ich fordere den Senat auf: Schaffen Sie dafür unverzüglich die Voraussetzungen. Zeigen Sie nicht immer nur auf den Bund; ich möchte das wirklich klarmachen. Die Veranstaltungskultur und Kreativwirtschaft, die Hotellerie und Gastronomie haben für unsere heimische Wirtschaft eine viel größere Bedeutung als in anderen Bundesländern. Sie sind nicht nur kulturell die DNA unserer Stadt, sondern sie sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor unserer Stadt mit vielen Arbeitsplätzen. Daher erwarten wir von den Koalitionsfraktionen, dass es ergänzend zu den Bundesprogrammen Berliner Unterstützungsprogramme geben wird. – Bitte machen Sie da mit uns mit.

[Beifall bei der CDU]

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir tragen die getroffenen und bis zum 30. November befristeten Maßnahmen im Grundsatz mit. Es kommt jetzt darauf an, eine Überlastung unserer intensivmedizinischen Kapazitäten zu vermeiden. Aber, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, einen Blankoscheck bekommen Sie trotz meiner Unterstützungszusage nicht. Ich verbinde unsere heutige Unterstützung mit einigen klaren Erwartungen für die Zukunft.

Erstens: Mich macht betroffen, dass Ihre Antworten auf die Pandemie heute fast identisch sind mit denen vor neun Monaten. Wieder werden weite Teile des öffentlichen Lebens zum Teil undifferenziert heruntergefahren. Kürzlich erhielt ich folgendes Schreiben: Sehr geehrter Herr Dregger! Ich bin eine selbstständige Kosmetikerin aus Berlin und kann aktuell leider den Beschluss nicht nachvollziehen, warum wir wieder schließen müssen, Friseure jedoch geöffnet bleiben dürfen.

[Marc Vallendar (AfD): Fragen Sie mal Ihre Kanzlerin!]

Ich bitte Sie daher um Aufklärung beziehungsweise um die Hilfe, dass wir weiter arbeiten dürfen. – Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Diese verständlichen Fragen müssen ehrlich beantwortet werden.

[Harald Laatsch (AfD): Dann machen Sie das mal!]

Die Betroffenen haben Anspruch darauf, dass nach neun Monaten Pandemie Widersprüchlichkeiten vermieden und vermeintliche Widersprüchlichkeiten aufgeklärt werden können. Wir verfügen doch über die besten Virologen und Wissenschaftler der Welt.

Zweitens: Wie kann es sein, dass die Nachverfolgung der Gesundheitsämter nicht mehr funktioniert? Sie haben doch die steigenden Infektionszahlen seit Monaten

**(Burkard Dregger)**

vorhersehen können. Wissenschaftler haben sie prognostiziert. Warum also ist es Ihnen nicht gelungen, die Gesundheitsämter durch Personalverstärkungen aus anderen Verwaltungen ausreichend zu stärken? Was ist daran so schwierig? Was soll man davon halten, dass im von den Grünen regierten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg das Bezirksamt in dieser Situation die Hilfe der Bundeswehr ablehnt –

[Stephan Standfuß (CDU): Pfui! Skandal!]

die Hilfe unserer Bundeswehr, die in allen anderen Bezirken, ja in ganz Deutschland, die Gesundheitsämter bereits seit Monaten personell erheblich unterstützt, Infektionsketten nachverfolgt und damit das Leben und die Gesundheit der Menschen schützt? Wo ist Ihre Bezirksaufsicht, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, über diese Realitätsverweigerung?

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Wie können Sie es tolerieren, dass Ideologie über die Gesundheit und das Leben der Menschen gestellt wird? Hier werden Menschenleben gefährdet, und das ist nicht zu akzeptieren.

[Beifall bei der CDU und der FDP –  
Beifall von Silke Gebel (GRÜNE) –  
Zuruf von Kurt Wansner (CDU)]

Drittens: Wie kann es sein, dass unsere Verwaltung noch immer in weiten Teilen nicht in der Lage ist, digital von zu Hause zu arbeiten? – Wenn Sie jetzt unsere Verwaltung erneut ins Homeoffice entlassen, entlassen Sie Teile erneut ins Nichtstun, mitten in der Krise. Das hat gravierende Folgen. Gewerbetreibende benötigen Baugenehmigungen und vieles mehr. Wenn größere Teile der Verwaltung wieder im Homeoffice zur Untätigkeit verurteilt werden,

[Katrin Seidel (LINKE): Homeoffice  
ist nicht Untätigkeit!]

dann schädigen wir auch noch diejenigen Unternehmen, die trotz Beschränkungen arbeiten können –, und das müsste Ihr Senat doch in den letzten neun Monaten geregelt haben.

[Beifall bei der CDU –  
Beifall von Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)  
und Stefan Förster (FDP)]

Warum sind Sie nicht unseren Vorschlägen gefolgt, die Verwaltung mit einem Turboprogramm zu digitalisieren? Warum haben Sie in den zurückliegenden Monaten nicht geschafft, was jedes kleine, mittlere und auch größere Unternehmen in der Pandemie geschafft hat, nämlich die Arbeitsprozesse auf die Pandemie einzustellen? – Würden sich Unternehmen so träge verhalten, wären sie längst insolvent und untergegangen, und deswegen fordere ich Sie auf, jetzt mit Nachdruck dafür zu sorgen, dass unsere Verwaltung auch in einem Lockdown arbeitsfähig bleibt.

[Beifall bei der CDU –  
Beifall von Stefan Förster (FDP) –  
Marc Vallendar (AfD): Die Insolvenzfrist  
wurde ausgesetzt!]

Viertens: Warum gibt es immer noch keinen Plan B für unsere Schulen? Was machen Sie denn, wenn die Schulen aufgrund steigender Infektionszahlen doch noch schließen müssen? Haben Sie denen denn inzwischen die Mittel an die Hand gegeben, damit sie flächendeckend digitalen Unterricht gestalten können? – Viel zu wenig ist geschehen. Ihre Schulverwaltung hat noch nicht einmal begonnen, einen Plan B aufzustellen.

[Zuruf von der SPD]

Fünftens: Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Wie soll es denn im Januar weitergehen? Haben Sie sich schon Gedanken gemacht, wie Sie die nächste Infektionswelle bewältigen wollen, die uns nach den Familienfeiern in den Weihnachtstagen möglicherweise bevorstehen könnte?

[Marc Vallendar (AfD): Noch mal Lockdown!]

Was ist denn Ihre Strategie? Wollen Sie dann wieder alles schließen, immense wirtschaftliche Schäden in Kauf nehmen und schuldenfinanzierte Hilfsprogramme starten? – Das kann doch unmöglich der Plan dieses rot-rot-grünen Senats sein. Deswegen fordere ich Sie auf: Fangen Sie jetzt endlich an, sich auf die nächste Welle vorzubereiten! Gehen Sie doch einmal auf unsere Vorschläge ein, statt immer nur alles abzulehnen! Beginnen Sie morgen früh damit, bis Ende Dezember allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes die technischen Mittel für einen effizienten und sicheren Heimarbeitsplatz zur Verfügung zu stellen!

[Beifall bei der CDU]

Beginnen Sie damit, damit unsere Schulen endlich leistungsfähig werden!

Wir brauchen jetzt eine vernünftige, vorausschauende Politik, die die Regeln durchsetzt, die die Ehrlichen nicht bestraft, sondern unterstützt, und die nicht ideologische Irrationalitäten über den Gesundheitsschutz stellt, wie dies im grünen Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg der Fall ist.

[Silke Gebel (GRÜNE): Ach, bitte!]

Nur wenn Sie das beherzigen, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, können Sie in dieser Pandemie auf unsere Unterstützung zählen.

Wir führen auch eine Diskussion über die Rolle der Parlamente in der Krise. Von einigen wird behauptet, die Parlamente seien nicht involviert. Wir, die wir hier sitzen, wissen, dass das so nicht stimmt. Es ist keine Sitzungswoche vergangen, in der sich das Abgeordnetenhaus nicht mit der Pandemie und den Wegen aus der Krise befasst hätte. Wir haben Aktuelle Stunden abgehalten, einen Nachtragshaushalt diskutiert und verabschiedet,

**(Burkard Dregger)**

Soforthilfen, die CDU-Fraktion hat Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht, zum Beispiel für ein Gesetz über den Gesundheitsnotstand in Berlin, und vieles andere mehr: Antragsinitiativen zur Digitalisierung der Verwaltung und der Schulen. – Aber, meine Damen und Herren von der Koalition, wenn Sie wirklich an einer Stärkung des Parlaments interessiert sind, dann reicht es nicht, an einem Sonntag eine Parlamentssitzung einzuberufen, nur damit das Parlament endlich einmal vor Erlass einer Rechtsverordnung über deren Inhalt debattieren kann, sondern dann sollten Sie den echten Schulterschluss mit uns suchen. Beteiligen Sie uns an Ihren Entscheidungsprozessen! Setzen Sie sich ernsthaft mit unseren Vorschlägen auseinander!

[Beifall bei der CDU –  
Beifall von Stefan Förster (FDP)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Herr Dregger! Ich darf Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Luthe zulassen.

**Burkard Dregger (CDU):**

Nein, danke! Keine Zwischenfragen, bitte. – Lassen Sie mich zum Ende meiner Rede festhalten – erstens: Meine Auffassung von Parlamentarismus ist es, den Senat zu kontrollieren, seine Fehler aufzudecken und zu benennen und bessere Vorschläge zu machen. Zweitens: Meine Auffassung von Parlamentarismus ist es aber auch, in einer so großen Krise den Senat da zu unterstützen, wo es nötig und richtig ist. Denn eines ist klar: Wenn wir aus dieser Krise herauskommen wollen, dann können wir das nur gemeinsam. – Daher, sehr geehrter Regierender Bürgermeister: Ich biete Ihnen unsere Unterstützung an. Nehmen Sie unsere Unterstützung in Anspruch! Setzen Sie sich ernsthaft mit unseren Vorschlägen auseinander! Lassen Sie uns trotz der gemeinsamen Herausforderungen gemeinsam den Menschen und unseren Unternehmen sichere und verlässliche Perspektiven schaffen, durch Weitsicht! Nur dann geben Sie Ihrem eigenen Aufruf nach Zusammenhalt einen glaubwürdigen Inhalt. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU –  
Beifall von Lars Düsterhöft (SPD)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Saleh das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege!

**Raed Saleh (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zwei Zahlen: 1 084, das sind die aktuellen Neuinfektionen mit Corona für das Land Berlin. 19 059, das sind

die aktuellen Neuinfektionen mit Corona für das Land Deutschland.

[Kurt Wansner (CDU): Das ist der  
Spitzenkandidat der SPD!]

Beide Zahlen stammen aus dem gestern Abend veröffentlichten Lagebericht „Covid 19“ unserer Senatorin für Gesundheit, Dilek Kalayci, die gerade wie so viele in unserer Stadt im Dauereinsatz ist, wie die Gesundheitsämter, die Krisenstäbe. – Es gilt an der Stelle auch, Dankeschön zu sagen. Vielen Dank dafür!

[Beifall bei der SPD,  
der LINKEN und den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP –  
Beifall von Herbert Mohr (AfD)]

Kurz nach den Sommerferien hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel in Bezug auf das Virus noch gewarnt. Viele zeigten sich damals verärgert, sie haben kritisiert: Das ist doch Schwarzmalerei! – Was hat damals die Kanzlerin gesagt? – Sie sagte: Meine Sorge ist, dass wir um Weihnachten herum 19 000 neue Fälle pro Tag bekommen, wenn wir nicht schnell genug gegensteuern.

[Zuruf von Andreas Wild (fraktionslos)]

Und an diesem Wochenende haben wir mehr als 19 000 Neuinfektionen pro Tag, also zwei Monate vor Weihnachten.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Viele von Ihnen – Herr Dregger hat es auch gerade anhand eines Beispiels beschrieben – haben es ähnlich erlebt: Bei mir war es ein Kleinunternehmer, ein Landschaftsgärtner. Jedes Mal, wenn er mich in den vergangenen Monaten in Spandau sah, mir über den Weg gelaufen war, fragte er mich: Herr Saleh! Es wird doch keinen zweiten Lockdown geben? – Ich hatte ihm jedes Mal geantwortet: Ich hoffe nicht. Wir werden alles versuchen, dass es keinen zweiten Lockdown braucht.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Jetzt ist er da, der zweite Lockdown, und prompt bekam ich eine SMS von diesem Mann.

[Zuruf von Christian Gräff (CDU)]

Er war stinksauer und wütend. Ich rief ihn natürlich sofort zurück.

[Oh! von der AfD –  
Lachen bei der CDU]

Wir sprachen zehn Minuten,

[Zuruf von Thorsten Weiß (AfD)]

und ich versuchte, ihm zu erklären, warum wir diese Einschränkungen jetzt brauchen. Die Kurzform unseres Gesprächs sind die Zahlen 1 084 und 19 059. Im Laufe des Telefonats hat sich seine Wut gewandelt. Er hat die Argumente auf einmal nachvollzogen und sagte schließlich: Herr Saleh! Das stehen wir jetzt alle gemeinsam

**(Raed Saleh)**

durch! – Und er fügte hinzu: Zusammenhalt ist doch die Devise der Stunde!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Das, was wir heraushören können, ist doch klar: Ja, wir müssen viel mehr erklären, viel mehr auf die Ängste der Menschen eingehen, ja, auch auf deren Wut und Enttäuschung. Wir müssen versuchen, Ängste und Wut abzumildern. Wir müssen genau begründen, warum die Menschen jetzt vier Wochen lang nicht mehr auf der Terrasse eines Cafés bei einem Cappuccino zusammensitzen können, warum sie nicht mehr in einen Kinosaal mit 20 bis 30 Personen gehen können, warum sie nicht mehr ins Fitnessstudio gehen können. Wir müssen begründen, und wir begründen: weil die gesundheitliche Lage äußerst schwierig ist. – Dafür werden die Berlinerinnen und Berliner auch Verständnis haben, davon bin ich überzeugt.

[Beifall bei der SPD  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –  
Zuruf von der AfD: Wie euphorisch!]

Es ist beileibe keine Situation, die wir auf die leichte Schulter nehmen können, aber ich bin froh, dass die neuen Regelungen zwischen allen Ebenen eng abgestimmt sind. – Und das ist, lieber Regierender Bürgermeister, auch ein Verdienst Ihrer Person. Sie haben von Anfang an darauf gedrungen, dass es eine einheitliche Regelung geben soll – deutschlandweit zwischen Bundesregierung, dem Senat und den Bezirksämtern. Vielen Dank dafür!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –  
Marc Vallendar (AfD): Schön, dass die Parlamente nichts sagen! Super! –  
Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

Genauso wichtig ist es aber, dass das Hohe Haus, das Abgeordnetenhaus von Berlin, heute zu einer Sondersitzung zusammenkommt. Ihre Worte, Herr Regierender Bürgermeister, waren gut. Sie sind hier auf Zustimmung gestoßen,

[Lachen bei der FDP]

dass es zukünftig einer großen Beteiligung des Parlamentes bedarf, denn: In unserer Demokratie sind wir es, die gewählten Volksvertreter,

[Paul Fresdorf (FDP): Jetzt wird er nervös!]

die über die Zukunft unseres Landes und der Menschen entscheiden müssen. Einschnitte, die die Bevölkerung unserer Stadt hart treffen, dürfen nur mit dem Parlament, nicht ohne das Parlament beschlossen werden. Es ist wichtig, dass wir derartig entscheidende Beschlüsse in unserer Stadt in Zukunft rechtssicher regeln. Das ist meine klare Erwartung, und diese Erwartung teilen viele in der Stadt.

Wir stehen heute vor zwei Herausforderungen. An erster Stelle steht natürlich die Gesundheit der Menschen, und zwar die Gesundheit aller Menschen. Die Gesundheit der Bevölkerung ist der entscheidende Grund für dieses harte Handeln, denn eins haben die vergangenen Monate gezeigt – und daran hat sich seit Ausbruch der Pandemie nichts geändert –: Für ältere, für vorbelastete, für geschwächte Menschen ist das Virus besonders gefährlich. Junge Menschen können das Virus vielleicht leichter wegstecken. Manche spüren sogar kaum ein Symptom. Das ist das Tückische an dieser Krankheit. Deswegen ist Solidarität das wichtigste in dieser aktuellen Situation: Solidarität zwischen Jung und Alt,

[Zuruf von Franz Kerker (AfD)]

Solidarität zwischen gesund und krank, Solidarität zwischen schwächeren und stärkeren Immunsystemen. Bislang war mein Eindruck, dass wir in Berlin diese Solidarität recht gut hinbekommen haben. Auch wenn einige es in den Sommermonaten mit den Abstandsregeln, der Maskenpflicht oder der Achtsamkeit leider etwas lax genommen haben: Im Grunde sind die Menschen in unserer Stadt solidarisch und achtsam einander gegenüber geblieben, bis heute.

Daher auch meine inständige Bitte: Beachten Sie auch weiterhin die Abstandsregelungen! Behalten Sie das Händewaschen weiterhin bei! Tragen Sie auch weiterhin eine Maske! Achten Sie auch weiterhin auf die Großeltern, auf die älteren Nachbarinnen und Nachbarn, vielleicht auf die vorerkrankten Kollegen. Und natürlich: Achten Sie auf sich selbst!

[Zuruf von Harald Gindra (LINKE)]

Die erste Herausforderung ist die gesundheitliche. Die zweite Herausforderung ist die wirtschaftliche. Im Frühjahr, als die Pandemien in unserer Stadt ausbrach, haben unsere Soforthilfen vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, Soloselbstständigen und Künstlerinnen und Künstlern in der ärgsten Not geholfen. Trotzdem stehen heute, nach Monaten auf Sparflamme, viele Betriebe schlecht da, gerade in der Gastronomie, im kulturellen Leben und im Tourismus. Sozialverbände warnen inzwischen vor Armutsrisiken, die aus der Krise folgen. Um diese Armutsrisiken zu verhindern, müssen wir jetzt wieder ganz schnell handeln, im Bund und im Land.

Gerade deswegen hat der Bundesfinanzminister einen neuen sozialen Schutzschirm aufgespannt. Ich bin froh, dass Olaf Scholz Unternehmerinnen und Unternehmern, die unter den aktuellen Maßnahmen besonders zu leiden haben, signalisiert hat, dass bis zu 75 Prozent ihres Vorjahresumsatzes im Monat November vom Staat zugesprochen werden können.

[Zurufe von Heiko Melzer (CDU) und Franz Kerker (AfD)]

Das ist ein starkes Signal, ein Signal an alle, dass der Staat niemanden alleine lässt, ein Signal, das Mut macht.

**(Raed Saleh)**

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN]

In unserem Landeshaushalt wird die Coronapandemie tiefe Spuren hinterlassen. Wir werden die kommenden Wochen, Monate und Jahre viel, sehr viel Geld brauchen, um unsere Stadt wieder in Schwung zu bekommen, denn es ist richtig, in der Krise nicht zu sparen, sondern zu investieren. Das ist rot-rot-grüne Politik, und das ist gute Politik.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –

Christian Buchholz (AfD): Rot-rot-grüne Politik  
hat auch in anderen Zeiten nicht gespart! –  
Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

Wir werden auch weiterhin unserer Verantwortung nachkommen und coronabedingt mehr Geld investieren, denn es darf nicht passieren, dass die Coronakrise zu einer wirtschaftlichen Krise wird, die sich später zu einer sozialen ausweitet. Genau deswegen sind die Beschlüsse von Bund und Land so entscheidend. Es ist ein Hilfs- und Sozialprogramm, wie es unsere Stadt noch nie gesehen hat. Das setzen wir auch gemeinsam fort.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –

Franz Kerker (AfD): Schulden machen:  
unverantwortlich! –

Kurt Wansner (CDU): Das stimmt! –  
Marc Vallendar (AfD): Blöd nur, wenn es  
keine Steuereinnahmen mehr gibt!]

Ich bin mir sicher: Wir Berlinerinnen und Berliner haben in den vergangenen acht Monaten viel richtig gemacht

[Kurt Wansner (CDU): Außer Neukölln!]

Das liegt auch an der großen Disziplin der allermeisten Menschen in unserer Stadt und in unserem Land. Zusammenhalt ist die Devise der Stunde, denn wir befinden uns, wie die IHK Berlin sagt, in der tiefsten Krise seit 1945.

[Zuruf von der AfD: Das liegt an Rot-Rot-Grün!]

Für die vielen Tausend Krankenpflegerinnen und -pfleger Ärztinnen und Ärzte, Medizinerinnen und Mediziner ist die Krise schon seit vielen Monaten bitterer Alltag. Viele von ihnen arbeiten bis zum Umfallen. Nach einigen Wochen im Sommer, in denen es vielleicht ein kleines bisschen ruhiger war, trifft sie das Virus zurzeit sehr hart. Gleiches gilt für die Polizistinnen und Polizisten, die während der Coronakrise besonders gefordert sind. Auch die vielen Kolleginnen und Kollegen im Tourismus und in der Gastronomie, die vielen Kulturschaffenden in den Theatern und Kinos, die nicht aufgeben, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten, solange es geht. Die Kassiererinnen im Supermarkt, die an vorderster Front sitzen und immer Gefahr läuft, selbst angesteckt zu werden – ihre Situation ist belastend, und trotzdem beißt sie die Zähne zusammen. Es gibt so viele Menschen in unserer Stadt, die gerade mit dem Rücken zur Wand stehen und

trotzdem mit all ihrer Kraft weitermachen. Man kann all diesen Berlinerinnen und Berlinern nicht oft genug sagen: Vielen Dank für euren aufopferungsvollen und entbehrungsreichen Einsatz Tag und Nacht! – , denn Zusammenhalt ist die Devise der Stunde.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN –

Beifall von Burkard Dregger (CDU) und  
Heiko Melzer (CDU)]

Ja, wir alle zusammen, 3,7 Millionen Menschen in unserer geliebten Stadt Berlin, müssen diese harten und grauen Wochen jetzt gemeinsam durchstehen. Aber es werden wieder bessere Zeiten kommen. Das muss uns auch allen klar sein. Dann wird die Oma mit ihren Enkeln beim Italiener wieder Spaghettieis essen. Das Ehepaar schlenkert durch den Park und sieht entspannte Polizisten, die ohne Mundschutz an ihren Einsatzwagen lehnen. Der Basketballtrainer geht nach einem Auswärtsspiel mit seiner Mannschaft noch auf einen Absacker in die Kneipe. – Ja, diese Wirklichkeit scheint uns im Augenblick ganz fern, aber sie ist doch so nah. Ich bin mir sicher, wir werden gemeinsam gestärkt aus dieser Krise herauskommen, weil diese neue starke Solidarität, die Achtsamkeit und das Auge für die Schwächeren, die Älteren und die Hilfsbedürftigen unsere Gesellschaft stärker machen werden.

[Unruhe bei der AfD]

Deswegen glaube ich, im Namen fast aller hier im Parlament sagen zu können: Zusammenhalt ist die Devise der Stunde. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und  
den GRÜNEN ]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die AfD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Herr Pazderski das Wort.

[Katina Schubert (LINKE): Können wir jetzt  
alle gehen? –

Kurt Wansner (CDU): Da sind wir aber jetzt gespannt! –  
Zuruf von der AfD: Glaube ich!]

**Georg Pazderski (AfD):**

Kann ich nachvollziehen. – Sehr geehrter Herr Präsident!  
Meine Damen und Herren! Liebe Berliner!

[Ines Schmidt (LINKE): Und Berlinerinnen!]

Diese Sitzung ist in meinen Augen eine Farce, eine reine Alibiveranstaltung.

[Beifall bei der AfD –

Beifall von Kay Nerstheimer (fraktionslos) und  
Andreas Wild (fraktionslos)]

Heute geht es nicht wirklich um die politische Willensbildung. Der Wille ist längst vorbestimmt worden, und

**(Georg Pazderski)**

zwar außerhalb dieses Parlaments, ohne die gewählten Interessenvertreter des deutschen Volkes und der Berliner Bürger. Das Wort Regierungserklärung sagt es deutlich. Die Regierung erklärt uns, was sie zu tun längst beschlossen hat. Kritik darf pro forma geäußert werden, aber jeder weiß, an dem, was die Bundeskanzlerin und die 16 Ministerpräsidenten der Länder entschieden haben, wird nichts mehr verändert.

[Torsten Schneider (SPD): Jedenfalls nicht mit Ihnen!]

Da hilft es auch nicht, wenn Grüne, Linkspartei und FDP im Bund ein paar Krokodilstränen über die fehlende Mitsprache der Parlamente vergießen. Da, wo sie auf der Regierungsbank sitzen, nicken sie genauso wie CDU, CSU und SPD alles kritiklos ab.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Das Altparteienetzwerk funktioniert. Schließlich will man ja irgendwann wieder mitregieren. In unserer Republik wiegt mittlerweile ein Befehl der Kanzlerin mehr als eine Parlamentsdebatte.

[Maik Penn (CDU): Das ist ja lächerlich!]

Die oft unerträglichen Ansagen des selbsternannten Chefvirologen Lauterbach, zuletzt zur Aufhebung des Schutzes von privaten Wohnungen, werden von den Medien mehr gehypt als alle Sitzungen der Gesundheitsausschüsse in Bund und Ländern zusammen. Auf der Strecke bleibt die vernunftbezogene, die leidenschaftliche und vor allem kontroverse Diskussion, ohne die unsere Demokratie stirbt.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Und uns, die letzte Opposition in den Parlamenten, versucht man immer stärker an den Rand zu drängen.

[Oh! von der CDU –  
Heiko Melzer (CDU): Mehr an den Rand geht nicht!]

Aber auch Fachleute wie zum Beispiel der Bonner Virologe Hendrik Streeck haben diese Ausgrenzung bereits erfahren müssen, oder Klaus Reinhardt, der Vorsitzende der Bundesärztekammer.

[Torsten Schneider (SPD): Laut „Bild“!]

Wer wie er und die Deutschen Ärztevereinigungen vor Panik warnen, wird gezielt fertiggemacht, quasi medial hingerichtet. Dabei ist es doch höchst paradox. Noch bis vor Kurzem waren es die sogenannten Populisten, die angeblich Panik schürten, die Menschen angeblich gegeneinander ausspielten und Vielfalt unterdrückten. Die Wahrheit ist: Das alles beobachten wir heute bei den Altparteien. Sie setzen auf Angst, Gruppenzwang, Drohungen und Denunziantentum.

[Maik Penn (CDU): Das ist wie in der AfD-Fraktion!]

Diejenigen, die noch vor Monaten begeistert für ein Europa ohne Grenzen warben, waren flugs dabei, mit Be-

herbergungsverboten und Reisebeschränkungen wieder eine Mauer um Berlin zu ziehen.

[Beifall bei der AfD]

Die Fallzahlen steigen. Intensivbetten werden stärker nachgefragt als noch bis vor Kurzem.

[Torsten Schneider (SPD): „Nachgefragt“!]

Auf Krankenhäuser, Altenheime, Rettungsdienste, Gesundheitsämter und Labore kommt eine enorme Herausforderung zu. Ärzte, Schwestern und Pfleger brauchen darum unsere Unterstützung. Deshalb ist es gut, dass sie bei den jüngsten Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst wenigstens etwas besser gestellt worden sind.

[Beifall bei der AfD]

Doch noch immer erkennen unsere Gesellschaft und insbesondere die Politik die Leistung für die Gemeinschaft zu wenig an. Lassen Sie mich kurz an dieser Stelle auch der Bundeswehr für ihren Einsatz in den Gesundheitsämtern von Berlin danken.

[Beifall bei der AfD]

Es ist peinlich, dass manche in den Reihen der Regierungskoalition diesen Einsatz in ihrem Hass auf unsere Streitkräfte ablehnen oder fordern, dass Soldaten sich bei ihrer Hilfe nicht in Uniform zeigen dürfen. Doch bei aller Sympathie für die Beschäftigten und Helfer im Gesundheitswesen dürfen wir eines nicht verdrängen: Wir wissen nach wie vor viel zu wenig über Covid-19, um damit drastische Einschränkungen von Freiheit, Recht und Demokratie zu rechtfertigen. Aber auch auf viele weitere Fragen gibt es keine Antworten. Hat sich ein Berliner in den vergangenen Wochen beim Mittagessen beim Italiener um die Ecke angesteckt? Hat sich jemand das Virus beim Einkaufsbummel auf dem Kurfürstendamm zugezogen? Hat sich ein Spieler des örtlichen Fußballclubs beim Kicken infiziert? Ist es plötzlich über Nacht lebensgefährlich geworden, in die Staatsoper zu gehen? – Wir wissen es nicht. Wie reagieren die Verantwortlichen in Bund und Ländern auf diese ernüchternden Erkenntnisse? – Sie machen sich das Leben einfach. – Keine Zwischenfragen. – Auf alles, was Unterhaltung und damit nach staatstragender Lesart im Grunde überflüssig ist, sollen die Berliner im November 2020 verzichten. Hier wird mit dem Holzhammer rücksichtslos und sinnlos eine Stadt k. o. geschlagen.

[Beifall bei der AfD]

Doch diese Bazooka-Politik überzeugt uns und die Bürger nicht.

[Maik Penn (CDU): Sie sprechen nicht für die Bürger!]

Wer ein Restaurant, ein Fitnessstudio, ein Cabaret oder Kino betreibt, wird spätestens ab Morgen, Montag, zum Opfer einer kurzsichtigen Symbolpolitik. Die Betreiber der betroffenen Einrichtungen haben sich an die Auflagen gehalten und in den vergangenen Monaten massiv zum Schutz von Kunden, Teilnehmern und Zuschauern in-

**(Georg Pazderski)**

vestiert. Sie fühlen sich jetzt zu Recht hinters Licht geführt und von der Politik alleingelassen.

Vertrauen kann nur durch überlegtes Handeln entstehen, nicht durch blinde Rundumschläge. Staatliche Eingriffe müssen verhältnismäßig sein, nicht willkürlich. Aber Rot-Rot-Grün präsentiert keine Zuversicht und Lösungsstrategien, sondern blanken repressiven Aktionismus und absurde, nicht nachvollziehbare Vorschriften. Zurzeit fehlen schlicht die notwendigen Informationen, aus denen ersichtlich wird, wo sich das Ausbruchsgeschehen fokussiert.

[Torsten Schneider (SPD): Und dann machen wir lieber gar nichts?]

Wir müssen endlich wieder zu einem rationalen Umgang mit dieser Krise zurückfinden.

[Beifall bei der AfD]

Die Schwere der Maßnahmen, die wir gegen den Virus anwenden, muss stets in einem ausgewogenen Verhältnis zu ihren Konsequenzen stehen. Die Folgen für unser Land und unsere Stadt werden katastrophal sein, wenn wir nicht grundlegend umsteuern und den Panikmodus, der uns tagtäglich aus Bund, Ländern und den Medien entgegenschlägt, ausschalten. Die scharfen Beschränkungen zum Aufenthalt von Personen im öffentlichen Raum und in Innenräumen müssen gestrichen werden. Sie sind vollkommen unverhältnismäßig und faktisch nicht durchführbar.

[Zuruf von der CDU]

Auch die dazu im Widerspruch stehenden Begrenzungen von Veranstaltungen im Freien und in geschlossenen Räumen dürfen so nicht in Kraft treten. Sie sind ebenfalls vollkommen unverhältnismäßig. Ebenso ist es nicht verhältnismäßig, Berufsverbote auszusprechen. Wir fordern stattdessen, die bestehenden Hygienekonzepte weiter umzusetzen und keine willkürlichen Schließungen zu befehlen.

[Beifall bei der AfD]

Gewerbe ist kein Pandemietreiber. Das bestätigte zuletzt sogar das Berliner Verwaltungsgericht. Ein erneuter Lockdown wäre der letzte Sargnagel für die Berliner Wirtschaft.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Einrichtungen geschlossen werden, deren Hygienekonzepte höchsten Anforderungen genügen, aber Busse und Bahnen täglich überfüllt durch die Gegend fahren.

[Franz Kerker (AfD): So ist es!]

Diese Institutionen und Einrichtungen müssen offenbleiben. Dazu gehören Theater, Opern, Konzerthäuser, Messen, Kinos, Freizeitparks und Anbieter von Freizeitaktivitäten. Auch der Freizeit- und Amateursport muss weiter

zulässig sein, wenn die gültigen Hygienevorschriften eingehalten werden.

[Beifall bei der AfD]

Doch der Senat verstrickt sich lieber in Willkür. Restaurants müssen ab morgen geschlossen bleiben, aber Kantinen dürfen weiter öffnen. Schulen bleiben offen, aber Fitnesscenter mit Hygienekonzept müssen schließen. Gottesdienste sollen weiter stattfinden, aber Ausstellungen nicht mehr. Ist das unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung einer Pandemie und des Gleichheitsgrundsatzes logisch und überzeugend? Mich überzeugt das nicht. Was außer Ärger bei den Bürgern soll ein staatlicher Maskenzwang auf immer mehr Straßen und Plätzen bringen? Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass undifferenzierte Maßnahmen und Einschränkungen mit hohen sozialen, psychischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verbunden sind. Entscheidend ist aus unserer Sicht die Kooperationsbereitschaft der Berliner Bürger.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Richtig!]

Dazu sind verständliche, nachvollziehbare und wirksame Eindämmungsmaßnahmen erforderlich. Die Bazooka-Methode ist das Gegenteil davon.

[Beifall bei der AfD]

Sie wird weder die Betroffenen noch unsere Gerichte überzeugen, und ich sage Ihnen voraus, dass wir in den kommenden Wochen und Monaten eine Klagewelle erleben werden – und das zu Recht. Die Bürger werden in eine Zwangssituation gebracht, in der sie Verordnungen und Recht aus purer Not geradezu brechen müssen, um weiterleben zu können. Diese Existenzangst treibt sie vor die Richter.

Als AfD-Fraktion haben wir in den letzten Tagen alle vom Senat vorgelegten Coronaverordnungen auf den Prüfstand gestellt. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Die meisten sind unverhältnismäßig. – Wir fordern daher einen Sonderausschuss des Abgeordnetenhauses, um die demokratische Kontrolle des Regierungshandelns wiederherzustellen. Wir fordern die Streichung aller unsinnigen Maßnahmen.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Wir sagen: Lasst die Kirche im Dorf! – Labor- und Testkapazitäten sowie die materiellen wie personellen Ressourcen sollten gezielt zum Schutz der Risikogruppen eingesetzt werden. Eine Isolierung von nicht an Corona erkrankten Patienten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen lehnen wir strikt ab. Orientieren Sie sich an den Fakten, bevor Sie Entscheidungen treffen! Sehen Sie sich auch die Folgewirkungen Ihrer Beschlüsse an, hören Sie sich Kritiker an! Wir fordern eine faire, ergebnisoffene Diskussion. Stellen Sie sich der Debatte im Parlament, lassen Sie es uns Abgeordnete endlich rechtzeitig überprüfen, wenn neue Verordnungen erlassen werden sollen,



**(Georg Pazderski)**

und verzichten Sie auf absurde Versprechungen! Wer soll ernsthaft glauben, dass Sie uns am 1. Dezember wieder in die Normalität entlassen? Das glaubt doch nicht einmal der Weihnachtsmann.

[Beifall bei der AfD]

Wenn die Zwangsmaßnahmen erst einmal in Kraft sind, werden wir, so befürchte ich, lange mit ihnen leben müssen, und nach dem zweiten Lockdown wird der dritte folgen – nach dem Motto: Kontrolle ist besser als Vertrauen in die Bürger! – Und ich frage Sie: Wie wollen wir uns in den nächsten Monaten und Jahren verhalten? Was, wenn die Fallzahlen vor Weihnachten wieder ansteigen, weil wir dem Virus nach dem zweiten Lockdown Zeit gegeben haben, sich wieder auszubreiten?

[Andreas Wild (fraktionslos): Dann gibt es ein neues Virus!]

Diese jetzt verfolgte sogenannte „Lockdown light“- oder Wellenbrecherstrategie bedeutet genau das, was der Name impliziert: Wird der eine aufgehoben, brauchen wir schon bald wieder den nächsten. – Hier widerspricht sich das Konzept selbst. Und wie verhalten wir uns, wenn wir im nächsten Jahr mit einem neuen, mutierten Virus, mit SARS-CoV-3 oder SARS-CoV-4 konfrontiert werden? Wollen wir dann wieder viele Monate das gesellschaftliche Leben und unsere Wirtschaft herunterfahren?

[Zuruf von Stephan Schmidt (CDU)]

Wie lange, glauben Sie, werden unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft das wohl durchhalten, und wie groß werden dann die weiteren gesellschaftlichen, psychischen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden sein? Wie wird sich Ihr unüberlegtes Handeln auf unsere Folgegeneration auswirken? – Allein diese Fragen zeigen, dass in Ihrem Denken nicht nur die gebotene Weitsicht fehlt, sondern Ihre Maßnahmen vollkommen undurchdacht sind und jegliches strategische Denken vermissen lassen.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Die Unterstützung der AfD gilt denen, die im Gesundheitswesen, in den Altenheimen, bei der Polizei, in den Schulen, den Ämtern und an vielen anderen Orten wieder Gewaltiges leisten.

[Tobias Schulze (LINKE): Das ist das erste Mal, das war bisher nicht so!]

Unsere Sorge gilt denen, die an Corona erkrankt sind und zu einer Risikogruppe gehören. Für sie und ihre Familienangehörigen muss mehr getan werden. Das gebietet die Menschlichkeit. Unsere Solidarität gehört denen, die wegen der Coronapolitik der Altparteien um ihre wirtschaftliche Existenz, ihren Job, ihre Zukunft bangen. Wir lehnen Coronaberufsverbote ab. Unser Dank gilt den mutigen Richtern, die unsere Grundrechte verteidigen

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

und die sich nicht von politischen Beeinflussungsversuchen beirren lassen. Machen Sie weiter so! Unsere Anerkennung gilt allen Bürgern, die sich für unsere Lebensweise als Deutsche und Berliner mit Nachdruck einsetzen. Dazu zählt auch die bevorstehende Weihnachtszeit als Zeit der Begegnung, des Zusammenseins mit Familie und Freunden, und die Pflege unserer Traditionen. Liebe Berliner, gehen Sie keine unnötigen Risiken ein, aber lassen Sie sich auch von niemandem in Abschottung, Isolation und Depression reden! Nur mit dem Mut zur Wahrheit werden wir diese Krise meistern. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die Fraktion Die Linke hat nunmehr Herr Kollege Schatz das Wort. – Bitte schön!

**Carsten Schatz (LINKE):**

Vielen Dank! – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lag die Zahl der täglich gemeldeten Neuinfizierten mit Covid-19 in den ersten Septemberwochen im Schnitt noch bei 74, so liegt sie in den vergangenen Tagen bei 1 000 Fällen und zum Teil bei über 1 000 Fällen. Wesentlich besorgniserregender aber ist, dass sich auch die Zahl derjenigen, die stationär und intensivmedizinisch behandelt werden müssen, stark erhöht hat – von acht am 8. September auf 180 heute früh 8 Uhr laut DIVI-Intensivregister. Das ist der Grund, warum auch wir Handlungsbedarf sehen. Denn auch, wenn wir noch deutlich von einer Überlastung des Gesundheitssystems entfernt sind und es keinen Grund zur Panik gibt, können wir nicht warten, bis die kritische Schwelle einer 25-prozentigen Belegung der Intensivbetten durch Covid-19-Patienten und -Patientinnen erreicht ist, denn diese Betten benötigen wir ja nicht nur für diese, sondern auch für andere Menschen mit schweren Erkrankungen.

Ein anderer Grund ist, dass uns die Gesundheitsämter mitgeteilt haben, dass sie angesichts der hohen Zahlen von neuen Fällen und der gestiegenen Zahl an Kontakten, die diese Menschen hatten, mit deren Nachverfolgung nicht mehr hinterherkommen. Es ist jetzt hier nicht der Ort und der Zeitpunkt, um darüber zu richten, weshalb es oft nur unzureichend gelungen ist, die Gesundheitsämter im Sommer ausreichend zu ertüchtigen. Das haben wir bereits in den vergangenen Wochen getan, und wir werden es weiter tun. Aber es ist an dieser Stelle die Zeit und ein Bedürfnis für mich, all denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Studierenden, Freiwilligen und Helfenden, die in den vergangenen Monaten unermüdlichen Einsatz gezeigt haben, für diesen Einsatz zu danken. Wir stehen miteinander in der Pflicht, sie mit dieser Situation nicht alleine zu lassen.

(Carsten Schatz)

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und  
den GRÜNEN]

Der Regierende Bürgermeister hat in seiner Erklärung hervorgehoben, wie wichtig eine weitgehend bundeseinheitliche Regelung ist. Ebenso richtig ist es, dass wir bei der Umsetzung die Besonderheiten einer Großstadt beachten, in der es viele Single-Haushalte gibt, in der es beengte Wohnverhältnisse gibt und in der es vor allem viele Menschen gibt, die nicht über das große Geld verfügen. Als Linke haben wir schon am Beginn der Pandemie davor gewarnt: Die Krise verwischt die sozialen Unterschiede nicht, im Gegenteil, sie verschärft sie und lässt sie deutlich zu Tage treten. Ein Lockdown lässt sich eben leichter in einer Villa mit Garten oder in einem Loft mit Dachterrasse aushalten als zu viert in einer Dreizimmerwohnung und erst recht besser, als wenn man sich in einer Gemeinschaftsunterkunft das Zimmer mit jemand anderem teilen oder gar auf der Straße leben muss. Deshalb bin ich auch froh, dass es im Senat gelungen ist, noch Anpassungen an unsere Situation in Berlin zu vereinbaren. Vereinstraining für Kinder draußen bleibt möglich, Spielplätze sollen geöffnet bleiben, ebenso Musikschulen. Wir appellieren auch zu schauen, welche Angebote in der Jugend- und Sozialarbeit weitergeführt werden können. Wir müssen Möglichkeiten schaffen, dass Kinder auch unter diesen Bedingungen mal herauskommen und die Eltern entlastet werden.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –  
Beifall von Sebastian Czaja (FDP) und  
Maik Penn (CDU)]

Gerade da, wo die Verhältnisse beengt, die Zukunftssorgen und der damit verbundene Stress groß sind, ist das enorm wichtig. Auch dass Leihbetrieb in Bibliotheken weitergeht, Volkshochschulen geöffnet bleiben und diverse Dinge mehr, anders als im Frühjahr, war uns in dieser Situation wichtig, dass wir korrigieren konnten, dass Tankstellen und Bäcker vor 6 Uhr morgens keinen Kaffee an die Menschen ausschenken dürfen, die unsere Stadt nachts am Laufen halten. Man kann es drehen und wenden, wie man will. Es ist nicht möglich, in einer fast Viermillionenstadt, dass sich alle Menschen für vier Wochen in ihrer Wohnung verkriechen und nur zum Arbeiten und Einkaufen herauskommen. Abgesehen davon, dass ich das nicht will, ist diese Vorstellung, mit Verlaub, weltfremd und würde deshalb auch nicht funktionieren. Unsere Aufgabe ist es eben daher, das soziale Leben eben nicht weitgehend zum Erliegen zu bringen. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, die Bedingungen dafür zu schaffen, auch in einer Pandemie möglichst viel soziales Leben so zu ermöglichen, dass sich die Menschen nicht untereinander anstecken, dass sie die einfachen Regeln einhalten können wie Abstandhalten, Hygieneregeln befolgen, Alltagsmasken tragen, die Corona-Warn-App benutzen, lüften und die Zahl der Kontakte klein und überschaubar halten.

Ich verrate hier kein Geheimnis, dass wir als Linksfaktion mit den Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz nicht nur nicht glücklich sind, sondern dass es in unseren Reihen auch starke Bedenken sowohl grundsätzlicher Natur als auch im Detail gibt. Wir teilen die Enttäuschung und die Frustration all jener, die sich in den vergangenen Monaten um einen hygienesicheren Betrieb ihrer Einrichtung gekümmert haben, allen voran die Kultureinrichtungen dieser Stadt, aber auch die Gastronomie, die Sportvereine, die Kosmetik- und Tattoostudios, die Fitnessstudios. Viele haben sich Gedanken gemacht, in Schutzkonzepte investiert und fühlen sich nun schlicht verarscht. Ja, es bleibt für uns unverständlich, um die Worte unseres Kultursenators Klaus Lederer aufzugreifen, weshalb man sich in einer Shoppingmall herumtreiben kann, aber kein Museum oder keine Galerie besuchen darf,

[Beifall bei der LINKEN]

außer, es ist eine private Galerie, die dem Verkauf von Kunstwerken dient. Die fällt dann vielleicht unter die Rubrik Einzelhandel und darf geöffnet bleiben. Die Entscheidung der MPK – da kann ich Ihnen als Vorsitzender einer demokratisch-sozialistischen Fraktion ein paar grundsätzliche Anmerkungen nicht ersparen –,

[Lachen bei der AfD –  
Georg Pazderski (AfD): „Demokratisch“!]

werfen ein bezeichnendes Licht auf das in diesen Reihen vorherrschende Menschenbild. Arbeiten und Einkaufen hat Priorität, soziales und kulturelles Leben dagegen ist verzichtbar und kann eingeschränkt werden.

[Marc Vallendar (AfD): Sie sind doch mit in  
der Regierung! Sie machen das doch mit!  
Treten Sie aus der Koalition aus!]

Der Mensch ist jedoch kein Homo oeconomicus, sondern ein soziales Wesen. Kultur ist eben nicht irgendein Gut, dass man konsumiert wie ein belegtes Brötchen. Wenn sich der bayerische Ministerpräsident Söder feiert, dass der geplante Ausgleich der Umsatzausfälle für Theater doch ein gutes Geschäft sei, da in diesem Jahr vermutlich auch ohne Schließung nicht 75 Prozent ihrer Umsätze aus dem Vorjahr erreicht würden, zeigt es genau diese Denkweise. Ja, das Brot der Künstler ist nicht nur der Beifall. Aber der Wegfall der Möglichkeit, Kultur darzubieten und genießen zu können, ist eben nicht einfach durch Geld aufzuwiegen.

Genauso ist eine Kneipe, ist eine Bar nicht einfach nur ein Ort, wo Bier ausgeschenkt wird, sondern ein Ort, an dem sozialer Austausch stattfindet.

[Heiko Melzer (CDU): Spannende Denkweise!]

Es ist bezeichnend, dass die Rückkehr ins Homeoffice erst auf den letzten Drücker noch Eingang in das Beschlusspapier der MPK fand, und das nur als Appell.

**(Carsten Schatz)**

Wir sehen, in der Krise treten nicht nur die sozialen Unterschiede zutage, wenn Millionen Menschen Zukunftsängste haben und um ihre Jobs bangen – wer hier eine Illustration braucht: Seit Beginn der Pandemie wuchs das Vermögen der Albrechts, Aldi, Schwarz, Lidl, Klattens, Quandts, BMW, Hopps und Plattners von SAP laut „Forbes“ um fast 30 Milliarden Euro –, diese sozialen Unterschiede treten verschärft zutage,

[Ronald Gläser (AfD): Jetzt kommt die Neidkampagne!]

sondern auch das, was in einer kapitalistischen Gesellschaft Priorität hat: Arbeiten und Konsumieren. Mit dieser Prioritätensetzung können und wollen wir uns als Linke nicht zufrieden geben.

[Georg Pazderski (AfD): Was ist denn mit den SED-Milliarden? –  
Katrin Seidel (LINKE): Oh Gott!]

Es kann und darf nicht unsere Perspektive sein, dass wir jetzt für vier Wochen in den Lockdown gehen, damit das Weihnachtsfest und -geschäft retten und wir womöglich im Januar wieder vor dem gleichen Dilemma stehen. Deshalb müssen wir, wie es auch die Virologen Streeck und Schmidt-Chanasit zusammen mit den Hausärzten einfordern, in den kommenden Wochen Mittel und Wege finden, die ein soziales und kulturelles Leben mit dem Virus ermöglichen.

[Beifall bei der LINKEN –  
Beifall von Henner Schmidt (FDP)]

Dafür müssen wir gewährleisten, dass die Gesundheitsämter die Nachverfolgung schaffen können. Ja, dafür gilt es auch, Kontakte überschaubar zu halten, aber eben auch, die Gesundheitsämter personell zu stärken und digital auf den erforderlichen Standard zu bringen, Räumlichkeiten bereitzustellen, Mehrsprachigkeit zu gewährleisten. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht. Wir müssen die besonders vulnerablen Gruppen in unserer Gesellschaft besonders schützen, ohne sie zu isolieren. Was wir da im Frühjahr erlebt haben, darf sich nicht wiederholen, auch nicht in den nächsten vier Wochen.

Mit den Schnelltests verfügen wir heute über bessere Möglichkeiten. Ich erwarte daher von der Gesundheitsministerin, dass sie umgehend einen Plan vorlegt, wie die Pflegeheime, die Seniorenresidenzen, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und andere Gemeinschaftsunterkünfte schnell damit versorgt werden können. Das Gleiche gilt für die Bereitstellung von FFP2-Masken. Keine Isolation bedeutet übrigens nicht nur, Ausgang und Besuche zu ermöglichen, sondern bedeutet auch, dass wichtige Angebote von Fuß- bis zur Haarpflege möglich bleiben. Auch das mag banal klingen, aber es sind diese kleinen Dinge, die oftmals für die Menschen eine große Bedeutung haben.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Unsere Rede, nicht Ihre!]

Wir müssen Schutzräume für Obdachlose und Ausweichmöglichkeiten für Menschen in beengten Wohnver-

hältnissen schaffen. Mit den 24/7-Unterkünften, in denen Obdachlose auch tagsüber unter geschützten Bedingungen bleiben können, hat unsere Sozialsenatorin Elke Breitenbach im Frühjahr Modellprojekte geschaffen, die wir nun ausweiten müssen. Es stehen genug Hotels und Pensionen in der Stadt leer, die wir dafür anmieten können.

Wir müssen darüber reden, wie wir es schaffen, die Schulen, in denen Fenster nicht zu öffnen sind, mit mobilen Luftreinigungssystemen auszustatten, damit eine Lüftung gewährleistet ist.

[Paul Fresdorf (FDP): Dann hätten Sie auch unserem Antrag zustimmen können!]

Hier hilft die halbe Milliarde der Bundesregierung nicht. Hier müssen wir erneut in die Auseinandersetzung gehen.

[Beifall bei der LINKEN]

Vor allem aber müssen wir weiterhin dafür werben, dass wir Berlinerinnen und Berliner uns alle an die wichtigsten Regeln halten. Wir haben als Linke von Anfang an gesagt, dass es nur gelingen kann, wenn die Menschen selbst vom Sinn der ergriffenen Maßnahmen überzeugt sind und sich freiwillig an die Regeln halten und nicht, weil sie angeordnet wurden. Wir müssen konstatieren, dass wir hier zuletzt nicht mehr so durchgedrungen sind wie noch im Frühjahr. Wie von uns befürchtet, hat auch die Androhung immer höherer Bußgelder hier wenig bewirkt. Ich finde, es gibt Grund genug, eine Kommunikation zu hinterfragen, die nicht nur hier aus diesem Parlament geschah, die in jeder kleinen Party unter freiem Himmel ein Superspreading-Event sah. Das war letztendlich so wie in der Fabel vom Hirtenjungen, der immer wieder aufgeregt: „Ein Wolf! Ein Wolf!“ ruft. Wenn die Bauern zu Hilfe eilen, ist kein Wolf da.

Die ständige Erregung, die wir über den gesamten Sommer verfolgen konnten, und der ständig erhobene Zeigefinger haben letztlich nicht zu mehr Achtsamkeit geführt, sondern im Gegenteil dazu, dass die Warnungen bei immer mehr Menschen an Überzeugungskraft verloren haben. Die Menschen sind keine Mündel, die durch uns Politikerinnen und Politiker erzogen werden müssen.

[Beifall von Martin Trefzer (AfD)]

Da, wo die Regeln als sinnvoll erachtet werden, werden sie auch größtenteils eingehalten.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Unsere Regeln, nicht eure!]

Dafür ist permanente, sich wiederholende Aufklärung, und zwar möglichst auf Augenhöhe notwendig, aber, auch das sei hier nicht vergessen, dass wir auch die Einhaltung von Regeln kontrollieren, aber bitte mit Augenmaß und Priorität. Es ist schwer nachvollziehbar, wenn einerseits die Polizei bei Fahrradfahrenden Masken kontrolliert, andererseits aber 2 000 Aluhüte ohne Maske durch die Karl-Marx-Allee ziehen können,

**(Carsten Schatz)**

[Beifall bei der LINKEN –  
Beifall von Henner Schmidt (FDP)]

oder wenn Gastronomen erleben, dass im Lokal nebenan ohne Abstand gefeiert wird, das Ordnungsamt aber lieber Mustafas Späti kontrolliert, wenn in Zügen, anders als im ÖPNV, die Masken schnell mal fallen, aber Horst Seehofer die Bundespolizei lieber in die Schleierfahndung schickt.

Um es hier einmal ganz deutlich zu sagen: Aufrufe zur Denunziation, weil man in der Wohnung der Nachbarn eine größere private Feier vermutet, sind nicht unser Weg.

[Beifall bei der LINKEN –  
Franz Kerker (AfD): Ist ja ganz was Neues!]

In einer solchen Gesellschaft wollen wir nicht leben.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Wir auch nicht!]

Der Lockdown ist für uns alle ein bitterer Rückschlag. Es ist für uns auch keine Lösung, irgendwie durchzuhalten, bis uns irgendwann ein Impfstoff erlöst. Wir müssen Vorkehrungen treffen, damit das soziale Leben unserer Stadt auch im Winter nicht stirbt. Diese Aufgabe können und wollen wir nicht mehr allein den Ministerpräsidenten und Ministerpräsidenten dieses Landes und auch nicht dem Senat überlassen. Der müssen wir uns gemeinsam stellen, auch hier im Berliner Parlament. Die „heute-Show“ textete am Freitagabend über den deutschen Bundestag „arbeitslos und Spaß dabei“. Die Kritik trifft sicher nicht nur den Bundestag, sondern auch uns. Wir müssen selbstkritisch feststellen: Auch wir haben zu lange der Idee angehangen, die Lage sei im Griff, weitere Debatten und parlamentarische Beteiligungen seien unnötig. Doch ganz im Gegenteil. Deshalb werden wir schnell miteinander reden müssen, wie wir parlamentarische Beteiligung ausgestalten, im Bund und auch hier in Berlin.

[Torsten Schneider (SPD): Jetzt wird es interessant!]

Sie kann nicht darin bestehen, Entscheidungen der Regierung im Nachhinein abzunicken; sie muss darin bestehen, einen Rahmen auf Landesebene in einem Gesetz festzuhalten, in dem der Senat tätig werden kann und wo das Abgeordnetenhaus sich eigene Befugnisse vorbehält.

[Beifall bei der LINKEN]

Den FDP-Vorschlag begrüßen wir an der Stelle, und ich finde, darüber muss debattiert werden. Wir werden hier aber auch darüber zu reden haben, welche Hilfen weiterhin und verstärkt notwendig sind. Gut, dass die Bundesregierung dem Vorschlag Helge Schneiders gefolgt ist und nun einen Monatsdurchschnitt für die 75 Prozent des Vorjahresumsatzes zugrunde legen will. Helge Schneider hat nämlich im letzten November nichts verdient, und 75 Prozent von nichts ist nichts – bei laufenden Kosten.

Neben weiteren Hilfen halten wir einen Beitrag der Immobilienwirtschaft gerade bei den Gewerbemieten für dringend erforderlich, wie auch einen Zuschlag von

150 Euro bei den Harz-IV-Empfangenden und natürlich die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes.

[Beifall bei der LINKEN]

Dafür braucht es Geld, und neben einer Erhöhung der Neuverschuldung habe ich vorhin schon gesagt, bei welchen Krisengewinnlerinnen dieses Geld über eine Vermögensabgabe wieder eingesammelt werden könnte.

Meine Damen und Herren! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Nein, wir haben nicht alles richtig gemacht in den letzten Wochen und Monaten. Ja, die Herausforderungen sind groß. Den Zielen, eine Überforderung unseres Gesundheitssystems zu verhindern, also Ärztinnen darüber entscheiden zu lassen, wer behandelt wird und wer nicht, zum einen und zum anderen, so viele Menschen wie möglich ohne dauerhafte Schäden in die Zeit nach der Pandemie mitzunehmen, fühlen wir uns zutiefst verpflichtet. Wir werden als Linksfraktion alles unterstützen, was diesen Zielen dient und den Charakter unserer Stadt als Hort der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Solidarität sichert.

Dazu haben wir in den kommenden vier Wochen Arbeit vor uns. Der Weg dahin kann nur ein solidarischer sein. Deshalb mein Appell: Halten wir Abstand zueinander! Tragen wir Alltagsmasken! Halten wir uns an Hygieneregeln! Nutzen wir die Corona-Warn-App! Lüften wir regelmäßig, wenn wir uns drinnen aufhalten! Und vor allem: Halten wir die Zahl unserer physischen Kontakte zu anderen Menschen klein und überschaubar! Bei Letzterem kann auch ein kleines Notizbuch helfen. Unbestritten stehen wir vor enormen Herausforderungen, aber ich bin sicher: Wenn wir solidarisch sind und die Lasten der Krise und ihrer Überwindung gerecht verteilen, werden wir auch diese Krise meistern. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –  
Kurt Wansner (CDU): Zur Bundeswehr hat er nichts gesagt!]

**Präsident Ralf Wieland:**

Es folgt für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Czaja. – Bitte schön, Herr Kollege!

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

Haben das alle gehört? Keine Zwischenfragen!

**Sebastian Czaja (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Schatz! Wenn noch ein Beweis gefehlt dafür gefehlt hat, wie wichtig es ist, dass nicht die Regierung ausschließlich darüber entscheidet, sondern Parlamentarier darüber diskutieren und das auch mal von einer Regierungskoalition zu hören, dann ist er heute mit Ihrer Rede angetreten worden. Ich danke Ihnen dafür in

**(Sebastian Czaja)**

aller Deutlichkeit, dass diese Debatte hier ins Parlament gehört. Wir kämpfen seit Wochen darum, und ich freue mich, dass wir nunmehr an dem Punkt sind, dass wir möglicherweise einen Konsens in diesem Haus verabredet bekommen, über den besten Weg zu ringen und zu streiten, denn das ist die Herausforderung, die vor uns steht.

[Beifall bei der FDP –

Vereinzelter Beifall bei der CDU und der LINKEN]

Wir befinden uns inmitten einer Jahrhundertpandemie. Die Situation ist ernst, und niemand von uns hat eine solche Situation schon einmal erlebt. Niemand von uns hat Erfahrung im Umgang mit einer Pandemie solchen Ausmaßes. Wir alle standen zu Beginn des Jahres vor einer vollkommen neuen und schwer erfassbaren Aufgabe, die jeden von uns einzeln herausforderte, aber auch vor allem uns als Gemeinschaft enorm unter Spannung gesetzt hat.

Damals wie heute ist klar, dass es kategorische Regeln gibt, an die wir uns alle richtigerweise zu halten haben: Abstand halten, Hygiene beachten, Alltagsmasken aufsetzen und in geschlossenen Räumen regelmäßig lüften. Vergangenen Februar haben wir das ganze Land heruntergefahren und seine Menschen reflexartig in systemrelevant und nicht systemrelevant eingeteilt. Es wurden demokratische Grundsätze verschoben in dem Glauben der kurzfristigen Notwendigkeit. Millionen Menschen wurden in die Isolation geschickt, weil wir uns so vor allen Dingen für unser Gesundheitssystem eine kurze Atempause verschaffen konnten. Ja, all das haben wir als Freie Demokraten mitgetragen, weil es der konkreten Situation angemessen und unserem Verständnis nach zeitlich begrenzt notwendig war.

Die Aufgabe der Opposition ist es aber natürlich, das Handeln der Regierung kritisch zu überprüfen. Nicht alleine der Kritik wegen; sinnhaft ist Kritik immer dann, wenn sie konstruktiv und im Wettbewerb der Ideen zur besten Lösung beiträgt und wenn sie dem demokratischen Pluralismus unseres Landes dient.

[Beifall bei der FDP]

Natürlich braucht das Zeit; das stellt niemand in Abrede. Wir hatten Zeit, unser Handeln selbstkritisch zu hinterfragen und zur Erkenntnis zu gelangen, dass verständlicherweise Fehler gemacht wurden. Wir hatten Zeit, zur Erkenntnis zu gelangen, was uns erwartet und dass wir einen konkreten Plan brauchen werden. Und wir hatten Zeit, zurück zur Erkenntnis zu gelangen, dass jeder Mensch in unserem Land systemrelevant ist – jeder einzelne in diesem Land ist systemrelevant.

[Beifall bei der FDP]

Es ist nicht nur bedauerlich, es ist schlicht auch gefährlich, dass dieser Senat diese Zeit offensichtlich nicht hinreichend dafür genutzt hat, um sich auch nur eine dieser Erkenntnisse zu eigen zu machen.

Bundeskanzlerin Merkel sprach in ihrer Regierungserklärung von der Notwendigkeit einer nationalen Kraftanstrengung. – Ich finde, damit hat sie recht. Die letzten Monate verlangten von jedem einzelnen in unserem Land enorme Anstrengungen. Es gab und gibt die vielen Vorbildlichen, die unter erheblichem Aufwand ihre Kontakte minimieren und dennoch versuchten, sich und anderen einen angemessenen Alltag zu organisieren. Es gab und gibt aber auch die Unvernünftigen in diesen Tagen, in dieser Zeit, ja, die Unbelehrbaren, die zum Beispiel durch Coronaraves oder offensive Verweigerungshaltung aufgefallen sind. All das strengt eine Gesellschaft, strengt uns alle extrem an. All das ist ein dauerhafter Ausnahmezustand, der unser friedliches Miteinander auf eine harte Probe stellt. Die letzten Monate waren eine nationale Kraftanstrengung für viele einzelne, deren Alltag von allem durch individuellen Verzicht und vorgeschriebene Einschränkungen geprägt war.

Eine vergleichbare Kraftanstrengung ließ diese Regierung aber in diesem Kontext leider schmerzlich vermissen. Dieser Senat, der den Menschen in unserer Stadt mit einer Verordnung nach der anderen alles abverlangt, unterlässt aber selbst jegliche Kraftanstrengung, die eine Pandemiebekämpfung ohne solch harte Einschnitte ermöglichen würde.

Eine notwendige Kraftanstrengung wäre es gewesen, die Behörden in unserer Stadt innerhalb kürzester Zeit für konsequente Kontrollen und die Durchsetzung der bisherigen Regeln zu befähigen und zu fokussieren, um unser wirtschaftliches Leben in dieser Stadt am Laufen zu halten.

[Beifall bei der FDP]

Eine notwendige Kraftanstrengung wäre es gewesen, die Schulen in unserer Stadt in kürzester Zeit mit geeigneten Luftfiltersystemen auszustatten – ein entsprechender Antrag von uns liegt heute nun vor –, um den Unterricht unserer Kinder in dieser Stadt langfristig zu sichern. Eine notwendige Kraftanstrengung wäre es gewesen, die Verwaltung in unserer Stadt innerhalb kürzester Zeit zumindest so weit zu digitalisieren, dass die behördlichen Kontaktnachverfolgungen und grundlegenden Verwaltungsakte garantiert werden. Das wäre eine notwendige Kraftanstrengung gewesen.

[Beifall bei der FDP]

Sie, wir verlangen von den Menschen in dieser Stadt ein Höchstmaß an Kraftanstrengung, aber selbst legen Sie oft nur Mittelmaß an den Tag. Während ein Freiheitsrecht nach dem anderen über schnelle Verordnungen eingeschränkt wird, schaffen Sie es nicht, in einem angemessenen Zeitraum Gelder für die Erleichterungen bereitzustellen. Noch immer diskutieren wir über die Fragen von Nachtragshaushalt und haben keinen Punkt gesetzt, Herr Schneider.

**(Sebastian Czaja)**

Was noch immer fehlt, ist eine erkennbare erklärte und gut begründete Strategie – und ich habe dem Regierenden Bürgermeister heute Morgen sehr gut zugehört –, eine erkennbare und gut begründete langfristige Strategie. Unsere Stadt weiß noch immer nicht, wie sie die kommenden Monate bestreiten soll, was sie konkret erwartet. Viele Menschen in unserer Stadt haben sich auf diesen harten Winter vorbereitet. Sie leiden jetzt darunter, dass der Staat offenkundig nicht im gleichen Maße das Gleiche getan hat. Das sorgt für Unsicherheit, und das gefährdet unbestreitbar auch den sozialen Frieden in der Stadt. Damit meine ich nicht nur die lautstarken Coronaleugner. Wir erleben eben auch immer mehr Menschen, bei denen aus ehrlichen Sorgen eine zunehmende Unsicherheit wird. Diese Unsicherheit wird mitunter zu Angst, und wo diese Angst hinführt, wissen wir alle. Daran kann – bis auf eine niederträchtige Ausnahme in diesem Parlament – doch niemand ein Interesse haben.

[Beifall bei der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU,  
der LINKEN und den GRÜNEN –  
Uiiii! von der AfD]

Die stärksten Waffen in dieser Pandemie sind eben Eigenverantwortung und gelebte Solidarität. Genau deshalb brauchen wir eine konkrete Strategie zur Pandemiebekämpfung bei zeitgleicher und größtmöglicher Aufrechterhaltung der grundlegenden Freiheitsrechte eines jeden Einzelnen. Ab sofort darf die Pandemiebekämpfung nur noch einem Grundsatz folgen: Freiheit und Verantwortung!

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Der Drang nach Freiheit muss doch in dieser Stadt nicht erklärt werden. Der Drang nach Freiheit muss nicht begründet werden, schon gar nicht in Berlin. Wir sind die Stadt der Freiheit. Eine freie liberale Großstadt, das sind wir hier in Berlin. Deshalb ist doch unser gemeinsames Glück und ein Weg durch all das Ungewisse, das die Zukunft für uns bereithält, am ehesten zu finden in unserer Vernunft und in unserer Fähigkeit, zu denken – eine Fähigkeit, die jedem einzelnen Menschen so eigen ist, so natürlich im Übrigen auch, wie das Atmen. Beides, das Atmen und das eigenständige Denken, müssen wir in diesen Zeiten mit absoluter Priorität schützen, denn sie bilden die Grundlage unseres Zusammenlebens.

Politik muss sich erklären. Sie, meine Damen und Herren auf den Senatsbänken, müssen anfangen, zu erklären, auf welcher Grundlage Sie Maßnahmen für sinnvoll erachten und umsetzen. Sie müssen sich rechtfertigen, genau weil dies auch die Stadt der Freiheit ist.

[Beifall bei der FDP]

Es ist für niemanden nachvollziehbar, wenn das Robert-Koch-Institut sehr eindeutig sagt, dass zum Beispiel gastronomische Betriebe mit einem umgesetzten Hygienekonzept nicht die Pandemietreiber sind, und genau diese

dann doch diejenigen sind, die geschlossen werden. Da fragt man sich doch schon: Haben Sie andere Erkenntnisse? Auf welcher politischen Grundlage und aufgrund welcher Abwägung entscheiden Sie das?

[Marc Vallendar (AfD): Bauchgefühl!]

Was sind die Grundlagen, die genau zu diesen Entscheidungen führen, wenn selbst das Robert-Koch-Institut zu der Auffassung kommt, dass an dieser Stelle kein Handlungsbedarf besteht?

[Beifall bei der FDP]

Allein der Umstand, dass wir uns diese Fragen stellen müssen, sorgt im Übrigen bei allen für Unsicherheit in diesen Tagen. Dem können Sie – wir hier im Parlament – besonders entgegenwirken. Deshalb: Bringen Sie die Diskussion rund um die möglichen Maßnahmen genau hierhin zurück, in das Parlament! Verstehen Sie diese Sitzung heute als Anfang vom Ende der Verordnungspolitik!

Herr Regierender Bürgermeister! Wenn man Ihren Appell von heute Morgen – Machen Sie als Parlamentarier mit! – ernst nimmt, dann muss heute der Tag sein, ab dem das Parlament unregelmäßig öfter in dieser Krise zusammenkommt, weil es notwendig ist, dass wir über die Dinge streiten, ringen und die Lösungen für diese Stadt anbieten. Nur dann können wir den Menschen auch die Nachvollziehbarkeit erklären, wenn eine umfassende öffentliche politische, demokratische Abwägung zu all diesen Maßnahmen stattgefunden hat. Wenn das der Appell Ihrer Regierungserklärung ist, dann hoffe ich, dass jetzt auch das politische Handeln in diesem Haus so erfolgt und wir als Parlament genau diesen Schritt zusammen gehen.

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Stephan Standfuß (CDU)]

Um das ein Stück weit zu unterstreichen, haben wir als Freie Demokraten ein Grundrechtsgesetz in diesem Hause eingebracht, auf dessen Grundlage wir genau diese Dinge regeln können. Überwinden wir also gemeinsam im Sinne der Aufklärung die ganz üblichen Fronten hier im Haus! Es ist Zeit dafür, diese Fronten zu überwinden. Für das übliche Kleinklein ist in dieser Zeit eben keine Zeit.

[Torsten Schneider (SPD): Aber Sie reden doch über nichts anderes!]

Ganze Branchen – Herr Schneider! – drohen, zu ersticken. Wir müssen der menschengemachten Wirtschaft vor allem eine effektive Selbsthilfe ermöglichen. Unter strengen Hygieneauflagen sollten Restaurants öffnen dürfen. Auch Kinos, Theater oder Museen müssen öffnen dürfen, wenn sie das Infektionsrisiko in ihren Einrichtungen nachweisbar gering halten. Um das zu ermöglichen, muss der Senat gleichzeitig seinen Kernaufgaben nachkommen, und sie vor allen Dingen erfüllen, was ja in unserer

**(Sebastian Czaja)**

Stadt leider so nicht immer der Fall ist. Es kann aber gelingen.

Alle Behörden müssen prioritär für die Kontrolle bestehender Maßnahmen eingesetzt werden. Es ist angebracht, – und ich bin Ihnen dankbar, Herr Regierender Bürgermeister, dass Sie das heute Morgen so klar gesagt haben – , dass nunmehr auch die Ordnungsämter statt zum Knöllchenverteilen in der Stadt stärker unterwegs sind, um Coronakontrollen durchzuführen.

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Außerdem ist es eine Selbstverständlichkeit – und auch das haben viele Vorredner heute angesprochen –, dass Hilfe von den Bundesbehörden, auch von der Bundeswehr, von allen staatlichen Stellen in unserer Stadt angenommen wird.

[Beifall bei der FDP –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

– Von allen staatlichen Stellen, Frau Jarasch! Sie reden nach mir. Ich erwarte ein klares Ja von Ihnen dazu. Ich habe vorhin Ihren Applaus vermisst, als der Regierende Bürgermeister dazu gesprochen hat. Ich erwarte heute von Ihnen, stellvertretend für Friedrichhain-Kreuzberg, ein Bekenntnis an dieser Stelle.

[Beifall bei der FDP und der CDU –  
Beifall von Frank-Christian Hansel (AfD) –  
Zuruf von Antje Kapek (GRÜNE)]

Als selbstverständlich garantieren müssen wir außerdem in dieser Stadt das Bildungsangebot. Schulen und Kitas müssen geöffnet bleiben. Es muss ein grundständiges Angebot zur Betreuung unserer Kleinsten geben. Sie müssen, wir müssen zusammen den Familien unserer Stadt eine unumstößliche Bildungs- und Betreuungsgarantie gewährleisten. Das ist unsere Aufgabe.

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Unumstößlich – dafür muss eine wirkliche politische Kraftanstrengung her. Es darf uns nichts zu teuer oder zu aufwendig sein, um dieses Bildungsversprechen zu erfüllen. Bauen Sie jetzt sofort an allen Schulen die geeigneten modernen Lüftungssysteme und Filter ein! Stellen Sie altbewährte Pläne um, wenn es der Betreuung unserer Kinder, Schülerinnen und Schüler in unserer Stadt dient! Die Zukunftschancen unserer Kinder dürfen nicht von den starren bürokratischen Regeln hier im Haus und in der Verwaltung abhängig sein.

Es wird einen Weg geben müssen, Ausschreibungen für diese Vorhaben schnell und rechtskonform zu gestalten. Wir haben ja in den letzten Monaten gesehen, wie schnell es Ihnen möglich war, die elementaren Grund- und Freiheitsrechte von uns allen einzuschränken. Ich bin mir sicher, Sie werden einen Weg finden, verkrustete und

lebende bürokratische Hürden so abzubauen, dass genau das am Ende auch möglich wird.

[Beifall bei der FDP]

Millionen Menschen erwarten von Ihnen, dass Sie in den nächsten Tagen die gleichen Anstrengungen an den Tag legen wie sie selbst. Der Mitarbeiter eines Hotels, der sich seit einem halben Jahr in Kurzarbeit befindet, die Sozialarbeiterin in einem Kinderhaus, die sich und ihre Kollegen seit einem halben Jahr vor der Angst vor einem Infektionsausbruch in ihrer Einrichtung über Wasser hält, die Restaurantbesitzerin, die nicht weiß, wie sie aufgrund der Verdienstaussfälle des letzten halben Jahres in Zukunft Miete und Gehälter zahlen soll – es gibt viele Menschen, die unter größter Kraftanstrengung ihr Bestes tun und doch unter dieser Situation leiden. Diese Menschen erwarten von uns, der Politik, zu Recht größte politische Kraftanstrengung. Sie wollen nicht erzogen oder bevormundet werden. Sie wollen befähigt werden, diese schwierige Situation zusammen mit ihren Mitmenschen zu erleben und zu meistern. Sie wollen das Leben, das ihnen auch in einer Pandemie zusteht, ein Leben in Freiheit und mit Verantwortung, und es ist unsere Aufgabe, ihnen genau das zu ermöglichen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nunmehr Frau Jarasch das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

[Kurt Wansner (CDU): Jetzt kriegen wir die Antwort zur Bundeswehr! –  
Zuruf von Roman Simon (CDU)]

**Bettina Jarasch (GRÜNE):**

Sehr geehrter Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! „In der Politik heißt Freiheit Verantwortung.“ – Gerade die Coronapandemie zeigt, wie sehr dieser Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck Gültigkeit hat, denn die Coronakrise stellt nicht nur in ganz neuer und radikaler Form die Frage an jede und jeden von uns, wo unsere persönliche Freiheit endet und unsere jeweilige Verantwortung für unsere Mitmenschen beginnt, vielmehr zeigt der Satz auch auf, was ein Parlament und was politische Parteien in dieser Krise leisten müssen.

Wir sind in Berlin insgesamt gut durch die erste Welle der Pandemie im Frühjahr gekommen. Wir haben rasch reagiert, in Berlin sogar rascher als anderswo,

[Lachen von Dirk Stettner (CDU)]

und die Maßnahmen haben gewirkt. Dann kam der Sommer. Wir alle haben aufgeatmet, waren draußen, haben uns endlich wieder getroffen, sind sogar wieder verreist, wenn viele auch lieber innerhalb Deutschlands.

**(Bettina Jarasch)**

[Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben begonnen, sich zu erholen, wenn auch unter mehr als herausfordernden Bedingungen. Kurze Zeit fühlte es sich fast so an, als hätten wir die Pandemie bereits hinter uns. Dann kam der Herbst, und mit ihm kam das Virus zurück. Die Schutzmaßnahmen wurden verstärkt, der jetzt beschlossene Lockdown zwingt viele Branchen, den mühsam wieder angekurbelten Betrieb erneut herunterzufahren. Die Faszungslosigkeit und Wut darüber sind groß, allen voran in der Kultur, in der Gastronomie, beim Tourismus und in der Veranstaltungsbranche.

[Marc Vallendar (AfD): Zu Recht!]

Das ist verständlich, weil viele investiert und innovative Konzepte dafür entwickelt haben, wie Kultur und Veranstaltungen unter Pandemiebedingungen möglich wären. Sie fühlen sich zu Sündenböcken gemacht, und vielen Betrieben steht das Wasser bis zum Hals. Ich bin froh, dass wir diese Debatte heute im Parlament führen, denn die Gastronomen und Veranstalter, die Kreativen und Kulturschaffenden sowie all die anderen Betroffenen erwarten genauso wie die Berlinerinnen und Berliner insgesamt zu Recht, dass wir unsere Entscheidungen bewusst treffen, sie begründen können und dann auch zu ihnen stehen,

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

vor allem, wenn es um Entscheidungen wie einen Lockdown geht, die das Leben der Menschen massiv beeinflussen. Wir können uns nicht aus der Verantwortung stehlen und so tun, als hätten wir mit den Beschlüssen der MPK nichts zu tun. Es gibt keinen Coronaautomatismus. Der Senat berät und beschließt Verordnungen, und auch das Parlament hat bereits heute die Möglichkeit, über Verordnungen zu beraten und Änderungen zu verlangen. Das haben wir in der Vergangenheit auch schon getan und damit zu Recht die Versammlungs- und Religionsfreiheit als Grundrechte aufrechterhalten.

Die Infektionszahlen steigen aber dramatisch und nahezu ungebremst an. Sie liegen mehr als doppelt so hoch wie im Höchststand der ersten Welle im April. Mittlerweile steigt auch die Zahl der mit Covid-19-Patientinnen und -patienten belegten Intensivbetten, und zwar schneller als erwartet. Aktuell gibt es insgesamt nur noch 176 freie Betten in Berlin; 118 sind mit Covid-19-Patientinnen und -patienten belegt. Gleichzeitig sind die Gesundheitsämter nicht mehr in der Lage, Kontakte nachzuverfolgen.

[Oliver Friederici (CDU): Wieso beschreiben Sie das eigentlich alles?]

Mittlerweile wissen wir in weit über 80 Prozent der Fälle nicht, woher die Infektionen kommen. Die Eindämmungsstrategie funktioniert damit nicht mehr. Deshalb geht es nicht so sehr darum, welche Orte konkret infekti-

onsherde sind, sondern schlicht darum, die Zahl an Kontakten möglichst herunterzufahren.

[Beifall von Silke Gebel (GRÜNE) und  
Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Jedem und jeder muss klar sein: Wenn wir nicht handeln, stößt das Gesundheitssystem an seine Grenzen. Die gesundheitliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner wäre dann nicht mehr gewährleistet, und zwar nicht nur bei Corona, sondern auch bei anderen Krankheiten.

[Andreas Wild (fraktionslos): Demokratie ist  
nicht verhandelbar!]

Bereits heute wird geschultes Personal von anderen Stationen abgezogen, damit sie sich um Covid-19-Patientinnen und -patienten kümmern. Wenn wir nicht handeln, werden im schlimmsten Fall Ärztinnen und Ärzte gezwungen, sich zu entscheiden, welche Patientinnen und Patienten behandelt, welche aufgegeben werden. Das wollen wir unter allen Umständen verhindern.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und  
der LINKEN]

In einer humanen Gesellschaft ist jedes Menschenleben gleich viel wert. Davon rücken wir nicht ab.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und  
der LINKEN]

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der mir zentral wichtig ist. Wir leben in einer freiheitlichen Demokratie. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Grund- und Bürgerrechte auch bei der Bekämpfung der Pandemie zu sichern. In einer freiheitlichen Demokratie verbietet sich ein flächendeckender und erst recht ein verdachtsunabhängiger Zugriff des Staates auf die Privatsphäre. Ein liberaler Staat kann und darf das Privatleben seiner Bürgerinnen und Bürger nicht ausspähen, auch nicht, um eine Pandemie zu bekämpfen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos) und  
Thorsten Weiß (AfD) –

Marc Vallendar (AfD): Toll! Macht er aber gerade!]

Der Zugriff des Staates muss im Wesentlichen auf den öffentlichen Raum beschränkt bleiben. Zugleich hat der Staat aber die Verantwortung, die Gesellschaft insgesamt und insbesondere vulnerable Gruppen in der Pandemie bestmöglich zu schützen. In dieser Abwägung ist es richtig, dass die MPK und auch der Berliner Senat sich dafür entschieden haben, das öffentliche Leben in den kommenden vier Wochen herunterzufahren. Das sage ich hier in aller Deutlichkeit.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Nicht, weil Restaurants oder Clubs, Konzertsäle oder Kinos, Sporthallen oder Yogastudios schuld an der Ausbreitung des Virus wären, erst recht nicht, weil sie für unser Leben zweitrangig und unverzichtbar wären, im



**(Bettina Jarasch)**

Gegenteil! Wir alle merken gerade jetzt, wie zentral solche Orte der Begegnung für uns sind. Es sind aber Orte der Begegnung, und damit geht einher, dass wir mehr Menschen treffen, mehr Kontakte haben und sich unsere Wege mehr kreuzen, je mehr wir in der Stadt unterwegs sind. Auch für Begegnungen im privaten Raum gibt es Beschränkungen. Damit sie eingehalten werden, sind wir im Wesentlichen auf die Eigenverantwortung der Menschen angewiesen. Weder Moralpredigten, noch die Suche nach Sündenböcken helfen uns weiter, erst recht nicht der öffentliche Aufruf aus Bayern, dass Nachbarn sich gegenseitig ausspähen sollen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Weder Neuköllner Familienfeiern noch die tanzfreudige Jugend in Mitte sind schuld daran, dass auch in Hellersdorf und Spandau die Infektionszahlen steigen.

[Torsten Schneider (SPD): Das war ja mal  
ein geiler Satz!]

Heiko Melzer (CDU): Den schreiben wir uns mal auf! –  
Zuruf von Mario Czaja (CDU) –

Stefanie Remlinger (GRÜNE): Ja, das war  
ein schöner Satz!]

Das Virus hat sich im Sommer in der Breite ausgedehnt, und es streut, wo immer sich ihm die Möglichkeit bietet. Je dichter die Menschen beieinander leben, desto früher –

**Präsident Ralf Wieland:**

So, ich darf jetzt wieder um etwas Ruhe bitten!

**Bettina Jarasch (GRÜNE):**

– Danke, Herr Präsident! – wird das Virus schließlich überall ankommen, sofern wir nicht die Notbremse ziehen. Wir können aber mit der Situation umgehen, wenn wir aus den Erfahrungen lernen, die es mittlerweile mit dem Virus gibt. Das gilt gerade auch für uns Politikerinnen und Politiker.

[Heiko Melzer (CDU): Wie ist es mit  
der Bundeswehr in Kreuzberg?]

Ja, wir müssen uns fragen lassen, ob die beschlossenen Maßnahmen verhältnismäßig und zielgenau sind, ob wir die richtigen Prioritäten setzen und ob wir die Zeit genutzt haben, damit uns die zweite Welle nicht so unvorbereitet trifft wie die erste. Wir müssen lernen, eigene Fehler einzugestehen, und wenn nötig, zu korrigieren, denn nur so bleiben wir glaubwürdig.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Paul Fressdorf (FDP): Wie ist es mit dem Fehler,  
die Bundeswehr nicht einzusetzen?]

Wir müssen Daten sammeln, das Virus und seine Verbreitung verfolgen, und zwar kriminalistisch und präzise, damit wir verstehen und zu evidenzbasierten Maßnahmen kommen. Wir wissen noch immer viel zu wenig über

Infektionsorte und Ansteckungswege. Alles andere ist Spekulation in der jetzigen Situation, und solange das so bleibt, bleibt politisches Handeln mit Unsicherheiten verbunden. Unsere stärkste Waffe könnte das Wissen sein, und wir müssen regelmäßig, erstmals in zwei Wochen, überprüfen, ob die Maßnahmen wirken und ob sie gelockert werden können.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Beifall von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

Dabei muss uns klar sein, dass die Gesellschaft insgesamt erschöpfter und gereizter ist als zu Beginn der ersten Welle im März. Die Begrenzung sozialer Kontakte, Arbeitszeitreduzierungen und Arbeitslosigkeit haben zu einem Anstieg häuslicher Gewalt geführt. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder dem wirtschaftlichen Ruin sowie die Angst vor Einsamkeit und Isolation sind neben die Angst vor der Ansteckung getreten.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Unsere Worte!]

Die sozialen Folgen und die Folgen für die Gesundheit der Menschen sind noch nicht abzusehen, jedoch ist anzunehmen, dass wir damit noch lange zu tun haben.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Richtig!]

Wir müssen daher alles dafür tun, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu sichern. Wir müssen aber auch die Gewaltprävention hochfahren,

[Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

Plätze in Frauenhäusern ausbauen und Beratungsangebote auf Onlineservices umstellen. Psychiatrische Tageskliniken dürfen nicht wieder geschlossen werden, denn mehr Menschen als zuvor brauchen jetzt psychologische Beratung und Unterstützung.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wirtschaftspolitisch haben wir als Land in der ersten Phase schnell und unbürokratisch Soforthilfe angeboten. In Berlin haben wir die Hilfen so gestrickt, dass sie auch Soloselbstständigen zugutekamen. Auf diese Weise haben wir 350 000 Arbeitsplätze gesichert, und mehr als 270 000 Unternehmen und Selbstständige haben von diesen Hilfen profitiert.

[Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

Unbürokratisch schnell und für möglichst viele Selbstständige, das muss jetzt auch für die finanzielle Unterstützung gelten, die der Bund den betroffenen Branchen zugesichert hat. Der Unternehmerlohn muss kommen, den unsere Wirtschaftssenatorin Ramona Pop schon lange eingefordert hat.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Mario Czaja (CDU): Gut, dass Sie den Namen  
noch mal erwähnen!]

Unser Land hat durch Zuschüsse, Mietstundungen und ein Gewerbemietprogramm versucht, Gewerbetreibende

**(Bettina Jarasch)**

zu unterstützen. Jetzt braucht es einen wirksamen Kündigungsschutz, und es braucht Mieterlasse sowie eine gesetzlich garantierte Ersatzleistung, wenn Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit aufgrund von Maßnahmen gegen die Pandemie einstellen müssen. Anders kann insbesondere die Veranstaltungsbranche keine Perspektiven entwickeln. Zu den Lektionen, die wir gelernt haben sollten, gehört, dass wir konsequent den Schutz und die Bedürfnisse von Risikogruppen in den Mittelpunkt stellen, denn die Coronapandemie betrifft alte und vorerkrankte Menschen, Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen, Obdachlose und Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften besonders hart.

[Zuruf von Paul Fresdorf (FDP)]

Zu dieser Lehre gehört, dass die Bildungseinrichtungen geöffnet bleiben. Um auf ihre Kinder aufzupassen, waren in der ersten Welle viele Eltern, vor allem Mütter gezwungen, zuhause zu bleiben mit teils gravierenden Folgen für die Familien, aber auch für viele Arbeitgeber.

[Mario Czaja (CDU): Gut, wenn die Redeschreiber aus der Senatskanzlei kommen!]

Das machen wir dieses Mal anders, und das ist gut so.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Gleichwohl rächen sich jetzt die Versäumnisse bei der Digitalisierung von Schule.

[Beifall von Michael Dietmann (CDU)]

Das hybride Lernen, kleine Gruppen, die in einer Mischung aus Präsenzunterricht und digitalem Unterricht lernen, sollte dort, wo die Schulen didaktisch und IT-mäßig dafür gerüstet sind,

[Dirk Stettner (CDU): Es gibt doch keine!]

unbedingt ermöglicht werden. Es kann sich sehr bald als der einzige Weg erweisen, die Schulen trotz hoher Infektionszahlen weiterhin offen zu halten, und es ermöglicht Lehrkräften, die zu Risikogruppen gehören, von zuhause aus zu arbeiten,

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Keine Zwischenfragen!

**Bettina Jarasch (GRÜNE):**

Es geht dabei um die Zukunftschancen von Kindern. Dasselbe gilt allerdings für Jugendliche, die jetzt aufgrund der Rezession ohne Ausbildungsplätze bleiben. Auch für sie braucht es eine gemeinsame Anstrengung, eine von Wirtschaft und Staat, denn auch ihre Zukunft steht auf dem Spiel. Bei der Prioritätensetzung sind wir auf dem richtigen Weg.

[Paul Fresdorf (FDP): Willkommen in der Opposition, Frau Jarasch!]

Schnelltests brauchen zuallererst das medizinische Personal, alte und pflegebedürftige Menschen und auch ihre Besucherinnen und Besucher, denn Alte und Pflegebedürftige schützen heißt nicht, sie zu isolieren, sondern ihnen ein menschenwürdiges Leben, selbstbestimmte Entscheidungen und soziale Kontakte zu ermöglichen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Wo das vor Ort nicht möglich ist, braucht es WLAN und Endgeräte, um auf diese Weise den Kontakt zu Angehörigen aufrechtzuerhalten.

[Zuruf von Maik Penn (CDU)]

Dringend nachsteuern müssen wir dagegen beim Personal. Das wird Sie interessieren, also bitte ich um Ruhe.

[Lachen bei der CDU –  
Zurufe von Torsten Schneider (SPD) und  
Stefan Förster (FDP)]

Zwar haben wir eine 500-Betten-Reserve im sogenannten Coronakrankenhaus, aber bei Weitem nicht genug Personal, um diese Betten zu nutzen. Dasselbe gilt für die Gesundheitsämter. Sie alle brauchen qualifiziertes Personal, und sie brauchen es langfristig, damit unserer Gesundheitssystem krisenfest wird.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Worauf warten Sie denn?  
Bla, Bla!]

Prämien helfen hier wenig. Die Bundeswehr hilft kurzfristig, ganz ohne Zweifel. Deshalb hat das Bezirksamt Kreuzberg-Friedrichshain soeben beschlossen, die Bundeswehr für medizinische Hilfe anzufordern.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN,  
der SPD, der CDU und der FDP –  
Zuruf: Oh je!]

Neue Ideen dagegen helfen erst recht, und sie helfen langfristig.

[Torsten Schneider (SPD): Ihr peilt aber schnell um,  
meine Güte!]

**Präsident Ralf Wieland:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! – Ich darf wieder um etwas Ruhe bitten. Die Rednerin ist schwer zu verstehen und die Zwischenrufe sowieso, sie kommen gar nicht an. Also wieder etwas mehr Ruhe im Saal, bitte! Wir sind gleich mit der ersten Runde durch.

[Torsten Schneider (SPD): Micha, du bist ganz schön mächtig, merkst du?]

**Bettina Jarasch (GRÜNE):**

Medizinstudierende können zur Unterstützung von gemischten Intensivteams qualifiziert werden, ebenso Hotelfachschülerinnen und -schüler für Kontaktnachver-

**(Bettina Jarasch)**

folgung in Gesundheitsämtern. Wir müssen die nächsten Wochen nutzen, um zu überprüfen, wie es zur zweiten Welle kommen konnte. Wenn wir es schaffen, die Erkenntnisse umzusetzen und sicher durch den Winter zu steuern, werden wir als Gesellschaft daran wachsen, denn eine Gesellschaft ist so stark wie es die Schwächsten in ihrer Mitte sind.

[Beifall von Stefanie Remlinger (GRÜNE)]

Der Umgang mit der Pandemie ist ein Stresstest für die Gesellschaft und für jede und jeden Einzelnen von uns. Das merkt man auch hier im Saal.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir können aber mit der Situation umgehen, denn die Coronakrise ist keine Naturkatastrophe, die einfach über uns kommt. Die zweite Welle ist kein Tsunami, der uns ohne Vorwarnung überrollt. Wir können ihren Verlauf bremsen und sie dadurch wieder unter Kontrolle bringen und die Krise überwinden. Vielleicht gehen wir am Ende sogar stärker aus der Krise hervor, als wir hineingegangen sind.

[Marc Vallendar (AfD): Ach, so ein Schwachsinn!]

Lassen Sie uns alle dafür arbeiten, dafür, dass wir diese gemeinsame Erfahrung nutzen, um Vernunft, Solidarität und Gemeinsinn auch über die Krise hinaus zu bewahren. Bewahren wir uns die gestiegene Wertschätzung vieler Berufe, die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, gerade im Bereich der Gesundheit und Pflege. Nehmen wir den Schwung auf, den wir im Bereich der Digitalisierung erleben. Wir werden neue Arbeitsformen einüben, räumlich flexibler sein, weniger Zeit für Wegstrecken verbrauchen und dafür mehr Zeit zuhause verbringen mit gesundem Essen und mehr Gemeinsamkeit mit Familie und Freunden.

[Unruhe]

Wir werden aber auch mehr Verständnis füreinander entwickeln müssen und vielleicht auch für unsere eigenen Gefühle, denn auch sie sind in einer Krise heftiger, als wir es uns sonst zugestehen.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Ich möchte schließen mit einem Zitat von Ulrich Khuon, dem Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins, der diese Gefühlslage und seine eigene Ambivalenz im Umgang mit Corona wunderbar zum Ausdruck gebracht hat. Ich zitiere mit Erlaubnis:

Ich fluche viel, aber im Grunde bin ich eher verzweifelt. Aber ich will nicht jammern. Wir müssen jetzt was tun. Nach der Verzweiflung kommt immer auch eine Gegenbewegung. Das wollen wir doch mal sehen. Und es kommt ein Bewusstsein, dass es Bereiche und Schicksale gibt, die viel mehr Grund zum Verzweifeln haben. Wir bleiben an Deck.

– Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat der fraktionslose Abgeordnete Wild gemäß § 64 Abs. 2 der Geschäftsordnung einen Redebeitrag angemeldet. Die Redezeit beträgt drei Minuten. – Bitte schön!

[Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

**Andreas Wild** (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie ein Ertrinkender schlagen Sie um sich und ordnen aktivistisch unlogische Maßnahmen an. Sie lachten über Schweden, das mit Ruhe und ohne Lockdown seine Wirtschaft gut durch das Frühjahr brachte.

[Unruhe]

Es würde mich nicht wundern, wenn am Ende des Tages die Schweden medizinisch und wirtschaftlich weltweit den besten Weg gegangen sind. Unsere Staats- und Landesfinanzen sind am Ende. Nur immer neue Schuldenaufnahmen halten den Staat am Leben. Von seriöser Finanzpolitik hat man sich schon lange verabschiedet. Immer neue Löcher lassen unsere Steuern im Nichts verschwinden. Wir stehen vor einem finanziellen und wirtschaftlichen Crash.

[Zurufe von den GRÜNEN]

Was könnte der Kanzlerin und Macron daran gefallen, das Volk zu Hause einzusperren, Versammlungen aller Art zu verbieten? – In Frankreich sind die Gelbwesten verschwunden. In Berlin geht martialisch gepanzerte Polizei gewalttätig gegen friedliche Demonstranten vor. Gibt es bei diesen Maßnahmen eine versteckte Agenda? –

[Sven Kohlmeier (SPD): Ja, Geld!]

Ich halte das für nicht ausgeschlossen. Die Verbissenheit, mit der täglich unsinnige Zahlen veröffentlicht werden und seriöse Kritiker mundtot gemacht werden, spricht dafür.

[Zuruf von Bernd Schlömer (FDP)]

Alles, was uns lieb und teuer war, haben Sie zerstört. Die homogene Bevölkerung, die innere Sicherheit, die Verwaltung, die Schulen, unsere Sprache, die öffentlichen Räume, unser Verkehrssystem, unsere Energieversorgung und unsere Familien. Jetzt wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern das aufrechte Gehen und Atmen verbieten, das Versammeln und das gemeinsame Feiern. Statt jene zu schützen, die des Schutzes bedürfen, sperren Sie unter Berufung auf die Gerechtigkeit alle ein, mit Masken, die Menschen entmenschlichen, und Abstandsregeln, die Menschen vereinsamen.

**(Andreas Wild)**

[Sven Kohlmeier (SPD): Geheime Agenda? –  
Zuruf von Maik Penn (CDU)]

Für alle diese Maßnahmen ziehen Sie ein Virus heran, das nach WHO-Angaben aus der Metastudie von John Ioannidis zu einer Sterblichkeit von 0,23 Prozent der Infizierten führt, also nicht 0,23 Prozent der positiv Getesteten, sondern der Infizierten, das heißt, derer, in denen sich das Virus vermehrt. Das ist sehr wohl mit einer Grippewelle vergleichbar, auch wenn es bei dieser Erkältungswelle bei einer kleinen Zahl der Erkrankten zu einer bislang nicht erklärbaren überschießenden Immunreaktion in der Lunge kommt. Wir alle müssen weiterleben. Jeder Tag, den Sie uns mit ungeeigneten Vorschriften drangsalieren, ist ein verlorener Tag für die Freiheit, ein verlorener Tag für die Bürgerrechte und ein verlorener Tag für die Demokratie.

[Zuruf von Maik Penn (CDU)]

Ihre Maßnahmen sind überschießend, unverantwortlich und würdelos. Ihre Maßnahmen dienen in erster Linie der Verbreitung von Angst. – Danke schön!

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

**Präsident Ralf Wieland:**

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache zur Erklärung des Regierenden Bürgermeisters beendet. Ich bitte um einen kleinen Moment der Geduld. Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 2.

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe auf

**lfd. Nr. 2:**

**Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3074](#)

in Verbindung mit

**lfd. Nr. 3:**

**Siebente Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3075](#)

und

**lfd. Nr. 4:**

**Verordnung zu Regelungen in zugelassenen Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3080](#)

und

**lfd. Nr. 4 A:**

**Erste Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-Covid-19-Verordnung**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3125](#)

und

**lfd. Nr. 5:**

**Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3083](#)

und

**lfd. Nr. 6:**

**Neunte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3113](#)

und

**lfd. Nr. 7:**

**Ergebnis der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 28. Oktober 2020**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3121](#)

und

**lfd. Nr. 8:**

**Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV 2-Infektionsschutzverordnung**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin  
Drucksache [18/3114](#) und [18/3114-1](#)

und

(Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt)

**lfd. Nr. 9:**

**Konsequenz mit Maß und Mitte – Pandemie bekämpfen, Freiheitsrechte schützen**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache [18/3082](#)

hierzu:

Änderungsantrag des Abgeordneten Luthe  
(fraktionslos)

Drucksache [18/3082-1](#)

und

**lfd. Nr. 10:**

**Einsetzung eines Sonderausschusses  
„Coronaverordnungen“**

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache [18/3092](#)

und

**lfd. Nr. 10 A:**

**Änderung der Zehnten Verordnung zur Änderung  
der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung**

Dringlicher Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache [18/3126](#)

und

**lfd. Nr. 10 B:**

**Gesetz zur Beteiligung des Parlamentes und zum  
Schutz von Grundrechten im Falle von  
Maßnahmen nach §§ 28 – 31  
Infektionsschutzgesetz**

Erste Lesung

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache [18/3127](#)

und

**lfd. Nr. 10 C:**

**Pandemie bekämpfen – Freiheitsrechte schützen –  
Maß und Mitte halten**

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache [18/3128](#)

Den Dringlichkeiten haben Sie eingangs zugestimmt. Ich eröffne die erste Lesung zum Gesetzesantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 18/3127. Für die gemeinsame Besprechung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu 15 Minuten zur Verfügung. In der Runde der Fraktionen beginnt die Fraktion der SPD. Es hat das Wort der Abgeordnete Schneider. – Bitte schön!

**Torsten Schneider (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 14. Mai ist für mich etwas Ungewöhnliches passiert. Ich bin vor das Haus hier getreten und habe der Bundesjustizministerin widersprochen, weil ich Druck in dieser parlamentarischen Demokratie gesehen habe – die Vorlagen der Rechtsverordnung betreffend. Ich habe dort auch zu anderen Punkten gesprochen und will heute wieder über etwas reden, was hier noch keine Erfassung in den Redebeiträgen hatte.

All die Anträge, die hier hinzu verbunden sind, ob nun von der AfD oder von der FDP, die Änderungsanträge, die konkreten Sachfragen, diese Krisenbewältigung betreffend, sind selbstverständlich in der SPD-Fraktion mit hohem Engagement, lebhaft, abwägend, sorgenvoll und selbstkritisch reflektiert worden, ob das nun die beabsichtigte Schließung von Gaststätten anbelangte, die wirtschaftlichen Folgenabwägungen hinsichtlich der ergriffenen Maßnahmen und der vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere zum Beispiel auch das Thema Schule. Wir hatten und haben da eine lebhaft Diskussion. Ich kann aber für die SPD-Fraktion heute und hier erklären und werde das auch begründen: Wir stehen geschlossen, und zwar einstimmig, hinter dem Senat und hinter den hier vorgeschlagenen Maßnahmen, uneingeschränkt.

[Beifall bei der SPD und den Grünen –  
Beifall von Anne Helm (LINKE)]

Dieser Abwägungsprozess, der auch für mich natürlich in einem speziellen Fall, zu dem ich heute hier aber nicht reden werde, Nachdenklichkeit ausgelöst hat, ist wahrscheinlich am Ende der Amplitude gezeichnet. Und so wird jeder, der sich sorgenvoll trägt, der abwägt, seine eigene Amplitude haben. Wie schlimm soll es noch werden? Wie sicher sind die Prognosen? Ich bin etwas erschrocken, aber jetzt habe ich auch einen abschließenden Erkenntnisprozess. Eine Amplitude, die dazu führt, meine Damen und Herren von der AfD, dass Sie dem deutschen Volke dienen, die wird es nie geben.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei den Grünen –  
Beifall von Katina Schubert (LINKE)]

Die Grünen – ich habe da ja auch ungehörigerweise etwas reinggerufen – haben ja auch einen interessanten Erkenntnisprozess. Das Dilemma der Politik, das Dilemma der Ansteuerung dieser Krise, das ist die Beweislast.

Herr Kubicki von der FDP macht das Thema ja stark, und er hat im Grundsatz vollständig recht. Der Staat muss beweisen, dass es eine Veranlassung zur Einschränkung von Grundrechten gibt. Was denn sonst? Wir sind aber an einem Punkt – und das haben alle Rednerinnen und Redner hier bekräftigt –, dass wir das gar nicht mehr wissen. Wir wissen nicht, ob das Virus – und das hat ja niemand ernsthaft behauptet – im Reagenzglas im Chemieunterricht der 7. Klasse hergestellt wird, das ist ja Quatsch.

**(Torsten Schneider)**

Wir wissen auch nicht, ob es in der Gaststätte gekocht wird usw. Niemand vertritt diese Ansicht. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen: Wir wissen umgekehrt aber sicher, dass die ungeschützten Nahkontakte bei diversen Feten in dieser Stadt es mit Sicherheit nicht waren –, mit Verlaub, das vertritt auch niemand bundesweit.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Und so will ich über das Problem reden, das uns umtreibt und wozu wir uns auch eine Meinung in einem abwägenden Prozess gebildet haben. Wie ich schon sagte, ist es nicht selbstverständlich, für mich persönlich auch nicht, dass ich der „taz“ ein Interview gebe. Ich habe noch nie ein Interview gegeben, seit ich Abgeordneter bin, soweit ich mich erinnere.

[Heiterkeit]

Dass ich hier mit der FDP fraternisiere, ist doch kein Geheimnis, und hier über Artikel 80 Abs. 4 und dergleichen mehr rede, das betrifft nicht die heutigen Anträge, sondern die seinerzeitigen Verabredungen. Aber was bemerkenswert ist, was hier gerade passiert, ist, dass bundesweit die Bundeskanzlerin und alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Regierungserklärungen vor ihre Parlamente treten. Mit Sicherheit ist das ein starkes Zeichen und ein Zugehen auf die Parlamente. Aber mit überwiegender Wahrscheinlichkeit verbirgt sich dahinter die Conclusio eines erschreckenden Erkenntnisprozesses, die Botschaft an die Verwaltungsgerichte, ja fast schon verzweifelt nach meiner Einschätzung, wenn eine Bundeskanzlerin ein juristisches Proseminar zur Verhältnismäßigkeitsprüfung eines Verwaltungsaktes im Deutschen Bundestag hält.

Diese erschreckende Erkenntnis veranlasst uns zum Handeln. Das müssen wir doch ernst nehmen. Mit einer Ausnahme habe ich auch niemanden grundsätzlich so verstanden, dass er das nicht täte in diesem Haus. Aber die Gefahr, die uns umtreibt und Sorgen macht, ist – und ich hoffe nicht, dass wir wieder am 14. Mai hier etwas gesagt haben, worüber wir dann fast ein halbes Jahr später reden; die SPD-Fraktion muss doch nun niemand versuchen zu überholen mit der Frage von Rechtsverordnungen oder mit Gesetzesvorlagen, das haben wir inzwischen völlig klar verabredet – § 28 Infektionsschutzgesetz des Bundes. Die Indizienlage, die Rufe aus den Parlamenten, sie sind nicht lauter geworden in Anbetracht dessen, was ich mich beispielsweise als einer der dienstältesten parlamentarischen Geschäftsführer dieser Bundesrepublik getraut habe und trauen musste zu sagen: Die Indizienlage ist nur quantitativ viel größer. Lesen Sie freundlicherweise den Gesetzesentwurf des saarländischen Parlaments, der seit gestern eine Drucksachenummer hat in einer unglaublichen Konfiguration von Antragstellern. Lesen Sie freundlicherweise die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Bayern von vorgestern. Nehmen Sie das zur Kenntnis im Bund! Wir brauchen hier nicht darüber zu reden, uns wirklich zuzutrauen, zehn Grund-

rechte für 4 Millionen Menschen abzuwägen, wo wir es noch nicht einmal geschafft haben, meine lieben Freunde von den Koalitionspartnern, die Sicherheit der Beschlussfähigkeit dieses Parlamentes herzustellen, wo es nur darum ging, das Statusrecht der einzelnen Mitglieder abzuwägen.

Es geht inzwischen um das Ganze. Das wird im Deutschen Bundestag entschieden. Wenn nämlich meine Befürchtung, die nun über ein halbes Jahr alt ist und hinter die sich die SPD-Fraktion mit einem Positionspapier, das Sie dann auch bei uns nachlesen können, am Freitag einstimmig gestellt hat und darauf hinweist, mit Unterstützung des Senats, insbesondere des Regierenden Bürgermeisters, wenn wir damit Recht haben, dann sind alle Rechtsverordnungen dieser Bundesrepublik Deutschland nichtig, wenn der § 28 im Deutschen Bundestag nicht justiert wird. Dann reden wir von einem Tsunami. Da können wir uns hier gerne – das wird sicherlich eine Rolle spielen, ich habe schon gesagt, dass wir das abwägen und zu einem Ergebnis gekommen sind –, über einzelne Sektoren unterhalten und uns gegenseitig sagen: Ja, auch wir, auch die SPD-Fraktion, wollen Kita und Schule offenhalten – meine war am Montag leider zu, komplett, was dazu führte, dass ich mit meinen dreijährigen Sohn nicht zum Fraktionsvorsitzenden gefahren bin, sondern zu einem Coronatest für sagenhafte 281 Euro.

Darüber können wir uns gerne unterhalten. Aber das Große spielt gerade in Deutschen Bundestag. Das spielt jetzt bei Ihnen, meine sehr verehrten Kollegen von der CDU, ausschließlich bei Ihnen. Wenn sich im Frühstücksfernsehen, in der ARD, Ihr Fraktionsvorsitzender – ich habe es selbst nicht gehört, also mutmaßlich – damit zitieren lässt „wir wissen das, dass wir dort Handlungsbedarf haben, aber das ist ein Thema für die nächste Pandemie“, dann geht die Welt unter. Stellen Sie diesen Mann beiseite.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Falls ich das jemandem übersetzen soll, ich hab schon überlegt, ob ich das denen Linken sage: „Völker hört die Signale!“, aber ich wollte es mir eigentlich verkneifen, habe es dann aber trotzdem gemacht. Das ist ja bekannt.

[Steffen Zillich (LINKE): Hast du es dir  
verkneifen oder nicht?]

– Ich habe es mir verkneifen, mein Lieber! Das streichen wir dann aus dem Protokoll, oder malen es lila an.

Ich will Ihnen einordnen, wie ich das verstehe, wenn das nicht repariert wird, obwohl die Indizienlage so klar ist. Ich habe es doch hier schon gesagt, dass es zwei Gründe haben wird, warum der Wesentlichkeitsgrundsatzes zum Thema wird, und zwar vor einem halben Jahr. Es ist die Eitelkeit der agierenden Juristen und Betroffenen und Aufrichtigkeit, dass die Hauptsacheverfahren alle anhängig sind und entschieden werden müssen in Berlin, im

**(Torsten Schneider)**

Saarland und überall. Die Signale aus der Jurisprudenz veranlassen dringend zum Handeln. Für mich ist dieses Nichttätigwerden vollständig vergleichbar mit der – ich betone ausdrücklich – hypothetischen Aussage: Wir haben zwar einen Impfstoff, der auch wirksam und in ausreichender Menge vorhanden ist, aber das ist für uns ein Thema für die nächste Pandemie. Handeln Sie! Wir sind zu allem Konstruktiven bereit. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, –  
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und  
den GRÜNEN]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Für die Fraktion der CDU hat das Wort der Abgeordnete Goiny. – Bitte, Herr Goiny!

**Christian Goiny (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Bundeskanzlerin vor wenigen Wochen vorgerechnet hat, dass wir zum Ende des Jahres 19 200 Infizierte in Deutschland haben werden, haben das viele nicht geglaubt. Die Zahl haben wir heute schon erreicht. Das macht noch einmal deutlich, wie dringlich die jetzt getroffenen und verabredeten Maßnahmen sind. Sie sind umzusetzen auch im Land Berlin. Unser Fraktionsvorsitzender hat darauf eben hingewiesen und hat deutlich gemacht, dass die CDU-Fraktion dazu auch steht.

Wir stellen allerdings auch fest in diesem Haus, dass es dringend notwendig ist – wir reden hier über die entsprechenden Coronaschutzverordnungen –, darüber auch im Parlament zu reden, denn insbesondere die Debattenbeiträge, die wir hier von Koalitionsseite und was wir in den letzten Tagen und Wochen auch von Seiten des Senats gehört haben, machen deutlich, dass es schwer ist, eine einheitliche Linie zu erkennen. Man weiß am Ende gar nicht, wer jetzt wofür steht. Die Rede der Kollegin Jarasch war mehr eine Rede von jemand, von der man gar nicht weiß, ob sie überhaupt in der Regierung in diesem Land ist.

[Beifall bei der CDU]

Es ist also richtig, dass wir uns hier im Parlament mit diesen Verordnungen befassen. Es ist also auch richtig, dass wir über die Inhalte diskutieren, wenn es schon so ist, dass Sie sich untereinander nicht verständigen und der Kollege Schneider hier ankündigt, dass die SPD zur Regierung steht.

[Paul Fresdorf (FDP): Aber auch alle!]

Das ist eine tolle Erkenntnis. Ich wusste gar nicht, dass man es im Parlament als Regierungsfraktion auch einmal sagen muss. Aber wenn es so ist, dann nehmen wir das zur Kenntnis. Wenn die Neuigkeit des Tages schon ist, dass man in Friedrichshain-Kreuzberg der Auffassung ist, dass dort auch die Bundeswehr eingesetzt wird, dann

fragt man sich auch, was wir hier in Berlin für eine Politik machen.

[Beifall bei der CDU –

Torsten Schneider (SPD): Sie haben überhaupt keinen Antrag eingebracht!]

Als uns die erste Coronawelle erreichte, waren es offensichtlich einzelne Infektionen, die sich im Lande verbreiteten. Wir konnten mit den damals sehr rigorosen Maßnahmen offensichtlich einen Erfolg erzielen. Bereits damals haben wir als CDU-Fraktion darauf hingewiesen, dass es dringend erforderlich ist, hier Konzepte zu erarbeiten. Damals ging es insbesondere auch um die Frage der Beschaffung von Schutzmasken, Schutzausrüstungen, um die Frage, wie wir unser Gesundheitswesen organisieren, wie viele Intensivbetten wir haben. Auch damals haben wir schon feststellen müssen, dass das Engagement der Gesundheitsverwaltung und die Fähigkeit, Dinge auch ressortübergreifend zu koordinieren, nicht gut funktioniert haben.

Wir haben dann Wirtschaftshilfen in Auftrag gegeben, wo sich der Senat dafür gerühmt hat, oder auch heute noch rühmt, dass er schnell und unbürokratisch war, die aber natürlich auch auf wackligen Füßen standen und am Ende auch kein wirklicher Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie waren.

Dann kam der Sommer, die Situation verbesserte sich. Nach der Sommerpause haben wir als CDU-Fraktion in den zuständigen Ausschüssen, die damals getagt haben, im Gesundheitsausschuss, im Hauptausschuss, nachgefragt, wo wir jetzt stehen: Ist denn jetzt genügend Schutzmaterial beschafft? – Darauf sagte Senatorin, dass sie das so spontan nicht beantworten könne, aber ja. Dann hatten wir gefragt, wo denn jetzt die entsprechenden Testcenter eingerichtet sind, mit welcher Kapazität. – Dazu hat sie uns im Gesundheitsausschuss gesagt, dass sie die Frage spontan nicht beantworten könne. Dann haben wir gefragt, wie es jetzt mit den Intensivbetten sei, wo die seien. – Darauf sagte sie, dass hätten wir falsch verstanden; sie wären da, wenn man sie brauchen würde. Daraufhin haben wir gesagt: Gut, wo wären Sie denn, wenn man sie brauchen würde? Jetzt bekommen wir von der Gesundheitsverwaltung eine Antwort, wonach alles geheim im Datenraum läge, es seien alles Betriebsgeheimnisse. Dazu sage ich einmal, Frau Senatorin, Herr Regierender Bürgermeister: So kann man auch in diesen Zeiten nicht kommunizieren.

[Beifall bei der CDU]

Die Menschen haben einen Anspruch darauf zu wissen, wie und mit welchen Mitteln dieser Senat Gesundheitsvorsorge betreibt. Da muss man auch die Situation in Berlin mit berücksichtigen. Es kann ja nicht sein, dass Regierungsmitglieder in der Tat so eine Panik verbreiten. Wir brauchen einen Hinweis auf die ernste Lage, aber wir brauchen auch entsprechend seriöse Antworten. Wenn sich die Gesundheitssenatorin vor die Presse stellt und so

**(Christian Goiny)**

wirkt für manche, als wäre sie eine Kirmeswahrsagerin, der die Glaskugel runtergefallen ist, und sagt: Wir müssen das Nachtleben in dieser Stadt auslöschen – dann ist das, finde ich, auch vor dem Hintergrund der Geschichte der Stadt völlig unangemessen, dass wir vom Auslöschen bestimmter Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens sprechen in dieser Stadt.

[Beifall bei der CDU]

Was wir jetzt also natürlich erwarten, ist, dass wir uns im Gesundheitsbereich einmal wirklich mit den drängenden Fragen befassen und Antworten und Konzepte haben, denn uns ist klar: Über die nächsten Wochen werden diese Maßnahmen jetzt umgesetzt werden. Sie müssen auch ordentlich und konsequent kontrolliert werden. Da erwarten wir auch die entsprechenden Antworten des Senats. Wie läuft das denn jetzt mit der Kontaktnachverfolgung? Was ist denn das Konzept des Senats? Mit welchem zusätzlichen Personal wird denn gearbeitet? Warum hat man auf unsere Hinweise im Sommer nicht bereits entsprechend Maßnahmen ergriffen? Albrecht Broemme hat beim Messekrankenhaus schon im Mai darauf hingewiesen, dass das Krankenhaus ausgestattet dastehen wird, dass Spezialisten teilweise vorhanden sind, aber dass normales Pflegepersonal nur ganz schwer zu rekrutieren ist. Was ist denn in der Zeit passiert? – Wir haben das Gefühl: wenig.

Wir haben die Frage, wie die Gesundheitsämter noch in die Lage versetzt werden – wenn ja, mit welcher Teststrategie? – ihre Aufgabe wahrzunehmen. Da gibt es viele engagierte Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken, die gute Arbeit machen, aber natürlich brauchen die auch eine konzeptionelle Unterlegung. Wir brauchen eine personelle Ausstattung, wir brauchen eine Software. – Das alles ist hier heute auch schon von anderen gesagt worden, interessanterweise auch von Regierungsmitgliedern. Wir erwarten, dass uns jetzt tatsächlich mal erklärt wird, wann was beschafft wird.

[Beifall bei der CDU]

Liebe Frau Kollegin Jarasch! Die ganzen Dinge, die Sie alle so in den Raum gestellt haben, was man jetzt mal machen müsste – da bin ich sehr gespannt auf die Beratungen, die wir am 11. November im Hauptausschuss fortsetzen zur Beratung des zweiten Nachtragshaushaltes. Spätestens da wäre Gelegenheit, das entsprechend zu unterlegen. Wir haben ja in der nächsten Woche noch eine Sondersitzung des Hauptausschusses, um diese Forderungen zu diskutieren. Das ist aber wahrscheinlich etwas kurzfristig für die koalitionsinternen Abstimmungen angesichts des Zustandes Ihrer Koalition.

Aber richtig ist doch, dass wir hier jetzt Antworten brauchen. Das gilt übrigens auch für ältere Menschen, für Pflegeeinrichtungen, für die Ausstattung von Krankenhäusern. Auch hier beschreiben Sie Situationen, und wir warten darauf, wie das Konzept umgesetzt wird oder welches es denn überhaupt gibt. Das diskutieren wir hier

seit August, und bisher sind wir keinen Schritt weiter. Das bringt uns natürlich in eine missliche Lage, die dazu führt, dass die Menschen tatsächlich unsicher sind, ob denn das Land Berlin die entsprechenden Schutzvorrichtungen ergreift, umsetzt und damit den nötigen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung in unserer Stadt leisten kann. Das ist die Aufgabe, die dieser Senat jetzt wahrzunehmen hat, denn was wir jetzt doch mit erarbeiten müssen, insbesondere, was den Gesundheits- und Infektionsschutz anbetrifft, sind Strategien, Konzepte und Maßnahmen, die auch in das nächste Jahr hineinragen.

Uns ist doch allen klar, dass wenn wir es jetzt schaffen sollten, über die nächsten Wochen, über die nächsten Monate eine Verbesserung der Lage zu erreichen, eine vergleichbare Situation im kommenden Jahr nur ganz schwer wiederholbar sein wird. Dazu muss es jetzt Überlegungen und Konzepte geben. So eine Situation, wie wir sie in Berlin im Sommer erlebt haben, dass quasi nichts oder zu wenig passiert ist, können und wollen wir uns nicht noch einmal leisten. Dazu hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion vorhin unsere Unterstützung und unsere Mitarbeit angeboten.

Ähnlich verhält es sich natürlich – das ist ja auch Gegenstand der Diskussionen hier in diesen Verordnungen –, was das Ganze Thema der Wirtschaftshilfen anbetrifft. Auch hier haben wir am Anfang schnell geholfen mit Soforthilfeprogrammen, über die IBB organisiert, die Liquiditätshilfen waren, und das hat ja auch vielen Branchen gut geholfen. Aber wir haben durch die permanente Verlängerung dieses Instruments auch gemerkt, dass es für bestimmte Branchen in dieser Stadt nicht das optimale Mittel ist, sondern dass wir insbesondere im Bereich der Kulturwirtschaft, der Kreativ- und Digitalwirtschaft auch andere Instrumente brauchen. Die Diskussion, die wir im Hauptausschuss dazu hatten, in der wir uns mit dem Finanzsenator darüber unterhalten haben, ob diese Drei-Monats-Staffeln eigentlich der richtige Weg sind, führte dazu, dass mich der Finanzsenator an den Bundeswirtschaftsminister verwiesen hat. Ich glaube, Herr Kollatz wollte ihn auch zu uns in den Ausschuss einladen; mal sehen, wie wir dann die Diskussion damit weiterführen können.

Aber in der Realität ist es doch so: Wir müssen als Land Berlin für die Branchen, die unsere wichtigsten Branchen in der Stadt sind, Programme organisieren, die auch tatsächlich helfen. Dazu gehören natürlich insbesondere Kultur, Tourismus, Messewirtschaft, Gastronomie, Nachtleben und der Sport. Dass wir hier noch keine Antwort gefunden haben, sondern uns im Grunde genommen mit Programmen durch die Monate hangeln, wo das Sofortprogramm für September und November erst im Oktober ausgezahlt wird, weil das zu kompliziert gebaut ist und weil es auch an vielen Stellen zu Komplikationen und teilweise auch zu Ungerechtigkeiten führt – das ist doch nach über einem halben Jahr Erfahrung mit der



**(Christian Goiny)**

Pandemie und mit Wirtschaftshilfen nicht der richtige Weg.

[Beifall bei der CDU]

Da erwarten wir einfach von Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister, dass Sie wie die Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer die Interessen Berlins vertreten. Jedes Bundesland sorgt dafür, dass seine wirtschaftlichen Schwerpunkte entsprechend berücksichtigt und gefördert werden in Zeiten der Pandemie. Das erwarten wir auch in Berlin von Ihnen, Herr Regierender Bürgermeister.

Wir brauchen Programme, die in der Tat helfen, diejenigen Branchen zu unterstützen und ihr Überleben in der Krise zu sichern, die am längsten und am stärksten von den Einschränkungen der Pandemie betroffen sind. Dazu gehören insbesondere die Branchen, die ich eben schon einmal aufgezählt habe. Ich will noch ergänzen: Da müssen wir uns auch Gedanken über einzelne Soloselbstständige und Spezialisten, die in diesen Branchen arbeiten, machen, weil insbesondere in der Kultur- und Veranstaltungsbranche viele Menschen arbeiten, die nicht fest angestellt sind, die jetzt seit Monaten beim Jobcenter hängen und denen jetzt die Jobcenter erklären, die könnten doch auch Busfahrer oder Ähnliches werden. Damit verlieren wir aber viele Spezialisten in der Berliner Veranstaltungswirtschaft und in der Kulturbranche, und das wird ein Schaden sein, der nicht reparabel ist. Auch hier erwarten wir vom Senat ganz eindeutig Antworten und Konzepte.

[Regina Kittler (LINKE): Nein, von Herrn Altmaier!]

– Entschuldigung, dass ich Sie unterbrochen habe. –

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Was die wirtschaftlichen Hilfen anbetrifft, müssen wir doch inzwischen eine Perspektive schaffen, die bis zum Ende des Doppelhaushalts reicht und bis zum Ende der Wahlperiode reicht, will sagen, bis Ende 2021. Ich glaube, das ist ein Spannungsbogen, der zumindest Kultur-, Veranstaltungs-, Hotel- und Gastronomiebranche eine Perspektive gibt, mit der sie überleben können. Ich glaube, es ist auch so, dass sie jetzt den Betrieb so nicht fortführen können. Auch die Clubkommission selbst sagt übrigens, dass es so nicht geht. Die sagen auch: Wir wollen eigentlich kein Geld, aber wenn man uns zumacht, muss man uns eben auch helfen. – Da muss man auch so helfen, dass es am Ende hilft, dass diese ganzen für diese Stadt wichtigen Branchen überleben können.

[Beifall bei der CDU]

Abschließend will ich sagen: Wir in der CDU gehören zu denen, die am Ende ihrer Parteitage immer die Nationalhymne singen.

[Paul Fresdorf (FDP): Welche Strophe singen Sie?]

– Da gibt es diese schöne Strophe von Einigkeit und Recht und Freiheit. Vielleicht sind das in diesen Zeiten auch mal wirklich Leitplanken, mit denen wir auch der

Krise begegnen können. Das Thema Einigkeit ist doch von entscheidender Bedeutung. Solidarität miteinander, Rücksichtnahme von allen gesellschaftlichen Gruppen, Hilfe und Verständnis sind doch das Gebot der Stunde. Wenn wir das nicht auch noch mal den Menschen erklären, machen wir, glaube ich, einen schweren Fehler.

[Beifall bei der CDU –

Beifall von Daniel Wesener (GRÜNE)]

Natürlich ist Recht auch ganz wichtig: die Beachtung der Verfassung, der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und das Bestreben des Senats, rechtmäßige Verordnungen und Gesetze auf den Weg zu bringen. Auch das ist ein Grund dafür, dass wir uns als Parlament einbringen sollten. Am Ende des Tages – der Kollege Czaja hat es auch schon gesagt – ist Berlin natürlich die Stadt der Freiheit. Man merkt ja auch, dass bei vielen Demokraten in dieser Stadt, sich dieses Thema auch im Zusammenhang mit der Diskussion um Corona in den Vordergrund schiebt.

Wir müssen natürlich auch in der Kommunikation unserer Maßnahmen darauf achten, dass diese DNA der Stadt, nämlich, dass Freiheit eine Geschichte ist, die Berlin erzählt und die in Berlin glaubwürdig ist, sowohl, was die geschichtliche Dimension anbetrifft als auch, was die Verwirklichung einzelner Lebensentwürfe anbetrifft, auch glaubwürdig bleibt. Auch deswegen ist es eine Frage, wie der Senat mit den Menschen kommuniziert, und da ist das Regieren im Verordnungswege ohne den Dialog mit der Stadtgesellschaft im stärkeren Umfang zu suchen auf Dauer einfach auch nicht mehr der richtige Weg.

Herr Regierender Bürgermeister! Sie waren, das will ich zum Abschluss sagen, gestern bei der Einweihung unseres neuen Flughafens BER. Ich finde das Zitat von Willy Brandt, das dort an der Wand hängt, wirklich sehr schön, der sich sowohl auf die Werte, die ihm besonders wichtig sind, auf den Frieden bezieht, und dann auch die Freiheit erwähnt. Wenn das ein bisschen die Leitplanken sind, entlang derer wir in den nächsten Wochen verstärkt im Parlament, gern auch überfraktionell, miteinander den Kurs für das nächste Jahr diskutieren, dann wären wir, glaube ich, deutlich weiter in der Bekämpfung der Pandemie, als wir es jetzt sind. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Im Folgenden haben sich die Fraktionen die Redezeiten aufgeteilt auf mehrere Rednerinnen bzw. Redner. Es beginnt für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Fuchs. – Bitte schön!

**Stefanie Fuchs (LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Und vor allem: Liebe Berlinerinnen und Berliner an den Endgeräten zu Hause oder wo auch immer!

[Vereinzelt Lachen bei der SPD,  
der CDU und der FDP]

Denn gerade in Ihrem Interesse führen wir ja heute diese Aussprache.

Wir stecken mitten in der Coronapandemie, und die Lage ist ernst. Das stellt, abgesehen von der Fraktion ganz rechts außen und den selbsternannten Querdenkern, niemand ernsthaft infrage – auch wir als Linke nicht. Um es klarzustellen: Der Rückgang der Fallzahlen, der Schutz der Bevölkerung vor einer in ihren Folgen noch nicht gänzlich erforschten gefährlichen Krankheit ist gerade eine der vordringlichsten politischen Aufgaben, vor denen wir stehen, insbesondere im Hinblick auf die Todeszahlen unter älteren Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen. Die Linke als eine der diesen Senat tragenden Parteien hat daher den Beschluss des Senats vom Mittwoch mitgetragen. Ich wäre allerdings nicht von der Linken, wenn jetzt nicht das große Aber käme.

[Lachen von Sebastian Czaja (FDP)  
und Paul Fresdorf (FDP) –

Sebastian Czaja (FDP): Das kennt der Regierende! –  
Paul Fresdorf (FDP): Das Aber!]

Also: Aber die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des letzten Lockdowns spüren die Menschen in unserer Stadt immer noch deutlich. Berlin, dessen Wirtschaft so sehr von Dienstleistungen, Kultur, Gastronomie und Tourismus geprägt ist wie sonst wohl keine Region in Deutschland, wurde besonders schwer vom letzten Lockdown im Frühjahr getroffen. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit sind in Höhen geklettert, wie wir sie bis dato nicht kannten bzw. lange nicht mehr erlebt haben. Die ohnehin schon vorhandenen sozialen Schiefen haben sich noch einmal deutlich verschärft, wie erst kürzlich die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung klar nachgewiesen hat. Haushaltseinkommen haben sich verringert, Rücklagen sind aufgebraucht, und nicht wenige Menschen leben zunehmend am Abgrund.

Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel aus meinem Alltag als sozialpolitische Sprecherin geben: Diese Woche hatte ich ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Schuldner- und Insolvenzberatung – selbstverständlich als Videokonferenz. Sie erzählten mir aus ihrer Praxis, dass bei ihnen zunehmend Menschen im Kurzarbeitergeldbezug und ehemalige Selbstständige in der Beratung auftauchen, die sich verschuldet haben, um irgendwie weiter über die Runden zu kommen, und jetzt nicht mehr weiterwissen, verzweifelt sind, weil sie keine Arbeit und jetzt auch noch jede Menge Schulden haben. Ich muss keine studierte Expertin im Sozialrecht sein, um zu wissen, dass man dann eigentlich das Kurzarbeitergeld und

die Transferleistungen anheben muss, um den Menschen wenigstens halbwegs so etwas wie soziale Sicherheit bieten zu können.

[Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Wir erleben schon jetzt zunehmend psychische Probleme und steigende häusliche Gewalt bei den Menschen, durch soziale Isolation, finanzielle Probleme und beengte Lebensverhältnisse. Es ist eben eine starke Belastung, mit zwei Erwachsenen und zwei kleinen Kindern auf zum Beispiel 40 Quadratmetern zu leben oder über Wochen alleine zu Hause zu sein, weil man eine Vorerkrankung hat.

Wir riskieren schon jetzt, eine ganze Generation von jungen Menschen durch Brüche in ihrer schulischen, beruflichen und akademischen Bildung zu verlieren. Um hier Verantwortung zu übernehmen, hat die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales mit einem Sofortprogramm am Freitag das erste Ausbildungshotel in Berlin an den Start gebracht. – Dafür vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –  
Beifall von Daniel Wesener (GRÜNE)]

Ich möchte Ihnen allen eine Frage stellen: Wie wollen wir der Bevölkerung, ohne deren Kooperation jede Maßnahme zur Pandemiebekämpfung ins Leere läuft, vermitteln, dass der Preis für die Bekämpfung dieser Pandemie eine der schwersten sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen der letzten 100 Jahre sein soll? – Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, dass wir nicht bereit sind, diesen Preis zu zahlen. Für uns, das haben wir bereits im Frühjahr gesagt, muss die Bewältigung der Pandemie ein soziales Krisenmanagement sein.

Wir erwarten daher, dass derart weitreichende Maßnahmen, wie wir sie jetzt mittragen, sozial ausgewogen umgesetzt werden sowie mit belastbaren und verbindlichen Zusagen für Kompensationen und Entschädigungen verbunden sind.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Dann machen Sie das doch!]

Wir erwarten, dass auch in der Krise, in der Pandemie der soziale Frieden erhalten und soziale Stabilität gewährleistet wird. Nur so wird es uns gelingen, die Pandemie erfolgreich zu bekämpfen. Eine Politik, die nur auf Autorität setzt und die Menschen mit ihren existenziellen Problemen, Nöten und Sorgen hilflos zurücklässt, hat keine Daseinsberechtigung.

[Beifall bei der LINKEN –  
Frank-Christian Hansel (AfD): Na, das liegt  
doch an der Regierung! –  
Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

Aus dieser grundsätzlichen Haltung ergeben sich für uns verschiedene Anforderungen und Aufgaben: Die durch die drastischen Eindämmungsmaßnahmen eintretenden Schäden bei den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen

**(Stefanie Fuchs)**

und sozialen Trägern müssen durch schnelle und unbürokratische Hilfen kompensiert werden. Dazu gehören insbesondere die Ermöglichung der flexiblen Leistungserbringung für Zuwendungsprojekte und die Partner des Landes bei Leistungsverträgen nach den Sozialgesetzbüchern VIII, IX und XII und unbürokratische Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Soloselbstständige. Die Berechnung der Unterstützung sollte in Bezug auf den Jahresdurchschnitt des Umsatzes von 2019 erfolgen.

Wir müssen schnellstmöglich, und ich weiß, dass Sozialsenatorin Breitenbach das genauso sieht, vom Senat finanzierte Angebote zur niedrigschwelligen Unterbringung und Betreuung – die sogenannten 24/7-Einrichtungen oder auch die der Kältehilfe – sowie aufsuchende Angebote zur Sicherung von Leben und Gesundheit, zum Beispiel die Versorgung mit Essen, schaffen. Wohnungslose Menschen sind Teil unserer Stadtgesellschaft, und wir dürfen sie nicht zurücklassen.

[Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen, Senioreneinrichtungen und Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe, aber auch Geflüchtete, Wohnungslose und andere in Gemeinschaftseinrichtungen untergebrachte Menschen müssen einerseits vor unkontrollierten Ausbrüchen geschützt werden, zum Beispiel durch Schnelltests, dürfen aber nicht diskriminiert und keinesfalls vollständig sozial isoliert werden.

Ich bekam gerade von den Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern der Menschen mit Behinderung seit Frühjahr immer wieder ihren verständlichen Frust und ihre verständliche Wut darüber zu hören, dass gerade sie als ohnehin schon an den Rand gedrängte Bevölkerungsgruppe noch weiter ausgeschlossen wurden. Das heißt auch, dass die Anordnung von vollständiger Quarantäne für Unterkünfte, wo immer möglich, durch andere Maßnahmen verhindert werden muss.

[Beifall bei der LINKEN]

Im Frühjahr hatte die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales dankenswerterweise Quarantäneeinrichtungen für Wohnungslose und Geflüchtete errichtet. Ich finde, dass sich dieses Vorgehen im Frühjahr bewährt hat, und wir sollten dieses Vorgehen auch jetzt wieder anwenden und auch entsprechend finanzieren.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Frühjahr spreche ich jetzt besonders unsere Gesundheitssenatorin an: Stellen Sie endlich ein stadtweit einheitliches Vorgehen der Amtsärzte und Gesundheitsämter im Hinblick auf Quarantänemaßnahmen für Wohnungslose und Geflüchtete her! Es kann einfach nicht sein, dass ein Amtsarzt, einfach weil es möglich ist, die Quarantäne über eine ganze Unterkunft verhängt und damit im Zweifel Hunderte Menschen auf einmal sozial isoliert, obwohl es die

Quarantäneangebote der Sozialverwaltung gibt – auch wenn diese in anderen Bezirken sind.

[Beifall bei der LINKEN –  
Beifall von Fadime Topaç (GRÜNE)]

Berlin ist eine Stadt, und wir kommen nur als eine Stadt gemeinsam durch diese Krise. Wenn ich schon einmal dabei bin: Berlin muss mit Blick auf die mittel- und langfristige Entwicklung des Infektionsgeschehens seine Pandemieplanung dahin gehend qualifizieren, dass auf künftige Infektionswellen koordinierter und vorausschauender als bisher reagiert werden kann. Die zweite Welle wird vermutlich nicht die letzte sein. Dazu zählen insbesondere ein stadtweiter Ausbaupfad für den öffentlichen Gesundheitsdienst und ein transparenter Stufenplan für die Reaktion auf künftige Verschärfung des Infektionsgeschehens. Und dazu gehört eine eigene Teststrategie für Berlin. Es muss endlich möglich sein, dass Einrichtungen wissen, wann sie wie viele Schnelltests erreichen. Da reicht es nicht, sich auf die nationale Teststrategie zu verlassen.

Zu all dem muss der Senat jetzt schnellstmöglich Beschlüsse fassen, die gegebenenfalls auch einen weiteren Nachtragshaushalt und eine höhere Kreditaufnahme durch das Land erfordern. Diesen Preis wiederum müssen wir zahlen. Wir dürfen der Krise nicht hinterhersehen.

[Beifall bei der LINKEN]

Wir haben in den nächsten vier Wochen viel zu tun. Lassen Sie uns gemeinsam diese Arbeit für die Berlinerinnen und Berliner ernst nehmen! – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Nächste Rednerin der Linksfraktion ist Frau Abgeordnete Kittler. – Sie haben das Wort. Bitte!

**Regina Kittler (LINKE):**

Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ausnahmezustand erreicht uns wieder mit voller Wucht, wir haben heute viele Beispiele gehört. So wie den Beschäftigten in der Pflege, in den Krankenhäusern, bei der Müllabfuhr, der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und anderswo gilt auch allen, die in Kita, Schule und Jugendhilfe alles geben, damit Kindern und Jugendlichen die Kitas und Schulen als sozialer Raum, als Raum des Für-sie-da-Seins und des Lernens erhalten bleibt, großer Dank.

[Beifall bei der LINKEN –  
Beifall von Paul Fressdorf (FDP)]

Das Kümmern um Kinder und Jugendliche und ihre Bildung hat gesellschaftliche Priorität. Dass Kitas und Schulen geschlossen werden, muss deshalb – da sind wir uns,

**(Regina Kittler)**

glaube ich, alle einig – so weit wie möglich vermieden werden. Das geht aber nur, wenn alles dafür getan wird, dass Pädagoginnen und Pädagogen und Kinder und Jugendliche gesund bleiben. Die Bedingungen dafür sind nicht überall vorhanden, auch wenn es im Vergleich zum Frühjahr Verbesserungen gibt und das natürlich vom Umfeld abhängig ist. Ich meine aber, es braucht die Vermeidung von Gruppenmischungen an Schulen, es braucht grundlegende und schnellere Fortschritte in der Digitalisierung, es braucht sofort ein Fensterreparaturprogramm, und es braucht ein einheitliches Vorgehen in allen Bezirken, um hier nur einiges zu nennen.

Gesellschaftlich relevant ist für unsere Stadt auch die Kultur; von allen Fraktionen heute auch benannt. Die pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen haben im Frühjahr vielen Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturschaffenden von einem Tag auf den anderen ihre Arbeitsgrundlage entzogen. Die Schließung aller Veranstaltungsorte machte es ihnen unmöglich, ihre Arbeit auszuüben oder sie zu präsentieren. Viele sind innerhalb weniger Wochen so in eine existenzielle Notlage geraten. Die Soforthilfe II aus Landesmitteln hat zwar schnell und unbürokratisch sehr vielen Kulturschaffenden einen Zuschuss gewährt, konnte aber trotz sehr hoher ausgereicherter Mittel nicht allen in Not Geratenen helfen. Zudem war dieser Zuschuss auf drei bzw. sechs Monate ausgelegt und kann die noch lange anhaltenden Arbeitseinschränkungen nicht überbrücken.

Die 2 000 Stipendien, die der Kultursenat für Künstlerinnen und Künstler ausgeschrieben hat und die jetzt ausbezahlt werden, werden vielen, aber auch nicht allen weiterhelfen. Über die Soforthilfe IV wird Kultur- und Kreativbetrieben vom Land geholfen, aber: Das Konjunkturprogramm des Bundes wie auch der erleichterte Zugang zur Grundsicherung gehen an den Lebens- und Arbeitsrealitäten der Kultur- und Kreativschaffenden völlig vorbei, schließlich bekommen die meisten von ihnen weder Kurzarbeitergeld noch Arbeitslosengeld I, und selbst die Grundsicherung bleibt vielen trotz des vereinfachten Zugangs verwehrt. Die Soforthilfe des Bundes berechtigt sie auch nicht, bei bestehenden Liquiditätsengpässen auch Lebenshaltungskosten anzurechnen. Das Gleiche droht jetzt wieder und weiter zu passieren.

Wie reagiert die Bundesregierung? – Da twittert Peter Altmaier am 29.10:

Meine Gedanken & Mitgefühl sind bei den Unternehmen & Selbständigen, die für 1 Monat schließen müssen, damit die Ausbreitung des Coronavirus gestoppt wird. Ihr seid wertvoller Teil unserer Kultur & Identität.

Da kann ich nur sagen: Handeln statt nur Mitgefühl!

Carsten Schatz wies bereits darauf hin: Olaf Scholz musste erst durch einen Brief von Helge Schneider darauf aufmerksam gemacht werden, dass 75 Prozent des Ein-

kommens aus November 19 auch null Euro sein können und ein Zwölftel des Jahreseinkommens wohl eine solide-re Grundlage für Überbrückungshilfe wäre, damit sein Staatssekretär Schmidt auf Twitter antworten konnte – also, offiziell ist da noch gar nichts –:

... so machen wir es! Soloselbstständige können wählen ...

Er schiebt aber gleich noch eins nach: „für die fixen Kosten!“ – Also für Betriebsausgaben. Die allermeisten Kulturschaffenden und die in der Kreativbranche Arbeitenden haben aber keine Betriebskosten. Kann die Bundesregierung das bitte endlich begreifen wollen!

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Die Linksfraktion fordert deshalb die Bundesregierung und den Bundestag dringlich auf, entsprechend der am 05. 06. 2020 auf Initiative der Länder Berlin und Bremen beschlossenen Entschließung des Bundesrates die Kriterien der sogenannten Überbrückungshilfen des Bundes an die spezifischen Bedarfe der Kultur- und Kreativbranche anzupassen und einen Pauschbetrag als Einkommen zu ermöglichen. Es ist Alarmstufe Rot, und ich habe jedes Verständnis für die Verzweiflung, für die Wut und die Forderungen, die am Freitag auf die Straßen von Berlin getragen wurden. Nachdem die Theater, Konzerthäuser, Museen, Galerien und fast alle Kulturbetriebe unserer Stadt alles dafür getan haben, um den Menschen ein sicheres Kulturerlebnis zu ermöglichen – und sie damit ein konstruktiver Teil der Lösung und nicht des Problems sind –, wird nun alles wieder dichtgemacht.

[Zurufe von Frank-Christian Hansel (AfD) und Marc Vallendar (AfD)]

Campino, Frontmann der Toten Hosen, hat recht, wenn er Richtungen Bundesregierung sagt: Wenn der Staat nicht handelt, könne

all das, auf das sich die Leute freuen, wenn die Pandemie vorbei ist, dann weg sein.

Er hat auch recht, wenn er feststellt:

Eine Lockdownstrategie in Schwarz-Weiß, das ist einfach zu wenig. Nach acht Monaten im Umgang mit der Pandemie können wir erwarten, dass die Verantwortlichen des Krisenmanagements differenzierter auf die Probleme schauen, als es im März, April möglich war.

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

In den letzten Monaten gaben Sie uns

– er meint die Bundesregierung –

das Gefühl, weniger wert zu sein als Autos, Flugzeuge und Fußballspieler.

Im Schlusswort des offenen Briefes von Alarmstufe Rot an die Bundesregierung heißt es:

Helfen Sie uns! Jetzt! Sonst werden wir in ein paar Monaten kulturell ein ärmeres Land sein.

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Juhnke?

**Regina Kittler (LINKE):**

Gleich!

[Paul Fresdorf (FDP): Ist doch harmlos!]

Vieles von dem, was dann verschwindet, wird nicht wiederkommen. Damit wird nicht nur produktiven Mitgliedern eines Wirtschaftssystems die Lebensgrundlage genommen, sondern eine Gesellschaft ihrer Seele beraubt.

Herr Juhnke!

[Heiterkeit –  
Paul Fresdorf (FDP): Da kommt die Lehrerin durch!]

**Dr. Robbin Juhnke (CDU):**

Vielen Dank, Frau Kollegin, für die Möglichkeit, nachzufragen! Da muss ich mich doch wundern, wenn ich Ihre Worte höre, die ja praktisch eine reine Oppositionsdarstellung sind. Darf ich denn erwarten, dass Sie den Vorschlägen keine Zustimmung erteilen werden und die Coronaverordnungen ablehnen?

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Danny Freymark (CDU)]

**Regina Kittler (LINKE):**

Wie Sie vielleicht wissen, Herrn Juhnke, sind wir auf der Bundesebene durchaus in der Opposition,

[Marc Vallendar (AfD): Wer erlässt denn die Rechtsverordnungen im Land Berlin?  
Wer ist denn dafür zuständig? –  
Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

und genau an diese Bundesebene habe ich mich jetzt gewandt. Falls Sie es nicht verstanden haben, können Sie es gerne noch mal nachlesen.

[Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

Ich möchte zumindest zum Schluss noch versichern: So wie unser Senator Klaus Lederer kann ich auch für die Linksfraktion hier nur erklären: Wir werden mit den Kulturschaffenden, mit den Kreativen dieser Stadt gemeinsam um jede notwendige Hilfe kämpfen. Wir werden um jeden gefährdeten Kulturort kämpfen, und wir müssen gemeinsam – und ich hoffe, da machen Sie mit, auch Sie, Herr Juhnke – darum kämpfen, dass Berlin Kulturstadt bleibt.

[Dr. Robbin Juhnke (CDU): Ich bin aber nicht verlogen dabei, das ist der Unterschied!]

Und um mit Till Brönner zu enden:

Kultur ist kein Luxus, sondern ein Menschenrecht.

[Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –  
Zurufe von der AfD –  
Regina Kittler (LINKE): Dass Sie davon keine Ahnung haben, wissen wir!]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Für die AfD-Fraktion beginnt Herr Abgeordneter Hansel. – Bitte, Sie haben das Wort!

**Frank-Christian Hansel (AfD):**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnetenkollegen! Liebe Berliner! In der ersten Rederunde im Zuge der Regierungserklärung haben wir schon einiges zu den vom Senat verordneten Grundrechte und Freiheitsrechte der Bürger einschränkenden Maßnahmen gehört, auch dazu, warum heute diese Sondersitzung notwendig ist. Es wird immer gesagt, Krisen sind Zeiten der Exekutive. Da ist sicher was dran. Die Menschen wollen in der Krise Führung, die Menschen wollen Sicherheit. Ich glaube, sagen zu können – oder sogar sagen zu müssen –: Insbesondere wir Deutsche wollen und brauchen Sicherheit, vielleicht auch nur gefühlte Sicherheit.

Die Infektionsschutzmaßnahmen, die wir in der zehnten Fassung vom Senat vorgelegt bekommen haben – Verordnungen mit quasi Gesetzesrang, ohne tatsächlich von den Volksvertretern gemachte oder beschlossene Gesetze zu sein –, sollen den Menschen diese Sicherheit geben. Sie sollen die Gesundheit der Menschen schützen, Leben schützen. Das ist an sich richtig. Ich gehe übrigens davon aus, das wir, würden wir in einer Regierung sitzen, das Gleiche wollen würden: die Gesundheit der Menschen schützen, Leben schützen, Leben retten.

[Beifall bei der AfD]

In der Zielsetzung kann es da gar keine Unterschiede geben, wenn man in der Verantwortung steht. Indem ich feststelle, wir würden das Gleiche wollen und wollen müssen, heißt es aber nicht, dasselbe zu tun. Hier kommen wir zur Krux des heutigen Tages: Ja, es heißt immer, Krisen wären die Stunde der Exekutive. Ich sage, nein, es ist auch und gerade die Stunde des Parlaments und der Opposition. Es geht darum, darüber zu reden, ob die Mittel, die erwirkt werden sollen, was zu tun ist, und zwar zwingend zu tun ist, um das erkannte Ziel zu erreichen, tatsächlich die richtigen sind, oder ob es nicht andere sein könnten. Keiner in diesem Raum kann sagen, auch Sie nicht, Herr Regierender Bürgermeister, dass er zu 100 Prozent weiß, dass das alles wichtig ist, was er tut.

Denn was ist das Kriterium für das 100 Prozent Richtige? Vielmehr müssen wir doch sagen: Welche Kriterien sind anzuwenden, um das zu beurteilen? Ist es die Vermeidung eines bestimmten Prozentsatzes von Toten? Wer

**(Frank-Christian Hansel)**

will das rechnen? Wer das tut, wird sofort die Debatte bekommen, dass auch in der Grippewelle Menschen sterben. Die Toten werden in Relation gesetzt zum Phänomen der sogenannten Übersterblichkeit, ein Phänomen, dass weder ich noch die meisten der Kollegen im Hause bis dato wahrscheinlich kannten, nämlich den Vergleichspunkt, an dem man festmachen kann, ob im Verhältnis zu Vorjahren in einem gewissen Zeitraum tatsächlich mehr Menschen gestorben sind als üblich, ein Indikator, der dann natürlich relativierend wirkt, wenn nicht feststellbar ist, dass 2020 mehr Menschen gestorben sein werden als in den Vorjahren. Kann das das einzige Kriterium sein? Was ist mit dem wirtschaftlichen Tod, der viele treffen wird? Was ist mit dem sozialen Tod, der sozialen Isolierung alter Menschen, die von ihren Familien nicht mehr besucht werden dürfen? Fragen über Fragen.

In der neuesten und aktuellen Stellungnahme des Deutschen Ethikrates lese ich, mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich:

... viele der befürchteten politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Begleiterscheinungen insbesondere restriktiver Infektionsschutzmaßnahmen [sind] bereits eingetreten. Es ist deshalb ethisch wie rechtlich geboten, dass die Verhältnismäßigkeit von Restriktionen kontinuierlich epidemiologisch sowie normativ evaluiert und Maßnahmen zielgenau und beschränkt eingesetzt werden.

Das ist genau das, wovon ich rede, wenn ich sage und frage: Ist das, was getan wird, das Richtige, um das, was zu tun ist, zu erreichen?

Es ist beileibe nicht nur die AfD, die hier zweifelt und nachhakt und eben deswegen die parlamentarische Initiative zurückgewinnen will über das, was hier bisher nur verordnet wurde. Es ist mittlerweile auch eine Organisation, die nicht unbedingt im Ruf steht, von der AfD infiltriert zu sein, nämlich die WHO, die Weltgesundheitsorganisation, deren Regionaldirektor für Europa vorgestern in Kopenhagen erklärt hat, und ich darf erneut zitieren:

... wir alle wissen, dass ein vollständiger Lockdown die Nachfrage nach Angeboten der psychischen Gesundheitsversorgung stark erhöhen und eine Zunahme der häuslichen Gewalt bewirken wird; gleichzeitig ist eine Abnahme der Versorgung chronisch Kranker in Krankenhäuser zu erwarten, sodass die Zahl der vorzeitigen Todesfälle aufgrund dieser Erkrankungen steigen wird.

Die indirekten Auswirkungen auf Menschen, die in finanzielle Not geraten und auf soziale Maßnahmen angewiesen wären, würden weitere ökonomische Folgen nach sich ziehen und die zur wirtschaftlichen Erholung notwendige Zeit verlängern. Angesichts dieser Realitäten halten wir landesweite Lockdowns für ein letztes Mittel, da

dabei auf die immer noch bestehende Möglichkeit verzichtet würde, alle Bürgerinnen und Bürger in grundlegende und wirksame Maßnahmen einzubeziehen.

– Zitat Ende. – Es ist unsere Pflicht als Opposition, auf diese Bedenken hinzuweisen, ohne Schaum vor dem Mund, ganz rational.

[Beifall bei der AfD]

Jetzt geht es hier um das Verfahren, wie wir diese Debatte zurück ins bzw. überhaupt erst ins Parlament holen. Unser Antrag beschäftigt sich nämlich mit der Frage: Wie und mit welchem Gremium ist die tatsächliche Debatte möglich? – Die letzten Monate haben gezeigt und damit bewiesen, die Überweisung der vom Senat verabschiedeten Infektionsverordnungen an die Fachausschüsse ist es nicht. Sie kommen gar nicht auf die Tagesordnung, weil die eigentlichen Fachthemen sie dort verdrängen. Sie jetzt mir nichts dir nichts einfach in den Hauptausschuss zu überweisen, kann es auch nicht sein, denn Haushalter sind zwar am Ende immer wichtig, aber auch nicht weiser als andere. Darum sehen wir in der Schaffung eines Coronasonderausschusses das richtige Gremium, in den die Fraktionen ihre dafür am besten geeigneten Leute schicken können, um die hier angerissenen Fragen konzentriert und ergebnisorientiert zu diskutieren. Nur ein ständiger Sonderausschuss, der sich hierauf konzentriert, wäre und ist in der Lage, auf die sich jeweils ändernde Lage schnell und angemessen zu reagieren,

[Sebastian Czaja (FDP): Das Plenum ist der ständige Sonderausschuss!]

denn die Exekutive ändert ihre Position im Einklang mit der jeweiligen Bundesregelung quasi im 14-Tagesrhythmus auch. Ich möchte mal sehen, wie sich der Hauptausschuss dann zusätzlich in jeder Sitzung damit befassen soll. Ich denke, mit den coronabedingten Nachträgen zu den Haushalten hat er aus unserer Sicht genug zu tun.

Ich denke, und das ist eine Lehre, die zumindest wir als AfD ziehen, wir werden lernen müssen, mit dem Virus zu leben,

[Beifall bei der AfD]

ohne es als gesellschaftlichen Haupt- oder Todfeind politisch zu instrumentalisieren, gegen das am Ende dann jedes Mittel recht ist. Wir sagen dagegen: Demokratie und Freiheit sind für uns nicht verhandelbar.

[Beifall bei der AfD]

Die Befürchtung, dass die Bürger das Gefühl bekommen, Herr Regierender Bürgermeister, hier wird ein Phänomen benutzt, um ganz andere Ziele zu erreichen, diese wachsende Befürchtung müssen Sie den Menschen nehmen. In Deutschland sind die Menschen überwiegend brav und obrigkeitshörig. Anderswo in Europa, in Italien, Spanien, Frankreich, brennt schon die Hütte.

**(Frank-Christian Hansel)**

[Heiko Melzer (CDU): Wo anders meinen Sie denn?]

Übertreiben Sie es nicht! Nehmen Sie die Menschen mit, vor allem die, die oftmals die inkohärenten, in sich widersprüchlichen und nicht nachvollziehbaren Maßnahmen, die wir in unserem Änderungsantrag benennen, nicht mehr verstehen. Unterstützen Sie jenseits parteitaktische Spielchen unseren in dieser Sachlage richtigen Antrag.

[Beifall bei der AfD]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Es folgt für die AfD-Fraktion der Herr Abgeordnete Trefzer. – Bitte schön!

**Martin Trefzer (AfD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kittler! Lassen Sie mich zunächst mit einem verfahrenstechnischen Hinweis einsteigen: Wenn Sie mit der Schließung der Kultureinrichtungen in Berlin nicht einverstanden sind, bringen Sie bitte einen Änderungsantrag hier in dieses Haus ein oder stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, aber tun Sie nicht so, als ginge Sie das nichts an und das wäre die Angelegenheit der Bundesebene. Das ist nämlich unsere Angelegenheit hier in diesem Haus.

[Beifall bei der AfD]

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis auch an den Regierenden Bürgermeister: Der Ministerpräsident von Thüringen war vielleicht nicht ganz schlecht beraten, als er am Ende der Ministerpräsidentenkonferenz einen Vorbehalt formuliert hat, als er nämlich gesagt hat: Ich kann dem nur zustimmen, nachdem meine entsprechenden Parlamentsgremien damit befasst waren. Das wäre vielleicht auch für Berlin ganz sinnvoll gewesen.

[Beifall bei der AfD –  
Zuruf von Stefan Förster (FDP)]

Lassen Sie mich die Ausführungen meines Kollegen Hansel an der einen oder anderen Stelle ergänzen, insbesondere im Bereich Kultur. Das Diktum der Kanzlerin bei ihrer Aufzählung der Lockdownmaßnahmen am Donnerstag im Bundestag, wo sie sagte: Kulturveranstaltungen wird es nicht geben, hat die Kultur in Deutschland und Berlin bis ins Mark getroffen. Das Entsetzen bei Künstlern, Kulturschaffenden, Mitarbeitern der Kultur- und Veranstaltungsbranche ist auch drei Tage danach noch mit Händen zu greifen. Der Bundesverband Schauspiel hat bereits erklärt, dass ein kultureller Kahlschlag ohne Beispiel die Folge sein werde. Gerade viele kleine und nicht öffentlich geförderte Häuser würden diesen erneuten und völlig unnötigen Schlag vor den Bug nicht überleben.

[Zuruf von Stefan Förster (FDP)]

Theater nun zu schließen, obwohl sie kein Risiko darstellen, sei weder sinn- noch maßvoll. – Die Entscheidung

der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten zeugt von einer bislang nicht für möglich gehaltenen Gering-schätzung unserer kulturellen Einrichtungen. Die Tatsache, dass Theater, Opern und Konzerthäuser allen Ernstes von den obersten Repräsentanten unseres Staates mit Spielhallen und Bordellen als Freizeitvergnügungen auf eine Stufe gestellt wurden, hätte eigentlich im Land Goethes und Schillers zu einem Schrei der Entrüstung führen müssen.

[Beifall bei der AfD –  
Frank-Christian Hansel (AfD): Bravo!]

Dass viele Theater und Betriebe in Hygienekonzepte und Lüftungsanlagen investiert haben, hat ihnen ebenso wenig geholfen wie die Unterstützungserklärung führender Virologen wie zum Beispiel von Prof. Willich von der Charité, der gar von einem Affront gegen die Kulturschaffenden sprach. Dabei ist die Stilllegung des Kulturbetriebs bis heute durch kein vernünftiges Argument gedeckt. Keine medizinische Studie legt sie nahe. Im Gegenteil: Noch am Donnerstag hat ein Forschungsteam der Hallenser Universitätsmedizin gezeigt, wie auch größere Veranstaltungen problemlos möglich gemacht werden können. Die Schließung der Bühnen wird von den Betroffenen daher verständlicherweise als reine Willkürmaßnahme ohne wissenschaftliche Evidenz, ohne Sinn und Verstand betrachtet. Aber in Coronazeiten steht offenbar nicht nur im Bereich Kunst und Kultur die rationale Güterabwägung nicht sehr hoch im Kurs, das Spiel mit der Angst dagegen umso mehr. Dabei ist Angst ein denkbar schlechter Ratgeber, wie wir alle wissen. Angst kann Menschen dazu bringen, ihre Freiheit Stück für Stück gegen vermeintliche Sicherheit einzutauschen. Dabei kann es hundertprozentige Sicherheit niemals geben. So sehr der Wunsch nach Eindeutigkeit, nach Sicherheit, nach unbeeinträchtigter Gesundheit verständlich ist, so sehr gefährdet er unsere freiheitliche Gesellschaft, wenn er absolut gesetzt wird.

[Beifall bei der AfD]

Nur der Rechtsstaat, das Grundgesetz und die Wahrung der demokratischen Institutionen schützen uns vor dem willkürlichen Maßnahmenstaat und der Hysterisierung von Politik. Deswegen dürfen wir uns nicht an Grundrechtseinschränkungen gewöhnen, so maßvoll sie auch auf den ersten Blick daherkommen mögen. Nur wenn wir es schaffen, eine nüchterne und ehrliche Güterabwägung vorzunehmen, statt mit Ängsten Politik zu machen, werden wir unserem Anspruch als Repräsentanten des Volkes gerecht.

[Beifall bei der AfD]

Eine Gesellschaft, die eine vollständige Disziplinierung, eine vollständige Kontrolle über das Virus anstrebt, wird totalitär. Die vollständige Kontrolle des Coronavirus kann daher kein vernünftiges Ziel von Politik sein. Dort, wo sie dennoch angestrebt wird, führt der Weg weg von den freiheitlich-demokratischen Grundlagen unseres Staates. Man muss kein Hellseher sein, um zu sehen, dass

**(Martin Trefzer)**

Corona bereits jetzt genutzt wird, um unter dem Deckmantel der Coronabekämpfung das Koordinatensystem der Bundesrepublik Deutschland immer weiter zu verschieben.

[Beifall bei der AfD]

Die soziale Marktwirtschaft ist schon jetzt kaum wiederzuerkennen. In rasendem Tempo geht die Schussfahrt Richtung Staatsfetischismus, Überregulierung und Umverteilung.

[Beifall bei der AfD –  
Lachen bei der SPD]

So wurde die Coronakrise zum Einfallstor für die Ausweitung der unverantwortlichen und unsozialen Geldpolitik der EZB und für neue Formen vertragswidriger Umverteilung innerhalb der EU.

[Beifall bei der AfD]

Auch bei der Verschuldung von Bund und Ländern sind die letzten Hemmschwellen gefallen. Die wachsenden Schuldenberge beschneiden schon jetzt massiv die Zukunftschancen zukünftiger Generationen. Dabei geht es längst nicht mehr um vorübergehende Hilfestellungen, sondern um einen Umbau unserer sozialen Marktwirtschaft zu einer im besten Fall staatskapitalistischen, im schlimmsten Fall protozialistischen Form der Wirtschaftslenkung.

[Beifall bei der AfD –  
Unruhe bei der SPD]

Das sind selbstverschuldete Auswirkungen von Corona, die uns nicht weniger besorgen müssten als das Virus selbst. Wir müssen langsam aufpassen, dass wir nach Corona nicht in einer anderen Republik aufwachen.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos) –  
Bravo! von der AfD]

Deswegen brauchen wir jetzt umso mehr eine Coronastrategie, die mit den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Einklang steht, und keinen Vierwochenaktivismus, mit dem wir unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Kultureinrichtungen aufs Spiel setzen.

Die Vorstellung allein: Jetzt noch vier Wochen Lockdown, und dann wird alles gut! – ist an Einfältigkeit nicht zu überbieten.

[Beifall bei der AfD –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Was machen Sie denn, Herr Regierender Bürgermeister, wenn Weihnachten vor der Tür steht und sich die Lage nicht wesentlich entspannt hat? Ein Lockdown kann immer nur die Ultima Ratio sein, und Corona wird uns mit Sicherheit auch noch im Dezember und im kommenden Jahr beschäftigen. Deswegen ist es unverantwortlich, dass Sie jetzt Weihnachten als neues Framing ausgemacht

haben und mit Weihnachten wedeln, um den Lockdown durchzusetzen. Umso größer werden die Ernüchterung und die Enttäuschung der Berliner sein, wenn die Fallzahlen im Dezember hoch bleiben.

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Isenberg?

**Martin Trefzer (AfD):**

Nein, ich möchte im Zusammenhang ausführen. – So tragen Sie schon jetzt, Herr Regierender Bürgermeister, absehbar zur Demoralisierung der Bürger in dieser Stadt bei.

Was Berlin braucht, ist kein kurzfristiger Aktionismus, sondern es sind mittel- bis langfristig tragfähige Lösungen, die die Menschen nachvollziehen können. Nur so können wir die Berliner auch von einzelnen Einschränkungen überzeugen. Aber wir können unsere Stadt nicht auf Dauer lahmlegen. Deswegen appelliere ich an Ihre Vernunft: Stellen Sie die angekündigten Maßnahmen noch einmal auf den Prüfstand! Alle Anstrengungen müssen jetzt auf die Risikogruppen konzentriert werden. Die von Ihnen vorgeschlagenen darüber hinausgehenden Maßnahmen sind zum Großteil nicht nur nicht notwendig, sie sind auch nicht sinnvoll, da sie unverhältnismäßig und zum Teil sogar kontraproduktiv sind. Hören Sie endlich auf, wie schon in der Euro-Rettungspolitik und der Klimapolitik den Menschen Angst zu machen und ihnen einzureden, es gebe keine sinnvolle Alternative zu Ihrer Politik,

[Beifall bei der AfD]

denn es gibt vernünftige Alternativen zur Schließung von Theatern, Opern und Konzerthäusern, Gaststätten, Restaurants, Sportplätzen und vielen anderen Einrichtungen!

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Kommen Sie bitte zum Ende der Rede! Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Martin Trefzer (AfD):**

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin! – Es gibt eine Alternative zum Auszehren der Kultur und dem massenhaften Sterben unzähliger Betriebe in dieser Stadt. Es gibt eine Alternative zum Lockdown. Diese Alternative liegt Ihnen in Form unseres wohlhabgewogenen Änderungsantrags zu den aktuellen Verordnungen vor. Es ist eine Alternative für Deutschland.

[Lachen bei der LINKEN]

Stimmen Sie unserem Antrag zu, und geben Sie den Berlinern die Hoffnung zurück! – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



[Beifall bei der AfD]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beginnt Herr Abgeordneter Wesener. – Sie haben das Wort, bitte!

**Daniel Wesener (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Trefzer! Wenn man Ihnen zuhört, dann fragt man sich, wo die AfD-Fraktion in den letzten Monaten eigentlich war.

[Ronald Gläser (AfD): Hier!]

Ich will wie der Kollege Schneider an die Plenarsitzung vom 14. Mai erinnern. Da habe ich mich wie folgt eingelassen:

Ich finde, in einer parlamentarischen ... Parteidemokratie muss es ein Störgefühl auslösen, wenn eine Bundeskanzlerin und 16 Ministerpräsidentinnen Woche für Woche Entscheidungen treffen, die weitreichende Konsequenzen für jeden von uns haben, einschließlich der temporären Einschränkung von Grundrechten.

Dieses Störgefühl ist geblieben und seitdem bei vielen Menschen größer geworden. Sie fragen immer lauter nach der demokratischen Debatte und der parlamentarischen Kontrolle. Es ist deshalb gut, dass wir heute zusammenkommen, denn es zeigt, dass das Abgeordnetenhaus von Berlin weiß, was seine Aufgabe ist, und das ist an allererster Stelle, als Haus der demokratisch gewählten Repräsentanten der Menschen in dieser Stadt Ort der gesellschaftlichen Debatte und der demokratischen Meinungsbildung zu sein.

Herr Pazderski – Sie sind jetzt leider draußen –, wenn Sie heute einerseits behaupten, die Kanzlerin habe den Lockdown quasi im Alleingang durchgedrückt, und andererseits sagen, dass das alles hier, die Sitzung eines frei gewählten Parlaments, eine reine Showveranstaltung ist, dann zeigt das, wie doppelzünftig Sie unterwegs sind.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Aber es gibt noch eine zweite Aufgabe dieses Parlaments, nämlich die der parlamentarischen Kontrolle der Exekutive einschließlich der Möglichkeit, dieser klare Vorgaben für ihr Handeln zu machen und damit auch unmittelbar Verantwortung zu übernehmen. Eben diese Erwartung steckt in der Forderung vieler in unserer Gesellschaft, das Parlament möge bei der Pandemiebewältigung stärker beteiligt werden.

Grundsätzlich, so scheint mir, reden wir über mindestens drei Möglichkeiten und Wege einer besseren Beteiligung des Parlaments an den Infektionsschutzmaßnahmen, wie sie in den vergangenen Monaten durch Verordnungen der

Exekutive auf Grundlage von § 32 Infektionsschutzgesetz des Bundes erfolgt sind.

Da sind erstens die Rechte und Instrumente, die uns als Mitgliedern und Fraktionen im Abgeordnetenhaus bereits heute, Herr Pazderski, zur Verfügung stehen. Anders als in manch anderen Bundesländern muss der Senat nach Artikel 64 der Berliner Verfassung über von ihm erlassene Rechtsverordnungen in Form einer Mitteilung – zur Kenntnisnahme – unterrichten, sprich: diese den Abgeordneten vorlegen, und das, wie es in unserer Landesverfassung heißt, „unverzüglich“. Jede Fraktion oder eine Gruppe von mindestens zehn Abgeordneten kann diese Mitteilung an den zuständigen Ausschuss überweisen. Nach unserer Geschäftsordnung steht es übrigens auch jeder und jedem einzelnen Abgeordneten frei, zu einer solchen Vorlage den Senat schriftlich zu befragen – einschließlich einer verbindlichen Antwortfrist von zwei Wochen.

Von viel entscheidenderer Bedeutung dürfte in unserem Zusammenhang aber die parlamentarische Möglichkeit sein, auf die exekutiven Verordnungen in der Sache Einfluss zu nehmen. Die ist ebenfalls in unserer Geschäftsordnung festgeschrieben, und zwar in § 32 Abs. 5. Demzufolge kann ein Ausschuss empfehlen, Rechtsverordnungen aufzuheben oder zu ändern. Das Abgeordnetenhaus kann sich dem als Ganzes anschließen und damit ein entsprechendes Ersuchen an den Senat richten. Was kompliziert klingt und etwas umständlich wirken mag, hat dieses Haus unlängst schon einmal erfolgreich praktiziert. Ich erinnere hier an die Beschlussfassung des Rechtsausschusses vom 18. Mai anlässlich der Debatte um die pandemiebedingte Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Und ich erinnere an das Ergebnis dieser parlamentarischen Intervention. Der Senat hat seine Verordnung entsprechend angepasst und das stante pede,

[Marc Vallendar (AfD): Und sie dann gleich wieder geändert!]

will heißen, das Abgeordnetenhaus von Berlin war und ist angesichts der Coronabeschlüsse des Senats, auch wenn sie auf einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz beruhen, keineswegs zu einem reinen Zaungastdasein und zu politischer Untätigkeit verdammt. Wer dergleichen behauptet, kennt weder die Berliner Verfassung noch die Geschäftsordnung dieses Hauses, geschweige denn seine eigenen Abgeordnetenrechte, oder er will vorsätzlich und instrumentell den Eindruck erwecken, hier würden Demokratie und Parlamentarismus zugunsten einer imaginären „Coronadiktatur“ ausgehebelt. Ich würde mir wünschen, dass wir alle gemeinsam dergleichen Desinformation und Antiestablishmentrhetorik entgegenreten, denn die ist verantwortungslos und brandgefährlich.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

**(Daniel Wesener)**

Es gibt einen zweiten Weg, der uns als Abgeordnetenhaus auch jederzeit offensteht. Dafür braucht es keine Bezugnahme auf unsere Landesverfassung oder Geschäftsordnung, denn es das Grundgesetz selbst, das in seinem Artikel 80 Abs. 4 vorsieht, dass Rechtsverordnungen der Länder, die auf Bundesgesetzen fußen, in landesgesetzliche Regelung überführt werden können.

Es spricht in meinen Augen viel dafür, dass die bisherige demokratische Legitimation der Coronamaßnahmen hinter dem zurückbleibt, was in der aktuellen Lage vonnöten ist, denn dazu sind die exekutiven Entscheidungen in Bund und Ländern viel zu weitreichend und einschneidend. Gleichwohl sind Zweifel angebracht, ob eine Überführung sämtlicher Regelungsinhalte der geltenden Infektionsschutzverordnung in ein Landesgesetz richtig und funktional wären.

Wir diskutieren heute bekanntlich über die Zehnte Änderungsverordnung zur bestehenden Infektionsschutzverordnung. Im Frühjahr und Sommer gab es zusätzliche elf Änderungsverordnungen zur damals geltenden Eindämmungsverordnung, ganz zu schweigen von weiteren Einzelverordnungen und den zahllosen Hygienekonzepten der unterschiedlichen Fachverwaltungen. In einer Pandemie, in der sich das Infektionsgeschehen ebenso wie die Notwendigkeit, ihm durch konkrete Maßnahmen zu begegnen, als dermaßen dynamisch erweist, dürfte deshalb eine solche Rechtsetzung rasch an ihre Grenzen stoßen, zumal die durch das Bundes- und Verfassungsgericht auch inhaltlich gezogen sind.

Umgekehrt braucht es die Diskussion darüber, ob eine gesetzliche Implementierung nicht zumindest mit Blick auf besonders relevante Einzelmaßnahmen naheliegend oder gar zwingend erscheint, sei es, um die notwendige Rechtssicherheit zu gewährleisten, sei es zugunsten einer stärkeren demokratischen Legitimation und öffentlichen Beteiligung.

Um die zu erreichen, tut sich auch ein dritter Weg auf. Der besteht in der landesgesetzlichen Einhegung und Konditionierung der Art und Weise, wie Infektionsschutzverordnungen auf Landesebene zustande kommen bzw. Rechtskraft erlangen. Ich meine damit etwa die Möglichkeit, die Geltung der Verordnungen an die Zustimmung des Parlaments zu binden oder sie zeitlich zu limitieren, also zu befristen.

Ferner besteht die Möglichkeit, Verordnungsinhalte bestimmten Kriterien bzw. Voraussetzungen zu unterwerfen, sei es der Aspekt der Verhältnismäßigkeit und Gleichbehandlung oder die Verpflichtung auf evidenzbasierte Verfahren. Die FDP hat mit ihrem heutigen Antrag einen Versuch dieser Art unternommen. In solchen Fällen wäre das Abgeordnetenhaus zwar nicht der Verordnungsgeber, aber zwingend daran zu beteiligen als Ort der Debatte und der finalen Entscheidung. Auch dieser Weg

scheint mir einer Diskussion in diesem Parlament wert, zumal andere Landtage in diesem Sinne ebenfalls tätig geworden sind oder tätig werden. Auch eine solche Gesetzesinitiative und parlamentarische Praxis bedeutet letztlich ein Mehr an Verantwortung für dieses Haus und – da gibt es kein Vertun – ein Mehr an Verantwortung für uns alle.

Um es ganz plastisch zu machen, ein Parlament, das dergleichen Kompetenzen für sich reklamiert, muss dies nicht nur an einem Sonntag im Jahr beweisen, sondern vermutlich häufiger.

[Stefan Förster (FDP): An jedem Sonntag!]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Dieses Parlament weiß um seine Verantwortung der Coronakrise und dass uns diese Verantwortung auch niemand abnehmen kann. Wir versuchen, dem gerecht zu werden und bitten dabei um Ihre Unterstützung. Gemeinsam können und werden wir diese Pandemie besiegen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

**Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:**

Als zweite Rednerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort vor Abgeordnete Ludwig. – Bitte!

**Nicole Ludwig (GRÜNE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Stunden war es soweit. Der BER hat eröffnet, aber keinen interessiert es, keiner schaut hin, fast niemand fliegt. Was für eine bittere Ironie! Niemand kommt mehr in unsere Stadt, um die weltweit gelobten innovativen Gastronomiekonzepte zu bewundern. Die gerühmte Clubszene, Magnet und Vorbild weit über Europas Grenzen hinaus, ist seit Monaten stillgelegt. Spitzensportereignisse finden, wenn überhaupt noch, nur ohne Zuschauer statt. International anerkannte und geschätzte Galerien, Museen, Theater und Kinos, alles muss ruhen. Berlin ist nicht mehr Berlin.

Die Dramatik, in der wir uns aufgrund der gefährlichen Verbreitung von Corona befinden, haben meine Vorrednerinnen und Vorredner bereits ausgeführt. Alle Teile der Gesellschaft sind jetzt gefordert, mit Zusammenhalt und Stärke zu reagieren. Mich hat es sehr berührt, als im Frühjahr eine Welle der Solidarität vielen Gastwirtinnen und Gastwirten, vielen Händlern und Händlerinnen über die ersten schweren Wochen half. Wir sollten diese Kraft gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nun ein zweites Mal aufbringen.

Sie können mir glauben, ich verstehe manchen Unmut, manches Unverständnis über die Maßnahme nur zu gut.

**(Nicole Ludwig)**

Warum soll ich mein Restaurant schließen, wo wir doch so viel getan haben, um die Hygienebestimmungen einzuhalten?, fragt die Gastronomie. Es ist kein Fall bekannt, dass eine Sportschule als Infektionsherd diente, sagen mir die Sportlerinnen. Wir haben die besten Lüftungsanlagen im Kino und Theater, es kann nichts passieren, höre ich aus der Veranstaltungsbranche.

Als Sportpolitikerin habe ich in den letzten Wochen vielerorts erlebt, mit welch außergewöhnlichem Engagement Trainings- und Spielbetrieb unter Coronabedingungen für täglich Tausende Berlinerinnen und Berliner ermöglicht wurde. Dem gebührt unser aller Dank.

[Marc Vallendar (AfD): Indem Sie jetzt schließen dürfen!]

Das sage ich insbesondere auch in Richtung der vielen Ehrenamtlichen. Natürlich bin ich mir bewusst, welch Schock es nun war, insbesondere mit Blick auf den Kinder- und Jugendsport, jetzt erneut schließen zu müssen. Trotzdem ist es uns gelungen, gemeinsam wenigstens Kindern bis zwölf Jahren noch Sport, wenn auch im Freien, zu ermöglichen. Gut, dass wir als Koalition auf die Öffnung des Rettungsschirms Sport gedrängt haben. So werden jetzt Kosten für Hygienemaßnahmen, etwa Umkleidezelte, die jetzt im November dringend gebraucht werden, zu 100 Prozent erstattet.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Beifall von Daniel Buchholz (SPD) und  
Frank Zimmermann (SPD)]

Auch in der Gastronomie haben sich viele Berlinerinnen und Berliner über das Maß hinaus engagiert, um im Herbst und Winter den Menschen unserer Stadt noch etwas Lebensqualität zu bieten, wenn auch mit eingeschränktem Betrieb, teils wirklich nur noch zur Kundenbindung und weiter auf Verlust fahrend. Die Hoffnung bestand zu Recht nach einem langen Sommer mit im internationalen Vergleich sehr geringen Infektionszahlen. Die Maßnahmen der verantwortungsvollen Unternehmen und Vereine haben geholfen, dass wir heute nicht noch schlimmer dastehen. In Summe reicht das aber nicht. Es ist anders gekommen als erhofft.

Besonders verhängnisvoll ist die hohe Zahl der Fälle, deren Infektionsherd nicht nachweisbar ist. Bei über 75 Prozent der Fälle wissen wir nicht, wo die Ansteckung erfolgte, vielleicht doch im gut belüfteten Kino, im Restaurant oder nach dem Sport? Was wir wissen ist, dass die Kontakte die Treiber der Pandemie sind. Deswegen sind die aktuell getroffenen Maßnahmen notwendig und verhältnismäßig, so bitter sie für den Einzelnen, für die Kultur, für die Gastronomie, den Tourismus und den Sport sind.

Um eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern, müssen wir uns neben gegenseitiger Hilfestellung, Solidarität und schon stattgefundenen Bemühungen jetzt auf drei Dinge konzentrieren und erstens die beschlossenen

Einschränkungen bis Ende November konsequent durchziehen, zweitens Unternehmen und Menschen, die durch Geschäftsschließungen direkte oder auch indirekte finanzielle Einbußen erleiden, mit unbürokratischen und schnellen Hilfen umfassend unterstützen und drittens die Zeit nutzen, um Strategien zu erarbeiten, wie schrittweise das gesellschaftliche Leben bei hoffentlich sinkenden Infektionszahlen auch wieder hochgefahren wird.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und  
der LINKEN]

Essenziell für die weitere Akzeptanz der notwendigen Einschränkungen ist die Sicherung der Existenz jedes Einzelnen, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von Selbstständigen gleichermaßen, dass deren Einnahmeverluste kompensiert werden, die sie zum Schutz der Allgemeinheit hinnehmen. Das muss künftig solidarisch von der gesamten Gesellschaft getragen werden; besser als bisher.

Berlin hat mit seinen unbürokratischen und schnellen Soforthilfen schon 270 000 Unternehmen und Soloselbstständigen über die schwierige Anfangszeit geholfen. Dies hat auch Tausende Arbeitsplätze gesichert. Darauf können wir alle stolz sein.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Es folgen noch weitere eigene Programme, am Montag die Digitalprämie oder die Zwischenfinanzierung für die Modebranche, nur als Beispiele genannt.

Aber auch der Bund ist in der Pflicht. Ein Land, das Milliarden dafür ausgibt, eine Fluggesellschaft zu retten, muss auch in der Lage sein, Branchen wie Gastronomie und Kultur sicher durch die Krise zu bringen. Es dürfen nicht mehr einzelne Betroffene ihre Umsätze oder gar ihre Rücklagen opfern müssen. Daher muss diese nächste Pandemiestufe ergänzt werden durch die nächste Stufe der Solidarität. Es dürfen die, die bisher schon in der Luft hingen, nicht erneut allein gelassen werden.

Hilfen für Unternehmen müssen so gestaltet werden, dass sie auch wirklich ankommen. Das war schon in der ersten Phase der Pandemie ein von der Bundesregierung ignoriertes Problem. Immerhin: Jetzt hat die Bundesregierung eine schnelle Nothilfe angekündigt. Es wurde schon erwähnt: Von der Schließung im November geschädigte Unternehmen und übrigens auch Vereine sollen 75 Prozent des Umsatzes des Vorjahresmonats als pauschale Kompensation erhalten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es kommt natürlich auf die Ausgestaltung im Detail an. Für mache Unternehmerinnen und Unternehmer dürfte der Vormonat oder ein Jahresdurchschnitt passender sein. Das Verfahren braucht dazu entsprechende Flexibilität, und wir brauchen es schnell und vor allem unbürokratisch.

**(Nicole Ludwig)**

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Das gilt insbesondere für Soloselbstständige. Es ist unsäglich, dass die Bundesregierung deren Nöte so lange ignoriert hat und sie entweder umständlich ALG II beantragen mussten oder ihre Ersparnisse auflösen. Das muss ein Ende haben, und daher werden wir Herrn Altmaier ganz genau auf die gucken, ob er seine Ankündigung, jetzt einen Unternehmerinnen- und Unternehmerlohn einzuführen, auch umsetzt. Ich hoffe, liebe Kolleginnen der CDU-Fraktion, dass Sie da auch genau hingucken.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Auch werden Vermieterinnen und Vermieter nach wie vor nicht angemessen an den Folgen der Krise beteiligt. Mindestens erwarten wir die Wiedereinführung des Kündigungsschutzes. Berlin hat eigene ergänzende Maßnahmen ergriffen; so erhalten beispielsweise Bars, die von der Sperrstunde besonders betroffen sind, einen Zuschuss von 3 000 Euro zu den Mieten. An dieser Hilfe werden wir auch weiter festhalten.

Wir müssen die Zeit jetzt sinnvoll nutzen, um Strategien für Wirtschaft, Sport und Kultur und andere Bereiche zu erarbeiten, wie schrittweise mit dem Virus gesellschaftliches Leben wieder ermöglicht werden kann. Es gilt dabei, einen erneuten unkoordinierten Wettlauf darum zu vermeiden, wer oder was als Erstes wieder öffnen kann. Wir brauchen eindeutige Maßstäbe und eine kluge Priorisierung.

Den Unmut und die Skepsis aus Teilen der Bevölkerung müssen wir uns alle zu Herzen nehmen. Von existenziellen Bedrohungen von Unternehmen, Soloselbstständigen und Vereinen zu hören, stimmt mich persönlich sehr nachdenklich. Wir werden alles versuchen, damit dies nur wenige trifft. Gleichzeitig sind aber rund 10 000 Todesfälle im Zusammenhang mit dem Virus extrem besorgniserregend. Der Schutz von Menschenleben stellt in unserem Grundgesetz richtigerweise einen indiskutables und indisponibles Rechtsgut dar. Daher, liebe Anwesende, bleiben Sie gesund und lassen Sie uns diese schwierigen Zeiten gemeinsam meistern! – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und  
der LINKEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Für die FDP-Fraktion folgt jetzt Herr Kollege Fresdorf.

**Paul Fresdorf (FDP):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Liebe Nachbarn! Als zu Beginn dieses Jahres das Coronavirus über uns hereinbrach, begann für wahr die Stunde der Exekutive. Wir alle wussten nicht, wie mit so einer Situation umzugehen ist,

wir alle waren neu auf dem Gebiet der Pandemiebekämpfung. So mussten wir auch gemeinsam lernen, was es bedeutet, mit einer solchen Pandemie umzugehen.

Zu diesem Zeitpunkt wusste keiner so richtig: Welche Maßnahme wird eine wirksame Maßnahme sein? Welche Maßnahme ist eine verhältnismäßige Maßnahme? – Man musste auf Sicht fahren. Wir haben diese Prozess konstruktiv begleitet und haben die Maßnahmen, die ergriffen wurden, mitgetragen. So wurden Schulen geschlossen, das öffentliche Leben runtergefahren, und wir haben einen Lockdown in dieser Stadt erlebt, wie ihn Berlin als Stadt der Freiheit so lange nicht mehr erlebt hatte.

Das war vor über einem halben Jahr. Über ein halbes Jahr hatten wir Zeit, uns die Situation genau anzuschauen. Wir hatten Zeit, Erfahrungen zu sammeln, wir hatten Zeit zu überlegen: Was sind verhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte? Was ist noch angemessen? Wo muss ich als Staat die Grenze auch für mein Handeln setzen? – Dies war die Aufgabe, die Sie, Herr Regierender Bürgermeister, mit Ihrem Senat zu übernehmen hatten. Sie hatten ein halbes Jahr oder mehr Zeit zu überlegen: Wie muss ich Maßnahmen ausgestalten, damit sie vielleicht auch eine Perspektive ermöglichen, dass ich nicht nur auf Sicht fahre, sondern dass ich einen Plan entwickle?

Gut, nun sagt ein altes Sprichwort: Willst du Gott zum Lachen bringen, dann mache einen Plan und erzähle ihm davon. – Aber ein Plan ist das, was wir von Ihnen erwarten, Herr Regierender Bürgermeister; ein Plan, der Verlässlichkeit für diese Stadt ermöglicht.

[Beifall bei der FDP]

Nun sind die Zeiten vorbei, wo man über Ad-hoc-Maßnahmen reden sollte und sich immer wieder aufgeregt und hektisch in Runden trifft und ganz schnell entscheidet, was nun, jetzt, auf einmal notwendig ist. Man hatte Zeit zu planen, und man wäre als vernünftiger Mensch auch bereit, dies zu tun in einer solchen Phase und muss es auch tun, denn dazu verpflichtet uns unser Mandat: in die Zukunft zu schauen und zu versuchen, das Leben der Menschen besser zu machen. – Das haben Sie, Herr Regierender Bürgermeister, in Ihrer Rede ja auch gesagt: dass es Ihr Anspruch als Politiker war und ist, das Leben in der Zukunft positiv zu gestalten. Das müssen wir auch in der Pandemiebekämpfung tun. Wir müssen nun endlich aufhören, auf Sicht zu fahren. Wir müssen dahin kommen, dass parlamentarische Mechanismen auch wieder greifen. Mit parlamentarischen Mechanismen meine ich nicht das dämliche Rumgegröle von Herrn Lindemann bei der Rede des Regierenden Bürgermeisters. Parlamentarische Mechanismen sind, dass wir als Parlament, als Vertreter der Berlinerinnen und Berliner uns dazu treffen müssen, darüber sprechen müssen, diskutieren müssen und um Meinungen streiten, um den besten Weg zu finden, unsere Stadt durch diese Krise zu bekommen.

**(Paul Fresdorf)**

[Beifall bei der FDP]

Wir machen heute einen Anfang, denn es ist tatsächlich ein großer Tag für den Parlamentarismus, wenn man so sagen will, dass wir das erste Mal, seitdem wir uns in dieser Pandemielage befinden, vor der Verabschiedung einer Verordnung über sie diskutieren – das erste Mal. Ist es wirklich ein großer Tag? Oder ist es nicht eher traurig, dass es so ist?

Ist unser Selbstverständnis als Parlament wirklich das, dass wir immer nur post mortem mit diesen Verordnungen beschäftigen, oder ist es nicht unser Anspruch zu gestalten und Perspektiven zu schaffen?

[Beifall bei der FDP]

– Vielen Dank! – Unser Anspruch als Freie Demokraten ist genau dieser: Perspektiven zu schaffen und ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren für diese Grundrechtseingriffe, wie sie in einer Breite und Tiefe noch nie vorgekommen sind, ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren zu schaffen, weshalb wir Ihnen heute unseren Gesetzentwurf als dringlichen Antrag vorgelegt haben. Somit ist es heute besonders gut, dass wir diese Sitzung haben, denn wir befinden uns in der ersten Lesung unseres Gesetzes zur Beteiligung des Parlamentes und zum Schutz von Grundrechten im Fall von Maßnahmen nach §§ 28 bis 31 Infektionsschutzgesetz.

Wir freuen uns darauf, dieses Gesetz so schnell wie möglich mit Ihnen in den Ausschüssen zu beraten, denn wir sind der Auffassung, dass es ganz entscheidend ist, dass wir als Parlamentarier die Maßnahmen ausgestalten und bestimmen, die dazu geeignet sind, diese Pandemie zu bekämpfen, und die diesen Grundrechtseingriffen dann auch eine parlamentarische Legitimation geben. Denn das ist genau das, wofür wir gewählt wurden.

[Beifall bei der FDP]

Wir schlagen Ihnen vor, dass wir die Entwürfe der Verordnungen frühzeitig ins Parlament bekommen, dass der Rechtsausschuss einmal prüft: „Gibt es tiefe Grundrechtseingriffe in diesem Entwurf?“, sodass er dann dem Abgeordnetenhaus empfehlen kann, daraus ein Gesetz zu machen und dies dann auch zu legitimieren. Denn es ist ganz entscheidend, auch im Rahmen der Wesentlichkeitstheorie des Bundesverfassungsgerichts, dass so tiefe und breite Grundrechtseingriffe parlamentarisch legitimiert werden. Dafür werben wir bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich werbe auch dafür, dass wir bereits am nächsten Mittwoch im Rechtsausschuss dieses Gesetz beraten und Sie mit uns gemeinsam diese Initiative auf die Tagesordnung setzen, damit wir hier schnell handeln.

[Beifall bei der FDP]

Denn die Zeit der Exekutive muss in dieser Thematik nun endlich wieder vorbei sein. Wir müssen die Zeit des Parlamentes ausrufen. Wir müssen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier selbstbewusst sagen, dass wir bereit

sind, diese Verantwortung zu übernehmen, dass wir uns bewusst sind, dass es unsere Verantwortung ist, und dass wir mit Maß und Mitte die Maßnahmen treffen werden, um so viel Freiheit wie möglich in der Stadt der Freiheit zu gewährleisten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

**Präsident Ralf Wieland:**

Es folgt im Anschluss für die FDP-Fraktion auch noch der Abgeordnete Wieberneit. – Der Kollege hat angesagt: Keine Zwischenfragen.

**Alexander Wieberneit (FDP):**

Ist doch gar nicht so übel, gar nicht so schmerzhaft, an einem Sonntag mal zu arbeiten.

[Joschka Langenbrinck (SPD): Ach, bitte!]

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Ich habe heute tatsächlich relativ viel Kritik aus der Koalition gehört, an der eigenen Verordnung sozusagen oder an der angenommenen Verordnung und an dem eigenen Handeln und Tun. Das lässt mich heute hier fast ein bisschen hoffnungsvoll rausgehen.

Corona begleitet uns nun seit Februar dieses Jahres, das sind fast neun Monate. Es traf uns zu der Zeit natürlich mehr oder weniger überraschend und unvorbereitet. Viele Kenntnisse über den Verlauf und über das Infektionsgeschehen sowie über die wirksamen Maßnahmen lagen zu Beginn der ersten Welle verständlicherweise noch nicht vor. Das fast komplette Herunterfahren des öffentlichen Lebens war zu dieser Zeit schmerzhaft, aber nötig und führte auch zu einem Etappenerfolg in der Bekämpfung des Infektionsgeschehens. Seitdem haben Fachleute, Medizinerinnen und Mediziner, Virologinnen und Virologen, bereits vor der zweiten Welle gewarnt. Wann genau uns diese Welle erreichen wird, stand natürlich nicht fest. Fest stand nur, dass wir zunächst Zeit gewonnen hatten – Zeit, um Erfahrungen über die medizinischen und wirtschaftlichen Auswirkungen und Folgen von Covid-19 zu sammeln, zu analysieren und daraus Schlüsse für das weitere Vorgehen zu ziehen. Ich frage mich allerdings: Wie wurden diese Kenntnisse in den letzten Monaten auch für die Arbeitsplatzhaltung in Berlin und für die Menschen in Berlin genutzt? Welche Strategie wurde durch den Senat verfolgt?

Das Hochfahren unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens nach dem ersten Lockdown verdanken wir insbesondere denjenigen, die sich bisher mit Verantwortungsbewusstsein und Disziplin an die Verordnungen gehalten haben, und denjenigen, denen zumindest ihre Gesundheit und die ihrer Familie und der Arbeitsplatz wichtig sind. Das, denke ich, ist immer noch der überwiegende Teil in Berlin.

**(Alexander Wieberneit)**

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Heiko Melzer (CDU)]

Zu wenig Wert wurde in dieser gewonnenen Zeit jedoch auf das Durchsetzen und Kontrollieren der Maßnahmen gelegt, die die Verordnungen bisher auch vorgesehen haben – oder man war dazu einfach nicht in der Lage. Wir verdanken es den vielen Berliner Arbeitgebern, die in Hygienekonzepte, in Zuschüsse zum Kurzarbeitergeld, in Technik und in die Einrichtung von Homeoffices investiert haben. All jene, genau dieser Kreis, werden nun für ihre enormen Anstrengungen mit diesem neuen und unverhältnismäßigen Lockdown hauptsächlich bestraft. Für alle anderen geht die Party offensichtlich weiter.

Bis heute sind in den allermeisten Berliner Unternehmen, so auch im hart getroffenen Dienstleistungssektor, in Büros und weiteren Branchen – unser Fraktionsvorsitzender Sebastian Czaja ging in seiner Rede darauf ein –, keine relevanten Infektionen vorhanden. Vielmehr hat das Robert-Koch-Institut ausdrücklich nachgewiesen, dass genau hier keine Infektionsherde bestehen. Nun wird vom Berliner Senat ohne erkennbare Strategie zum Aktionismus gegriffen, einzig um den Berlinerinnen und Berlinern glaubhaft zu machen, dass gehandelt wird – egal wie. Den drohenden Verlust Zehntausender Arbeitsplätze nimmt unsere Landesregierung dabei offenbar in Kauf. Diesem drohenden Verlust wird nicht genügend entgegengetreten, und er wird offensichtlich kaum abgewendet.

Eine nennenswerte Maßnahme, nennenswerte Strategien kann ich zwischen den Lockdowns nicht erkennen.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Da war Zeit für Entwicklungen – die Zeit wurde nicht genutzt. Womit soll der Berliner Arbeitsmarkt künftig stabil gehalten oder gar noch positiv beeinflusst werden? Dieser Lockdown ist es sicher nicht. Zu viele Wirtschaftszweige in Berlin werden hier mit voller Wucht getroffen, und unsere Landesregierung und die Bundesregierung nennen dies noch unverhohlen einen „Lockdown light“.

[Lachen von Andreas Wild (fraktionslos)]

Wer glaubt, dass Hotels, die im November schließen, in einem historisch schlechten Dezember wieder öffnen, um sich in ein katastrophales erstes Quartal 2021 zu begeben, in dem keine relevanten Messen mehr stattfinden, so wie wir sie bisher hatten, der hat den Bezug zur Realität verloren.

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Diese Hotels werden wahrscheinlich bis zum Ende des ersten Quartals des neuen Jahres geschlossen bleiben. Da werden aus vermeintlichen vier Wochen im November schnell mal vier Monate. Ich frage mich, ob das bedacht wurde. – Die bestehenden Hygienekonzepte sind die bessere Lösung.

[Beifall bei der FDP]

Sie funktionieren auch in Restaurants, Büros und Vereinen, bei Friseuren und in der Kultur. Da wurde die Zeit genutzt, die in der Politik verstrich.

Das Kurzarbeitergeld wurde bis Ende 2021 verlängert, jedoch endet im März die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht. Da hilft den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dann auch kein Kurzarbeitergeld mehr, denn ihren Arbeitgeber wird es dann gegebenenfalls nicht mehr geben.

[Unruhe bei der SPD –  
Joschka Langenbrinck (SPD): Glaskugeln gucken  
oder was?]

Trotz des zweifellos vorübergehend hilfreichen Instruments muss es doch irgendwann das Ziel sein, die Berlinerinnen und Berliner wieder aus der Kurzarbeit herauszuholen und sie wieder zu beschäftigen. Stattdessen werden sie noch einmal tiefer in die Abhängigkeit vom Staat gedrückt.

Eine gezielte Förderung von Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern und Arbeitsplätze erhalten, blieb aus. Programme zur Weiterqualifizierung blieben aus.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Eine Strategie blieb aus. Nun sollen alle Verfehlungen der letzten Monate in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit durch einen unverhältnismäßigen Lockdown innerhalb weniger Wochen korrigiert werden. Ich halte das für einen Wunschtraum. Von April bis Oktober haben fast 90 000 Menschen in Berlin ihre Arbeit verloren, hauptsächlich in den Bereichen der wirtschaftlichen Dienstleistungen, gefolgt vom Gastgewerbe und dem Handel. Geben Sie diesen Menschen eine Perspektive, wieder in Beschäftigung zu kommen, und geben Sie denen, die in Beschäftigung sind, Sicherheit, dass das so bleibt!

[Beifall bei der FDP –  
Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Es ist richtig, wir brauchen Maßnahmen, aber wir brauchen sinnvolle Maßnahmen.

[Joschka Langenbrinck (SPD): Aha!]

Reißen Sie das Steuer herum, sofort! Es ist kurz nach zwölf! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP –  
Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Der fraktionslose Abgeordnete Wild hat gemäß § 64 Abs. 2 der Geschäftsordnung auch zu dieser Rede eine Anfrage angemeldet. Die Redezeit beträgt

**(Präsident Ralf Wieland)**

wieder drei Minuten. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort!

**Andreas Wild** (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach einem Bericht des Wissenschaftsautors Matthias Müller auf Rubikon-News wurde das sogenannte Covid-19-Virus noch nie isoliert. Was die Chinesen gefunden hätten, seien Bruchstücke von Viren-RNA in einer Gruppe von Neuerkrankten in Wuhan. Aus diesen Bruchstücken habe man einen fiktiven Virus zusammengebaut. In keinem der Kranken konnte aber ein reproduktionsfähiges Virus gefunden werden. Alle PCR-Tests, auch der des Christian Drosten, testen minimale Bruchstücke von Virenteilen. Wenn das Virus noch nie vollständig gefunden wurde, testen die PCR-Tests möglicherweise ganz andere Krankheiten.

[Maik Penn (CDU): Was verstehen Sie denn davon?]

Problematisch sind auch die genutzten Verdopplungszyklen bei den PCR-Tests. Dafür gibt es keine wissenschaftliche Grundlage. Üblich sind 30 Verdopplungen, um nachweisbare Größen zu erreichen.

[Hakan Taş (LINKE): Die Redezeit ist um!]

Drosten benutzt 45 Verdopplungen. Damit ist der Test auf irgendwelche Virenschnipsel derart empfindlich, dass er häufig falsche Ergebnisse produziert. Sie erinnern sich an den Staatschef von Tansania, der Proben von Ziegen, Mangos und Motorenöl untersuchen ließ. Sie werden sich nicht wundern: Alle Tests waren positiv.

[Sven Kohlmeier (SPD): Ja, genau! Tansania! –

Tobias Schulze (LINKE): Bei Youtube gesehen, ja?]

Eine Krankheit SARS-CoV-2 sei klinisch nicht nachweisbar, heißt es bei Müller weiter. Eine Krankheit ist dann nachweisbar, wenn sie einen typischen Verlauf hat, der so klar ist, dass sich die Krankheit von anderen Krankheiten signifikant unterscheidet.

[Torsten Schneider (SPD): Viren sind keine Krankheiten!

Die Krankheit heißt Covid!]

Das tut SARS-CoV-2 nicht. Für respiratorische Symptome jeder Schwere wird von Ihnen das Coronavirus verantwortlich gemacht, wenn ein unspezifischer Test anspricht. Haben Sie nach dem Infektionsschutzgesetz überhaupt eine Handhabe für diese Maßnahme? – § 2 Ziffer 2 des Infektionsschutzgesetzes definiert eine Infektion als die Aufnahme eines Krankheitserregers und seine nachfolgende Entwicklung oder Vermehrung im menschlichen Organismus. Sehr viele, deren PCR-Testergebnis positiv ist, sind keine Ausscheider von Viren, also sind sie keine Infizierten im Sinne des Infektionsschutzgesetzes. Mit diesem Test können Sie überhaupt keine Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz anordnen, Sie müssen die Infektion nachweisen. Das passiert bislang

nicht. Vielleicht hat sich das bislang noch nicht in jedem Gerichtssaal herumgesprochen.

[Torsten Schneider (SPD): Gerichtssaal?]

Ich bin dafür, Coronamaßnahmen durch wissenschaftliche Erkenntnis zu begründen und nicht durch abergläubiges Tamtam.

[Joschka Langenbrinck (SPD): Sie sind doch abergläubig! –

Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Der Berliner Senat verbrennt durch seine Schließungsverordnungen ohne Not die Berliner Gastronomie und Kulturszene wie die Kirche im Mittelalter die Hexen. – Danke!

**Marcel Luthe** (fraktionslos) [zu Protokoll gegeben]:

Vertrauen ist der Anfang von allem. Ein Slogan, mit dem die Deutsche Bank vor vielen Jahren gut beschrieben hat, was die Grundlage von Wirtschaft ist. Wirtschaft – dazu kommen wir später – liegt diesem Senat bekanntlich nicht so, also versuchen wir es anders: „Vertraue, aber prüfe nach.“ Mit Lenin kann doch die Mehrheit dieses Hauses mehr anfangen als mit Marktwirtschaft. Eben dieses Vertrauen hat ihnen eine breite Mehrheit viel zu lange entgegengebracht, ohne nachzuprüfen. Und was haben Sie mit dem Vertrauen gemacht? – Blind haben Sie voneinander die unsinnigsten Verordnungstexte auch noch falsch abgeschrieben wie schlechte Schüler.

Als ich Anfang Mai darauf hinwies, dass in Ihrer Verordnung wegen schlampiger Formulierungen – weil Sie den Unterschied zwischen „und“ und „oder“ nicht beachtet haben – der Kontakt zwischen vielen Eltern und ihren Kindern verboten wurde, bezeichneten Sie das als „Redaktionsversehen“. Den Betrieb von Prostitutionsfahrzeugen – im Gegensatz zu Bordellen – haben Sie ebenfalls „aus Versehen“ nicht untersagt. Nicht erklären konnten Sie auch, weshalb das Öffnen eines Schuhgeschäfts gefährlich sein sollte, ein Fahrradladen aber harmlos. Dass das Sozialgericht der interessierten Öffentlichkeit grundsätzlich den Zugang zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen verwehrt hat, hat Sie auch nicht gestört.

Aber man hat Ihnen weiterhin vertraut. Und einige wenige haben nachgeprüft: Von Anfang an stützen Sie Ihre Argumentation auf Infektionen. Umso interessierter war ich an der Feststellung, wie viele Infektionen es eigentlich gibt und wo diese entstehen. Entgegen einer weit verbreiteten Unwahrheit wissen Sie aber gar nichts über Infektionen im Sinne des Gesetzes, auf dessen Grundlage Sie Ihre Verordnungen erlassen. Wie meine parlamentarischen Anfragen ergeben haben, haben Sie – und damit wir alle – schon keine Ahnung, welches der rund 600 unterschiedlichen aktuell auf dem deutschen Markt angebotenen Testverfahren in welchem Labor bei welchem Test verwendet wurde. Da im Prinzip jedermann einen „Test“ auf den Markt werfen kann, ist die Genauigkeit

**(Marcel Luthe)**

der Ergebnisse höchst unterschiedlich. Sie wissen auch nicht, bei welchem CT-Wert der jeweilige individuelle Test positiv wurde und damit auch nicht, ob er – wenn er überhaupt etwas anzeigt – ein vermehrungsfähiges Virus gefunden hat.

Aber kommt es auf die Frage der Vermehrungsfähigkeit überhaupt an? – Bei infektionsmedizinischen Milchmädchenrechnungen wie Ihrer „Ampel“ freilich nicht, nach dem Gesetz – an das Sie als Senat gebunden sind – allerdings schon: Eine Infektion besteht nämlich nach § 2 IfSG nur dann, wenn ein vermehrungsfähiges Virus aufgenommen wird. Sämtliche Ihrer Maßnahmen, die nach Ihrem Bekunden allein der Reduzierung „positiver Testzahlen“ dienen, wären demnach nicht durch das Infektionsschutzgesetz gedeckt. Dieses blinde Stochern im Nebel ist daher nach meiner Überzeugung aktuell eben deshalb rechtswidrig.

Wenn schon nicht klar ist, wie viele Infektionen es überhaupt gibt, kann auch für keine Ihrer Maßnahmen eine pflichtgemäße Verhältnismäßigkeitsprüfung stattgefunden haben, denn eine Seite der Abwägung fehlt ja völlig, das haben Sie freundlicherweise bestätigt: Sie „gehen davon aus“, dass Ihr eigenes Handeln verhältnismäßig ist. Blindes Vertrauen ohne jede Grundlage.

Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung, was der Grund für diese höchst ungewöhnliche Reaktion auf eine durch ein Virus übertragbare Krankheit sein soll: die „drohende Überlastung des Gesundheitssystems“. Das gibt uns denklogisch zwei Lösungsoptionen: Reduzierung der Nachfrage nach Leistungen oder Erhöhung des Angebots dieser Leistungen. Auf meine Frage, was Sie binnen der letzten sieben Monate unternommen haben, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, war die Antwort: Wir haben für 28,6 Millionen Euro Geräte bestellt. Aber das ist ja nicht alles: Sie haben auch für einen dreistelligen Millionenbetrag „Masken“ bestellt zu Einzelpreisen von bis zu 29,95 Euro in der Kulturverwaltung.

Wenn man dem jüngsten Bericht der „Berliner Zeitung“ folgt, war das nur die Spitze des Eisbergs, denn sogar die Polizei hat demnach zu absoluten Mondpreisen bei dubiosen Händlern gekauft, sodass Sie insgesamt dem Landeshaushalt einen immensen Schaden zugefügt hätten. Sie lassen für etwa 5 Millionen Euro pro Woche – das kostet eine volle Polizeihundertschaft in einem ganzen Jahr – PCR-Tests durchführen, zu denen Sie nicht einmal die notwendigsten Daten erfassen, und mit Ihren wahllos durch die Gegend geworfenen faktischen Berufsverboten für alle möglichen Gruppen, die Ihnen persönlich unliebsam sein mögen – Kinobetreiber, Künstler, Kosmetiker, Kellner, Prostituierte, Schausteller und Tätowierer –, vernichten Sie nicht nur die Quelle des volkswirtschaftlichen Wohlstands, mit dem Sie hier um sich werfen, sondern vernichten auch reihenweise Existenzen. Von Verhältnismäßigkeit keine Spur!

Statt diejenigen zu schützen, die von einer Infektion womöglich schwer betroffen wären – die chronisch Kranken, Behinderten, Alten und Schwachen –, stacheln die landeseigenen Betriebe auch noch gegen diese Gruppen auf: der Mittelfinger für alle ohne Maske war der Höhepunkt, aber das tägliche Mobbing gegen angebliche „Maskenmuffel“ bei BVG oder Bäder-Betrieben verfehlt seine Wirkung – Spaltung – nicht. Während Sachsen in § 3 Abs. 2 seiner Verordnung ausdrücklich diese Gruppen vor Diskriminierung und Angriffen schützt, bleibt der rot-rot-grüne Senat, der sich sogar einen Antidiskriminierungssenator leistet, untätig und hält diese Diskriminierungen gar für zulässig. Während der Schwerbehindertenausweis in Sachsen ausreicht, will der Berliner Senat die Bürger zur Offenlegung ihrer Krankengeschichte an der Supermarktkasse nötigen.

Wiederholt habe ich gefragt, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage Sie einen Nutzen der sogenannten „Alltagsmasken“ annehmen und wie Sie die Studien bewerten, nach denen diese nicht nur nutzlos, sondern womöglich sogar infektionsfördernd sein können. Auch diese Gelegenheit, sich endlich einmal dem Souverän – den Bürgern – zu erklären, haben Sie verstreichen lassen. Wenn hier immer wieder das Gefahrenabwehrrecht angeführt wird, dann doch bitte richtig: Das Gefahrenabwehrrecht unterliegt dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Ihre Maßnahmen müssen also geeignet, erforderlich und angemessen sein. Dass diese geeignet sind, haben Sie über Monate und auch heute mit Ihrer Vorlage nicht begründet. Dass diese erforderlich sind, haben Sie über Monate und auch heute mit Ihrer Vorlage nicht dargelegt. Und dass diese angemessen sind, also nicht am – jedenfalls zeitlichen – Übermaßverbot scheitern, können Sie nach sieben Monaten erratischer Eingriffe nicht glaubhaft machen, weil Sie – ich verweise auf den Anfang meiner Rede – nicht einmal die Zahl der Infektionen im Rechtsinne sauber erfassen.

In welchem Verhältnis zu dem bereits angerichteten und noch kommenden Schaden steht der Nutzen Ihrer Politik? Sie hätten heute Gelegenheit gehabt, dies nachvollziehbar zu erklären und dem Parlament die Möglichkeit zu geben, darüber für den Souverän ein Urteil abzugeben. Sie haben es nicht getan, und ich muss befürchten, dass Sie es nicht können. Und deshalb habe ich in diesen Senat kein Vertrauen. Das haben Sie zerstört – bei mir und bei sehr vielen Menschen.

Abschließend bitte ich Sie alle, sich bei allen Entscheidungen die Worte Hans Buchheims vor Augen zu führen:

Die Menschen unter totalitärer Herrschaft sind immer im Einsatz, immer angestrengt. Sie müssen in einer Atmosphäre der Freudlosigkeit, des Misstrauens ständig darauf bedacht sein, ihre Loyalität unter Beweis zu stellen. Das Regime gestattet ihnen nicht, sich zu entfalten, sondern will aus ihnen andere machen als sie von Natur aus sind, es



**(Marcel Luthe)**

engt sie nicht nur in ihrer Freiheit ein ... kein Winkel des öffentlichen noch des privaten Lebens bietet Sicherheit vor Kontrolle.

Wenn das Böse in Gestalt des geschichtlich Notwendigen, des Gemeinnutzes, des Wohles des Volkes oder der Klasse auftritt, gerät der Mensch in schier unauflösbare sittliche Konflikte. Das eigentliche Merkmal totalitärer Herrschaft ist aber die schleichende Vergewaltigung des Menschen durch Perversion des Denkens und sozialen Lebens.

**Präsident Ralf Wieland:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen damit zur geschäftlichen Behandlung der Tagesordnungspunkte 2 bis 10 C. Ich darf dafür noch mal um Ihre Aufmerksamkeit bitten.

Die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3074: Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung – TOP 2 –, die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3075: Siebente Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung – TOP 3 –, die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3080: Verordnung zu Regelungen in zugelassenen Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Krankenhaus-Covid-19-Verordnung) – TOP 4 – und die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3083: Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung – TOP 5 – habe ich auf Antrag aller Fraktionen vorab federführend an den Hauptausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie, den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, den Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung, den Ausschuss für Sport sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe überwiesen. Ich darf hierzu Ihre nachträgliche Zustimmung feststellen.

Die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3113: Neunte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung – TOP 6 –, die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3121: Ergebnis der Videokonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 28. Oktober 2020 – TOP 7 –, die Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3114: Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV 2-Infektionsschutz-

verordnung – TOP 8 – habe ich auf Antrag aller Fraktionen vorab an den Hauptausschuss überwiesen. Diese Überweisung gilt auch hinsichtlich der Drucksache 18/3114-1 mit der Begründung zur Zehnten Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung. Auch zu diesen Vorabüberweisungen darf ich nachträglich Ihre Zustimmung feststellen.

Zur Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin, Drucksache 18/3125: Erste Verordnung zur Änderung der Krankenhaus-Covid-19-Verordnung – TOP 4 A – wird eine Überweisung federführend an den Hauptausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung vorgeschlagen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3082: Konsequenz mit Maß und Mitte – Pandemie bekämpfen, Freiheitsrechte schützen – TOP 9 – sowie zum Änderungsantrag des fraktionslosen Abgeordneten Luthe, Drucksache 18/3082-1 wird eine Überweisung federführend an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sowie mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe vorgeschlagen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Zum Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 18/3092: Einsetzung eines Sonderausschusses „Coronaverordnungen“ – TOP 10 – wird eine Überweisung an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Zum dringlichen Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 18/3126: Änderung der Zehnten Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung – TOP 10 A – ist eine sofortige Abstimmung vorgesehen. Wer dem Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/3126 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten Nerstheimer und Wild. Gegenstimmen? – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Zweiteres war die Mehrheit, damit ist der Antrag abgelehnt. Ich darf noch fragen, ob es Enthaltungen gibt? – Das ist nicht der Fall.

Zum dringlichen Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3127: Gesetz zur Beteiligung des Parlamentes und zum Schutz von Grundrechten im Falle von Maßnahmen nach §§ 28 bis 31 Infektionsschutzgesetz – TOP 10 B – wird eine Überweisung an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

**(Präsident Ralf Wieland)**

Zum dringlichen Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/3128: Pandemie bekämpfen, Freiheitsrechte schützen, Maß und Mitte erhalten – TOP 10 C – wird schließlich eine Überweisung an den Hauptausschuss vorgeschlagen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Das war unsere heutige Tagesordnung. Ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie so kurzfristig daran teilgenommen haben. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und unserer Dienstleister.

[Beifall]

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 5. November 2020 um 10.00 Uhr statt. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg, bleiben Sie gesund und vergessen Sie beim Rausgehen nicht, die Maske aufzusetzen!

[Schluss der Sitzung: 14.10 Uhr]